

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kommentar-der-demographische-wandel-ist-ein-unterschaetztes-risiko-16562343.html?premium>

DEMOGRAPHISCHER WANDEL:

## Das unterschätzte Risiko

- EIN KOMMENTAR VON BRITTA BEEGER
- -AKTUALISIERT AM 02.01.2020-19:05

Alle schauen auf die schwächelnde Konjunktur, doch über das viel größere Risiko für den deutschen Arbeitsmarkt wird kaum gesprochen: die Alterung der Gesellschaft. Es wird Zeit zu handeln.

Wenn die Wirtschaft schwächer wird, stellt sich automatisch die Frage: Steigt die Arbeitslosigkeit wieder? Daher wird nun sehr genau beobachtet, dass in vielen Industrieunternehmen – vor allem aus dem Maschinenbau – Arbeitszeitkonten abgebaut und Zeitarbeitskräfte nach Hause geschickt werden und die Kurzarbeit zunimmt.

Diese Sorgen dürften allerdings eher kurz- bis mittelfristiger Natur sein und nachlassen, wenn die Konjunktur wieder anzieht. Über das viel größere Risiko für den deutschen Arbeitsmarkt wird hingegen kaum gesprochen: den demographischen Wandel.

### Die erwerbsfähige Bevölkerung schrumpft

Womöglich liegt es an dem abstrakten Begriff und daran, dass es sich nicht um eine abrupte Entwicklung handelt. Doch die Alterung der Gesellschaft bringt tiefgreifende Veränderungen mit sich, deren Folgen in den kommenden Jahren mit voller Wucht sichtbar werden. Um 4 bis 6 Millionen Menschen werde die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter durch den nun beginnenden Renteneintritt der „Babyboomer“ in den nächsten 15 Jahren schrumpfen, prognostiziert das Statistische Bundesamt.

Die Konsequenzen für Wachstum und Wohlstand könnten gravierend sein. So gehen den Unternehmen dringend benötigte Arbeitskräfte verloren. Und wie die in den vergangenen Jahren stark ausgeweiteten Leistungsversprechen etwa in der Renten- und Pflegeversicherung dann noch finanziert werden sollen, ist bislang auch noch nicht beantwortet.

### Das Renteneintrittsalter muss steigen

Deutschland muss dringend handeln, um den Schrumpfungsprozess zumindest abzufedern. Der Bundesregierung sollte man zugute halten, dass sie nach jahrelangen Debatten endlich ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht hat. Wie die monatelangen Visa- und Anerkennungsverfahren entschlackt werden können, ist damit jedoch nicht beantwortet. Hieran könnten alle Bemühungen scheitern.

Mehr qualifizierte Zuwanderung alleine wird zudem nicht reichen, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. So unpopulär es ist: Wenn die sozialen Sicherungssysteme dauerhaft bezahlbar bleiben sollen, muss das Renteneintrittsalter weiter steigen – am besten schrittweise, wie es schon bei der „Rente mit 67“ beschlossen wurde. Solch einen mutigen Schritt braucht es jetzt noch einmal.

## Wie schlägt man einen toten Dichter ein zweites Mal tot? Über das seltsame Nachleben des Friedrich Hölderlin

Zeitgleich sind zwei biografische Studien zu Hölderlin erschienen. Hymnisch die eine, polemisch die andere. Sie sind einander die beste Ergänzung.

Roman Bucheli

29.11.2019, 05.30 Uhr



Der Dichter Friedrich Hölderlin ist eine hervorragende Projektionsfläche selbst für die abstrusesten Phantasmen.

AKG

Friedrich Hölderlin ist unser Karl May für Griechenland. Keiner kannte sich in Griechenland besser aus als der Tübinger Dichter, dessen 250. Geburtstag im nächsten Jahr gefeiert wird. Keiner war mit Griechenlands Göttern vertrauter, keiner liebte hingebungsvoller die Griechen, die er sich vielleicht nach einer Statue des Apollon und mit glühend dunklen Augen vorstellte.

Nach Griechenland war Friedrich Hölderlin nie gereist. Sein griechisches Arkadien erfand er sich, indem er davon träumte, indem er sah, wovon er gelesen hatte. Man braucht ihn darum nicht zu verspotten. Wer aus Hölderlins Werken die Griechen zu kennen glaubte, war selber schuld. Wer hingegen aus der Lektüre lernte, was der Zauber des dichterischen Wortes vermag – nämlich Wirklichkeiten von eigener Wahrhaftigkeit hervorzubringen –, der gewann einen genaueren Begriff von der schöpferischen Kraft. Denn die Kunst erschafft und sie verändert Wirklichkeit. Davon war Hölderlin im Tiefsten überzeugt. Auch darüber kann man spotten, und man kann es naiv nennen. Aber es wäre im höchsten Mass töricht.

Natürlich war Griechenland ein Phantasma, aber es spielte in Hölderlins Biografie und Werk gleichwohl eine ganz handfeste Rolle. In seinem Geburtsjahr 1770 kam es auf dem Peloponnes zu einer von Russland unterstützten Revolte gegen die osmanische Herrschaft. Es war ein erstes, allerdings mit fürchterlichen Folgen gescheitertes Aufblühen des späteren griechischen Befreiungskampfes. Das längst schon von

Winckelmann mit dem griechischen Virus angesteckte deutsche Kulturbürgertum geriet in einen Taumel der mitfühlenden Begeisterung.

Diese griechische Trunkenheit hielt noch immer an, als Hölderlin 1792 seinen Briefroman «Hyperion» begann, der, wie es ein Freund formulierte, von einem «freiheitsliebenden Helden, u. ächten Griechen, voll kräftiger Principien» erzählen sollte. Sujet wie Gattung waren natürlich nicht ohne literarischen Opportunismus gewählt. Nachdem er im Jahr zuvor seiner Schwester gegenüber von dem Wunsch gesprochen hatte, «Bücher schreiben zu können, ohne dabei zu hungern», erhoffte sich Hölderlin nun gerade von einem «griechischen Roman» mehr Zuspruch und Anerkennung, als ihm seine erfolglosen lyrischen Versuche eingebracht hatten.

Sein Zustand ist gefährlich

Hölderlins griechische Passion entsprang nicht nur einem Kalkül, sie hatte tiefer gründende Motive. Denn in der Revolte gegen die Osmanen sah er seine eigene Freiheitsidee gespiegelt. Noch waren, als Hölderlin die Arbeit an «Hyperion» aufnahm, erst drei Jahre seit der Französischen Revolution vergangen. Die Ernüchterung war nicht ausgeblieben, aber die Hoffnung auf politische Veränderungen auch in den deutschen Fürstentümern hielt an. Hölderlin war davon infiziert und ausserdem befeuert von den aufklärerischen Ideen, von Kants grundstürzender Philosophie, mit der die Götter vom Himmel geholt wurden und sich das Subjekt als Zentralorgan des Denkens installierte.

Das alles hatte Hölderlin über die Massen erregt. Doch die Sehnsucht nach Freiheit hatte bei ihm neben der philosophisch-politischen überdies eine existenzielle Dimension. Nach Abschluss seines Theologiestudiums am Tübinger Stift drohte ihm jederzeit die Einberufung auf eine Pfarrstelle in Württemberg. Er entzog sich der Pflicht gegenüber dem Landesherrn, indem er Hauslehrer-Stellen annahm, die ihn wiederum aus seinen dichterischen Zusammenhängen rissen. Das gefährdete die Freiheit des Schaffens, zu dem er sich berufen und hingezogen fühlte wie zu nichts anderem.

Schiller, mit dem Hölderlin seit 1793 bekannt war und der dessen literarische Anfänge begleitete, erkannte schon bald die prekäre Lage des jungen Dichters. In einem Brief an Goethe vom Juni 1797 schrieb er: «Sein Zustand ist gefährlich . . . Er lebt jetzt als Hofmeister in einem Kaufmannshause zu Frankfurth, und . . . wird in dieser Lage immer mehr in sich selbst hineingetrieben.» Es sollte da keine zehn Jahre mehr dauern bis zu Hölderlins psychischem Zusammenbruch. Im September 1806 wurde der 36-Jährige gegen seinen Willen in ein Tübinger Klinikum verbracht und im Jahr darauf als unheilbar entlassen. Er lebte für den Rest seines Lebens, noch einmal 36 Jahre, zur Pflege im Turmzimmer des Schreinermeisters Ernst Zimmer. Seine nun mehrheitlich wirren Gedichte zeichnete er mit Scardanelli oder Buonarrotti.

Postume Totschlagerei

Es ist ein Leben und ein Werk für mannigfaltige Projektionen, umso mehr, da beträchtliche Teile von Hölderlins Schaffen seit 1800 nur in vielfach überarbeiteten Handschriften und teilweise nur als verstreute Fragmente überliefert sind. Es ist ein unvollendetes Leben. Seit Hölderlins allmählicher Wiederentdeckung in der zweiten Hälfte des 19. und vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fühlten sich viele dazu berufen, ihm postum irgendwie zu seiner Vollendung zu verhelfen.

Vielleicht gehört Friedrich Hölderlin gerade darum zu jenen Opfern ihrer Nachwelt, die nach ihrem Tod ein zweites Mal totgeschlagen werden, sei es durch grandiose Erhöhung, sei es durch ebenso gnadenlose Zerstörung. Eben sind zeitgleich und im selben Verlag (Hanser) zwei biografische Studien zu Hölderlin erschienen, die gleichsam die einander entgegengesetzten Extremvarianten solcher

nachgeholten Totschlagerei besetzen. In seiner Biografie «Hölderlin. Komm! ins Offene, Freund!» entrückt [Rüdiger Safranski](#) den Dichter in die sakrale Unantastbarkeit: Er sei «ein Priester der Poesie», schreibt der Biograf am Schluss, als stünde Hölderlin gerade vor der Heiligsprechung.

Am anderen Ende der Erregungsskala hat der Schriftsteller Karl-Heinz Ott in dem Buch «Hölderlins Geister» alle Zurückhaltung abgelegt und seinem, wie es scheint, über lange Zeit aufgestauten Zorn auf Hölderlin und noch mehr auf dessen Apologeten und Hagiografen freien Lauf gelassen. Als sei er selber von allen guten Geistern verlassen, knallt Ott dem armen Hölderlin seinen rappenden Zettelkasten vor den Kopf. Dem Leser schüttet er eine Zettelwirtschaft vor die Füße mit all dem, was er in vielen Jahren zusammengetragen hat an Unsinn, der aus dem George-Kreis oder von den Nazis, von Heidegger oder den französischen Dekonstruktivisten über den Tübinger Dichter verbreitet worden ist. An all dem Quatsch sei am Ende, so liest man nicht nur zwischen den Zeilen, Hölderlin nicht ganz unschuldig gewesen. Er eigne sich, schreibt ein bisweilen vor Wut zitternder oder von Spott schäumender Ott, «besser für weltanschauliches Gegrapsche als die meisten anderen Dichter».

Was tun? Unbedingt beide Bücher lesen! Ob parallel oder nacheinander, ist einerlei, Hauptsache, miteinander. Safranski liefert dann die Eloge mit grosser Werkkenntnis und historischer, philosophischer und ideengeschichtlicher Einbettung; Ott dagegen schmeisst einen Totalverriss hin und haut nicht nur auf Hölderlin ein, sondern umso mehr auf seine üblen oder wohlmeinenden Nacheiferer. Man liest beides mit grösstem Gewinn: Ott verärgert einen bisweilen mit seiner masslosen Ungerechtigkeit, aber das stille Vergnügen an seiner polemischen Schärfe entschädigt für alles. Es gehört gewiss nicht zu den geringsten Vorzügen dieses Buches, dass es einen selber ins Grübeln geraten lässt. Mit Safranski als Begleitschutz wiederum fühlt man sich wie ein Bildungsbürger in guten alten Zeiten. Ist das eine ein Buch des wilden Zorns, so das andere ein Wohlfühlbuch.

Es erstaunt nicht, dass Safranski gerade das späte Gedicht «An die Parzen» hervorhebt, in dem Hölderlin eine Vision des erfüllten Dichtens feiert: «Einmal / Lebt ich, wie Götter, und mehr bedarfs nicht.» Das ist dann wiederum genau die Sorte Exaltiertheit, für die Karl-Heinz Ott nur Spott kennt. So richtig boshaft indessen wird er, wenn er sich jene vorknöpft, die über solcher Trunkenheit ihrerseits besoffen werden, von Ernst Jünger bis Roman Jakobson. Ott versucht auch gar nicht, Hölderlin vor seinen liebestollen Exegeten zu retten. Wenn Safranski in seiner Biografie zeigt, wes Geistes Kind Hölderlin sei, so buchstabiert Ott mit kühner Vernunft die Ideengeschichte seither: die Geister, die der Meister rief.

Karl-Heinz Ott: Hölderlins Geister. Hanser-Verlag, München 2019. 239 S., Fr. 28.90.

Rüdiger Safranski: Hölderlin. Komm! ins Offene, Freund! Biografie. Hanser-Verlag, München 2019. 336 S., Fr. 41.90.

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/atomkraft-in-frankreich-drei-gruende-warum-das-land-6-neue-akw-plant-a-1301888.html>

## Neue AKW geplant

# Drei Gründe, warum Frankreich nicht von der Atomkraft lässt

Eigentlich galt die französische Atomindustrie als erledigt, weil: zu teuer, unzeitgemäß. Doch jetzt will Paris neue Kernkraftwerke in Auftrag geben - und provoziert so Streit mit dem EU-Partner Deutschland.

Von Georg Blume, Paris



03.01.2020 19:19 Uhr

Es war in den letzten Jahren ruhig geworden um Frankreichs einst so heftig kritisierte wie gepriesene Atomindustrie. Es schien, als würde sich die einst weltweit beachtete Vorzeigebbranche mit der Zeit von selbst erledigen - durch defizitäre Großkonzerne, eingrenzende Gesetze und die Konkurrenz der erneuerbaren Energien. Die wenigen neuen Bauvorhaben, die es gab, liefen finanziell und bauzeitlich aus dem Ruder.

Durch den Niedergang der französischen Atomalternative schien sich Deutschlands Energiewende trotz aller Kohlealtlasten zu bestätigen. Doch nun das: "Die Atomfrage ist dabei, eine immer tiefere Kluft zwischen Frankreich und Deutschland und innerhalb Europas zu reißen", warnte Jens Althoff, Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Paris. Anlass war die Veröffentlichung eines Jahresberichts über den Zustand der weltweiten Atomindustrie (WNISR, World Nuclear Industry Status Report 2019) Ende Dezember in der französischen Hauptstadt.

Hintergrund für den Weckruf Althoffs sind neue, öffentlich bislang kaum diskutierte Pläne der französischen Regierung für den Bau neuer Atomkraftwerke.

Schon im September wandten sich der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire und seine Kollegin Élisabeth Borne, die französische Umweltministerin, in einem internen, in die Medien durchgesickerten Brief an den Chef des französischen Elektrizitätskonzerns EDF, Jean-Bernard Lévy. **Die Minister forderten Lévy auf, alle Vorkehrungen zu treffen, damit EDF in der Lage ist, ab 2021 sechs neue Atomkraftwerke in Frankreich in Betrieb zu nehmen.** EDF befindet sich mit über 80 Prozent seiner Aktien im Staatsbesitz und ist Betreiber aller 58 derzeit einsatzfähigen Atomreaktoren Frankreichs, die größtenteils vor dem Ende ihrer 40-jährigen Betriebszeit stehen. **Der Brief der Minister kam einem Befehl gleich. Und die Botschaft lautete: Frankreich setzt weiter und wieder auf Atomkraft.**

Dabei sprachen zuvor alle Anzeichen dagegen. Erst 2015 verabschiedete die Pariser Nationalversammlung ein neues Energiegesetz, das den Anteil der Atomenergie am Stromverbrauch der Franzosen von bislang über 70 Prozent bis 2025 auf 50 Prozent zu reduzieren versprach. Unter Präsident Emmanuel Macron verlängerte das Parlament die Übergangszeit bis 2035, weil EDF damit rechnet, Reaktoren 10 bis 20 Jahre länger als ihre geplante Laufzeit betreiben zu können. Zugleich war dem Neubau von Reaktoren ein Riegel vorgeschoben. Der Grund: Der schon Ende der Neunzigerjahre als deutsch-französisches Projekt

geplante sogenannte Europäische Druckwasserreaktor (EPR, European Pressurized Reactor) ist bis heute in Europa nicht einsatzfähig.

Der Bau des ersten EPR begann 2005 an der finnischen Ostseeküste und dauert bis heute an, seine Baukosten haben sich inzwischen vervielfacht. Auf halbem Weg stieg der deutsche Siemens-Konzern als Bauherr aus. Allein verantwortlich war damit der französische Areva-Konzern, der bald große Verluste meldete. Er konnte nur durch die Übernahme von EDF und Milliardenzahlungen des französischen Staats gerettet werden. Das lag auch am zweiten EPR-Projekt, das in Frankreich in der Ortschaft Flamanville an der Ärmelkanalküste geplant wurde. Das Bauvorhaben, das 2009 begann, verlief nicht besser als in Finnland. Ursprünglich auf 2,5 Milliarden Euro veranschlagt, soll der Reaktor inzwischen rund zwölf Milliarden Euro kosten. Qualitätsprobleme der französischen Zulieferer, die seit Jahrzehnten keinen neuen Reaktor mitgebaut haben, erklären einen Großteil der Kostenexplosion.

## Neue AKW - egal ob sinnvoll oder nicht

Heute weiß EDF immer noch nicht, ob 2021 eine Fertigstellung des EPR in Flamanville möglich ist. Genau die aber galt bisher als Voraussetzung dafür, dass überhaupt neue Reaktoren gebaut werden konnten. Ist diese Bedingung nach dem Brief der Minister nun obsolet?

Yves Marignac, Leiter des atomkritischen Energie-Informationsdienstes Wise-Paris (World Information Service on Energy) und Mitglied der ständigen Expertengruppe der höchsten französischen Atomsicherheitsbehörde (ASN) nennt gegenüber dem SPIEGEL **drei Gründe, warum Frankreich** trotz aller Rückschläge **nicht von der Atomindustrie loskommt**:

- EDF, Areva und Siemens hatten noch in den Nullerjahren den Bau und Export Hunderter EPR-Reaktoren geplant. Doch das Modell war auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. In Frankreich übernahm daraufhin der Staat wieder die volle Kontrolle über die Atomindustrie. Andere Länder zogen sich zurück. British Energy, der größte britische AKW-Betreiber, wurde von EDF übernommen. Ein energiepolitischer Strategiewechsel aber blieb aus, Wind und Sonne bedienen bis heute nur rund acht Prozent des französischen Stromverbrauchs.
- Die Franzosen betrachten die Elektrizitätsversorgung noch immer als einen öffentlichen Dienst, der dem Staat obliegt. Der kann folglich nach Belieben walten, solange die Preise für den Verbraucher nicht steigen. EDF hat inzwischen einen Schuldenberg von über 30 Milliarden Euro angehäuft, auch deshalb, weil dem Konzern alles erlaubt ist, nur nicht, die Strompreise zu erhöhen. Dafür dürfen die Atommanager von EDF und den zuständigen Ministerien ihre energiepolitischen Entscheidungen praktisch in Eigenregie treffen.
- Noch immer sieht Frankreich seine eigene Größe und Macht durch seine Atomtechnik garantiert, daran wollen auch die Bürger nicht rütteln. Dazu zählt nicht nur der Unterhalt von Atomwaffen, sondern auch die zivile Atomindustrie. Sie ist Teil vieler außenpolitischer Deals, etwa wenn es wie im Fall Irans darum geht, das Land mit ziviler Atomenergie zu versorgen, damit es keine Atomwaffen baut.

"Keine französische Regierung wollte bisher an diesem dreifachen Atomkonsens rütteln", sagt Marignac. Die logische Folge: Frankreich muss neue AKW bauen, ganz gleich ob das wirtschaftlich und klimapolitisch sinnvoll ist oder nicht.

Genau davor aber warnte jetzt Stiftungsdirektor Althoff in Paris: "Wenn Frankreich wie bisher seine Probleme in der Atomwirtschaft auch mit europäischen Finanzmitteln lösen will, die eigentlich für die Energiewende bestimmt sind, wie kann dann Deutschland mehr zum EU-Haushalt beitragen?" fragte Althoff.

Nicht nur eine gemeinsame Energiepolitik, auch eine gemeinsame europäische Klimapolitik, wie sie die neue EU-Kommission in Brüssel anstrebt, ist auch aufgrund der französischen Atompolitik immer noch ein fernes Ziel.

**Le Figaro, no. 23448**

Le Figaro, lundi 6 janvier 2020 2146 mots, p. 22

Débats

**Ce que la grève dit de la France**

Julliard, Jacques

L'historien et essayiste\*, que nos lecteurs retrouvent chaque premier lundi du mois, analyse les tenants et les aboutissants du mouvement de grève contre la réforme des retraites. S'il comprend le souci de préserver des acquis sociaux, il déplore une « dépression » française qui conduit au blocage avant toute négociation, à la haine

du travail et à la défiance envers toute réforme. Comme la fête, comme le jeu, comme la guerre, la grève est un fait social total, avec ses codes, ses lois, ses rituels. Il n'est pas facile d'en épuiser les significations. Voici, à propos de celle que nous vivons depuis le 5 décembre, quelques-unes d'entre elles parmi les plus constantes.

**En France, le travail n'est pas aimé**

Sinon, comment expliquer que le mot « retraite » , mot sinistre, calamiteux (la retraite de Russie, les maisons de retraite), soit chargé, dans l'esprit de nos compatriotes, d'images si riantes ? Comment expliquer que la « fin d'activité » , autre expression lugubre, avec la mort en bout de course, soit synonyme de bonheur, d'épanouissement et - disons le mot - de nirvana, au point que la moindre modification au régime des retraites y prenne d'emblée les couleurs d'un drame national, comme en 1995 (réforme Juppé), en 2003 (réforme Fillon), en 2010 (réforme Woerth), en 2013 (réforme Touraine) ?

C'est que, n'en déplaise aux bobos décérébrés qui donnent aujourd'hui le ton, nous sommes dans un pays qui fut jadis « très chrétien » , et qui sait qu'Adam, chassé du Paradis terrestre à cause de sa faute, fut condamné à travailler, à gagner son pain à la sueur de son front. Ne plus travailler, c'est donc en finir avec la malédiction originelle : c'est le Paradis enfin retrouvé, c'est comme à la télé la pétanque à perpétuité ! !

Pourtant nous sommes aussi le pays qui avec Péguy et même bien avant lui, a célébré le travail bien fait, la belle ouvrage. C'est l'échec anthropologique majeur de l'organisation industrielle moderne que d'avoir ramené le travail à son statut initial de malédiction : voilà ce que dit fondamentalement la grève actuelle.

**Grèves gaies et grèves tristes**

Il y a deux sortes de grèves, les grèves offensives, qui sont gaies, comme en 1936, en 1945, en 1968. Et puis les grèves défensives, qui sont tristes, comme en 1995 ou en 2019... Entre la bouille épanouie, le sourcil haut de Daniel Cohn-Bendit, figure emblématique de Mai 68, défiant les CRS, et le regard fermé, la moustache circonflexe de Philippe Martinez d'aujourd'hui, c'est le jour et la nuit. La grève gaie, c'est « *l'échappée belle* » de Michelle Perrot ( *Les Ouvriers en grève*, 1871-1890) ; la grève triste, c'est le long cortège funèbre de la CGT d'aujourd'hui. D'un côté, le commencement de quelque chose, de l'autre le jusqu'au-boutisme qui ne mène nulle part.

**Quels sont les buts de la grève ?**

Chut ! C'est un secret. Mieux : c'est un mystère !

- Vous plaisantez ! Tout le monde sait que la France est sens dessus dessous depuis un mois à cause du projet gouvernemental de réforme des retraites !

- Voire. En lisant les journaux, j'ai appris qu'en réalité les profs étaient en grève à cause de la réforme du bac, les étudiants à cause des loyers trop chers ; les personnels hospitaliers parce qu'ils sont débordés, les policiers parce qu'ils ne sont plus respectés, et tout le monde parce qu'il-y-en-a-marre.

- De quoi donc ?

- Mais de tout !

Autrement dit, la grève est un phénomène social agglutinant, où comme dans les auberges espagnoles, on peut apporter son manger, ou plutôt sa rancœur. Ce n'est que lorsqu'elle est terminée que l'on sait vraiment pourquoi les grévistes l'ont faite, et encore. Eux-mêmes ne le découvrent que progressivement. Méfiez-vous donc d'une grève qui dit son nom : c'est peut-être bien un pseudonyme.

D'où un protocole très particulier à la France.

Soit R la revendication, G la grève, N la négociation.

Dans presque tous les pays du monde, la séquence habituelle est la suivante :  $R > N > G$ . La revendication donne lieu à une négociation, et, si elle échoue, c'est l'épreuve de force qui décide.

Aussi les grèves sont-elles rares aux États-Unis, en Allemagne, au Royaume-Uni, au Japon. Je ne parle même pas de la Russie ou de la Chine.

En France, le schéma séquentiel est le suivant :  $R > G > N$ . C'est la grève qui est première et qui se découvre progressivement à elle-même ses motivations profondes. La revendication qui en découle débouche en général sur une négociation. Mais il peut être aussi  $G > R > N$ . C'est la grève qui permet de formuler la revendication proprement dite. C'est pourquoi en France les grèves sont nombreuses et imprévisibles, comme la mauvaise humeur qui l'accompagne.

### **Qu'est-ce qu'une grève réussie ?**

Dans tous les pays du monde, une grève réussie, c'est une grève qui a obtenu satisfaction sur ses objectifs. Mais en France, en raison de ce qui vient d'être dit, c'est une grève qui a mis beaucoup de monde dans la rue. Ici la grève n'est pas qu'un moyen, c'est un objet qui tend à se suffire à lui-même. Que l'on songe aux grandes grèves du passé : aujourd'hui encore on se souvient surtout du nombre des participants. La vraie bataille, c'est la bataille du chiffre. S'il est élevé, le gouvernement ou le patronat sont moralement obligés de céder. S'il est médiocre, et surtout décroissant, c'est aux syndicats de sonner la retraite. (Tiens donc !)

D'où l'enjeu capital du chiffre, celui des organisateurs, celui du ministère de l'Intérieur, celui des instituts spécialisés. C'est un jeu de poker menteur, qui se joue à la télévision et sur internet. La « lutte » est en réalité un simulacre, destiné à désigner le vainqueur, comme dans certains combats entre chiens ou entre loups. Qui finira par tendre la gorge à l'autre ?

### **Qui fait grève ?**

Dans la légende ouvrière, la grève est surtout le fait des plus pauvres. Des damnés de la terre. Elle est l'arme de ceux qui n'ont rien à perdre. Aujourd'hui elle est surtout l'arme de l'aristocratie ouvrière. De ceux qui ne risquent pas de perdre leur emploi ! Voilà pourquoi l'imagerie ouvrière du passé représente un mineur, un métallo, un manoeuvre. Aujourd'hui, le gréviste type est un fonctionnaire ou le membre d'une entreprise à statut. Ce ne sont pas les plus démunis, mais ceux qui disposent sur le public d'un véritable pouvoir de nuisance. Au premier chef les travailleurs des transports.

Il est tout de même inouï que les directions syndicales chez ces derniers ne fassent guère de cas de la proposition du gouvernement d'exclure toute retraite inférieure à mille euros.

C'est justice pour les femmes seules, pour les agriculteurs. Ceux-là ont intérêt au succès du projet gouvernemental. J'ai la faiblesse de penser qu'elle n'est pas négligeable. Mais la grève des paysans ou des femmes seules, ça n'existe pas.

Au-delà de la question des retraites, la grève à la SNCF et à la RATP porte donc sur le maintien du statut, dont la question des retraites n'est que l'un des aspects. La grève actuelle est donc avant tout le refus de la précarisation en cours de ces personnels. C'est pourquoi les fédérations des transports des organisations les plus modérées, comme l'Unsa ou la CFDT, sont plus dures que les dirigeants confédéraux. Loin d'observer une trêve pour complaire au public pendant les fêtes de Noël et de Nouvel An, elles ont estimé, à tort ou à raison, que les difficultés accrues des usagers et le mécontentement qui ne manquerait pas d'en résulter allaient permettre d'accroître la pression sur le gouvernement. C'est de bonne grève...

Il est légitime de défendre des avantages acquis. Les classes privilégiées ne se sont jamais privées de le faire, par le moyen de l'évasion fiscale ou des délocalisations. Toute la question est de savoir si l'accroissement progressif des avantages des travailleurs des transports, dû à l'allongement de la durée de la vie, ne devenait pas exorbitant par rapport au droit commun. Tôt ou tard, la confrontation avec l'État était inévitable.

### **Quel est le rôle des syndicats ?**

Du fait de leurs effectifs faméliques, les syndicats sont en France des intermittents du mouvement social, toujours un pas en avant ou en arrière de la masse des salariés. Soucieux d'en paraître régler les actions, comme le Jean-Christophe de Romain Rolland commande aux nuages de se diriger dans le sens où ils vont naturellement.

Tributaires des subventions publiques, d'un montant supérieur au produit des cotisations qu'ils perçoivent, les permanents syndicaux tendent à devenir en réalité des fonctionnaires d'État préposés au mécontentement, et chargés de représenter les travailleurs dans les négociations.

La distinction entre les « syndicats réformistes » et les autres est stupide. Car elle suppose que les autres seraient révolutionnaires. On se demande bien de quelle révolution pourraient se réclamer aujourd'hui la CGT ou SUD qui sont au contraire des champions du statu quo.

En vérité, les organisations sont de trois sortes : les syndicats protestataires purs, comme précisément la CGT et SUD, qui prétendent orchestrer le mécontentement sans se compromettre ; les revendicatifs comme FO, qui expriment des revendications, sans prétendre intervenir dans leur mise en oeuvre ; les réformateurs comme la CFDT, qui cherchent à développer une vision sociale globale et à promouvoir leurs propres solutions. Si Emmanuel Macron a tant snobé le syndicat de Laurent Berger depuis son arrivée à l'Élysée, c'est qu'il a vu en lui son seul véritable rival au chapitre social.

Chacun aujourd'hui peut constater qu'au sein même du mouvement, il existe un match dans le match entre la CFDT et la CGT. Cette dernière, mortifiée de s'être vu ravir la première place au niveau national par la CFDT, paraît avoir été gagnée dans l'épisode actuel par une sorte de fuite en avant, dont l'avenir dira si elle fut salvatrice ou suicidaire.

En toute hypothèse on ne fera pas l'économie, si l'on veut sauver l'essentiel, d'une refondation syndicale en profondeur, qui ne laisserait subsister que deux pôles, l'un protestataire autour de la CGT, l'autre réformateur autour de la CFDT. Sinon, il arrivera aux syndicats ce qui arrive aujourd'hui aux partis politiques : le dépérissement et l'insignifiance.

### **Une dépression française**

En considérant l'état actuel de la France, je n'ai pu m'empêcher de songer à Rosa, un personnage de Romain Gary dans *La Vie devant soi* dont il est dit : « *Elle n'est pas du tout une Juive, ni rien, Monsieur Hamil, elle a seulement mal partout* » .

Eh bien ! Ce n'est pas que la France d'aujourd'hui soit de gauche ou de droite, progressiste ou conservatrice, c'est qu'elle a mal partout ! Et comme elle ne souffre pas d'un mal particulier, cela s'appelle une dépression nerveuse. Jusqu'à une date récente, elle était pourtant, la France, une des rares nations du monde occidental en état de marche. L'Allemagne, empêtrée dans l'interminable fin de règne d'Angela Merkel, l'Angleterre dans le Brexit, l'Espagne dans la Catalogne, l'Italie dans l'inconsistance, les États-Unis dans le délire d'un paranoïaque : la France de Macron, quoi que l'on pense du personnage, paraissait être épargnée. Il est douteux qu'à partir de ce début d'année, ce soit encore le cas.

Certes, le système présidentiel est un atout qui nous met à l'abri de l'arbitraire pur des démocraties comme de l'impuissance du parlementarisme. Mais les deux crises, « gilets jaunes » et retraites, ont révélé un inconvénient majeur du système : la situation du président en surplomb par rapport à la société fait croire à tort qu'il est tout, qu'il a tout, qu'il peut tout. De l'argent, il y en a, et Macron n'a qu'à desserrer les cordons de la bourse. Voilà résumée la pensée Martinez. L'exceptionnalité présidentielle, si elle est maniée à tort et à travers, abolit chez les citoyens les règles du discernement ordinaire ; elle met en vacances la rationalité du monde et tend à réinstaller la politique dans un univers magique. On crie : « Macron nos retraites ! » comme hier : « Charlot, des sous ! »

Le second obstacle est lui aussi de nature psychologique : au fil des ans, le caractère atrabilaire des Français n'a cessé de s'accroître, d'où la formule de Sylvain Tesson, reprise un peu partout, pour désigner la France : « *Un paradis peuplé de gens qui se croient en enfer* » . Il en surnage une hargne généralisée, une agressivité, - disons le mot : une haine -, à l'égard d'autrui qui est une insulte permanente à ce don de Dieu au monde que demeure la France.

Soit, les temps sont durs. L'étaient-ils moins lors de la Belle Époque de l'avant 1914, celle de la *Bête humaine* de Zola ; l'avenir était-il moins bouché, lors du Front populaire, à trois ans du cataclysme, qui n'empêchait pas Simone Weil de célébrer « *une joie pure, une joie sans mélange* » ?

La haine n'est pas un remède à la misère du monde. Marx l'avait compris, qui lui préférait l'alliance des travailleurs. Celui qui proposera un substitut à la haine moisie qui nous débilite et nous paralyse, celui-là, j'en fais mon candidat à la prochaine présidentielle. Bonne année quand même. -

<https://www.welt.de/regionales/nrw/article204795690/Die-Forschungsgruppe-Bonn-ueber-die-Nutzung-von-Kirchengebäuden.html>

**NORDRHEIN-WESTFALEN**KIRCHENUMBAU

## Klettern im Sakralraum

Stand: 11:58 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von Claudia Wiggerbröcker

Bis 2030 werden rund 1500 Kirchengebäude in NRW abgerissen oder umgenutzt – ein komplizierter Vorgang mit vielen Beteiligten. Eine Bonner Forschungsgruppe will nun für Struktur sorgen. Und es gibt gute Vorbilder, die inspirieren.

5



In der Kletterkirche Mönchengladbach

Quelle: picture alliance / Roland Weihra

Harald Niemietz war 26 Jahre lang Pfarrer der Alten Kirche Wupperfeld im Wuppertaler Stadtteil Barmen, als mehrere Gemeinden der Stadt zusammengelegt wurden. Und als klar war, dass weiter gespart und ein Gebäude verkauft werden muss, fiel die Wahl auf die Alte Kirche. „Der letzte Gottesdienst war für mich wie die Beerdigung eines Verwandten“, erinnert sich Niemietz. Doch nicht nur für den Pfarrer war die Situation schwierig: „Viele frühere Gottesdienstbesucher haben unserer neuen, fusionierten Gemeinde den Rücken gekehrt. Einige haben mir auch Vorwürfe gemacht, ich hätte nicht genug gekämpft.“

Ein solches Schicksal könnte bis 2030 vielen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bevorstehen: Die Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 prognostiziert, dass rund ein Viertel der 6000 Kirchen bis dahin verkauft, umgenutzt oder abgerissen wird. Weil der Umwandlungsprozess oftmals unstrukturiert verläuft, entwickelt eine neue Forschungsgruppe an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn eine „Theorie des sakralen Raumes“ im 21. Jahrhundert. Sie soll dazu beitragen, den unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen gerecht zu werden.

„Sakralräume sind Bedeutungsräume, in denen viel Potenzial steckt“, sagt Albert Gerhards, Sprecher der neuen Forschungsgruppe. Wenn in einer Kirche die Gottesdienstbesucher zurückgingen, könne zum Beispiel über Mischnutzungen gemeinsam mit Kultur- oder anderen religiösen Gruppen nachgedacht werden. Gerhards ist schon seit den 80er-Jahren mit dem Thema vertraut, als der Braunkohletagebau viele Kirchenabrissse nötig machte. „Mir fiel auf, dass es damals keine Kriterien gab für einen konstruktiven Umgang mit der Problematik“, sagt der emeritierte Professor für Theologie. Daran habe sich bis heute wenig geändert.

Wie schwierig der Prozess einer sogenannten Umwidmung sein kann, stellt auch Jörg Beste immer wieder fest. Der Architekt berät Geistliche und Ehrenamtliche, die sich aufgrund der sinkenden Zahl der Gottesdienstbesucher und Kirchenmitglieder zu einer Umwidmung durchgerungen haben. Denn: „Die meisten Gemeinden trifft die Problematik, eine Kirche umwandeln zu müssen, zum ersten Mal.“



Die Kletterkirche in Mönchengladbach von außen

Quelle: picture alliance / Roland Weihra

Die Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 hat aus diesem Grund eine Informationsplattform gestartet: „Best-Practice-Beispiele“ sollen inspirieren, Fachleute werden empfohlen. Denn bei Umwidmungen sind unterschiedliche Anforderungen unter einen Hut zu bringen: Das baukulturelle Erbe sollte weitestgehend erhalten bleiben und der Umnutzung christlicher Werte nicht zuwiderlaufen. Darüber hinaus sollte die Neubestimmung für das Umfeld einen Mehrwert haben. Diesen Dreiklang in die Tat umzusetzen gelingt allerdings nicht immer.

Die Kletterkirche in Mönchengladbach ist hierfür ein gutes Beispiel. „Aus Sicht der Denkmalpflege ist die Idee hervorragend“, sagt Beste. „Die Kletterwände sind reversibel. Nimmt man sie heraus, ist das Gebäude im Originalzustand.“ Hinzu kommt: Die Betreiber leisten Integrationsarbeit mit behinderten Jugendlichen.

Für jene, die das heutige Gebäude vor dem Hintergrund der ursprünglichen Nutzung sähen, sei das dennoch eine bittere Pille.

Beispiele, wie Kirchen neu genutzt werden, gibt es zuhauf – und sie werden immer exotischer. So hat Ende 2019 im münsterländischen Steinfurt die „Soccer-Kirche“ geöffnet: Im ehemaligen Kapellengebäude des St. Josefshauses erstreckt sich nun ein neun mal 18 Meter großer Indoorfußballplatz und erfreut sich guter Auslastung.

Die Alte Kirche in Wupperfeld wird hingegen zu einem Veranstaltungsort umgebaut. Alireza Foruzandeh schwebt ein Kulturzentrum vor. „Dort sollen viele Nationen und Religionen Platz haben“, sagt er. Foruzandeh betreibt seit einigen Jahren in direkter Nachbarschaft zur Kirche eine Sprachschule. Er sei schon lange in Kontakt mit der Diakonie, erzählt er. So hörte er von dem Verkauf. Sein Plan sieht unter anderem vor, dass der Bau für private Feiern gemietet werden kann. Öffentliche Konzerte soll es geben, ob Rock, Pop oder Klassik. „Auch Orgelkonzerte kann ich mir vorstellen“, sagt der 60-Jährige.

Doch auch wenn der Geschäftsmann sich bemühen will, Bestehendes möglichst zu bewahren – er merkt, dass die Situation für manche Gemeindemitglieder eine Herausforderung darstellt. „Ich hatte das Gefühl, dass es vielen schwerfällt. Das kann ich gut verstehen. Wenn man ein Gebäude, das man jahrelang besucht hat, verlassen muss, ist das nicht angenehm.“ Streit habe es jedoch nicht gegeben, im Gegenteil. „Die Menschen aus dem Viertel haben eher positiv reagiert. Einige sagten sogar, sie würden hoffen, dass die Kirche bald wieder intensiver genutzt wird.“

Solch positive Reaktionen sind keine Selbstverständlichkeit: Häufig äußern gerade jene Menschen Kritik an Umwidmungen, die gar nicht regelmäßig einen Gottesdienst besuchen. Der Grund: „Kirchengebäude sind wichtig für die Identifikation mit einem Ort – selbst wenn man sie nicht betritt. Sobald man den Kirchturm sieht, ist man zu Hause“, sagt Fachmann Jörg Beste.

### **„Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“**

Werden solche identitätsstiftenden Orte umgewandelt, sorgt das naturgemäß für Unmut. Die Kritik mache jenen Geistlichen und Ehrenamtlichen, die Verantwortung für die Veränderungen übernehmen, die ohnehin schwierige Arbeit noch etwas schwieriger.

Beste betont, dass es nicht nur die Aufgabe von engagierten Gemeindemitgliedern sei, sich um die Zukunft der Kirchengebäude zu kümmern. „Es handelt sich vielmehr um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Wenn wir kein Engagement für die Gebäude aufbringen, werden wir dieses baukulturelle Erbe in vielen Städten und Dörfern verlieren.“ Gemeinden rät er, die Zukunftsfrage nicht zu lange hinauszuzögern. Schließlich gebe es vieles zu klären.

Der Wuppertaler Pfarrer Harald Niemitz fordert dazu auf, „sensibel mit Umwidmungen umgehen“. Zumal sich Veränderung lohnen kann: So hat das Ende der Alten Kirche Wupperfeld auch positive Folgen. In der fusionierten Gemeinde seien die Feste besser besucht, betont Niemitz. „Wir haben neue Aktionen wie Gottesdienste unter freiem Himmel mit anschließendem Imbiss. Es ist etwas Neues entstanden.“

AUFGEBLÄHTER BUNDESTAG:

# Das Wahlrecht hat sich bewährt

- EIN KOMMENTAR VON FRANK PERGANDE, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 07.01.2020-12:46



Eigentlich dürften im Bundestag nur 598 Abgeordnete sitzen – derzeit sind es aber 709, bald könnten es 800 sein. Darum wird der Ruf nach einer Wahlrechtsreform immer lauter. Dabei wäre es richtig, wenn alles so bliebe wie gehabt.

Eigentlich dürften im **Bundestag** nur 598 Abgeordnete sitzen, derzeit sind es aber 709. Und es gibt die Befürchtung, dass es nach der nächsten Wahl noch mehr sein könnten, vielleicht sogar 800. Der Bundestag würde aus allen Nähten platzen, und das würde teuer. Bundestagspräsident Schäuble sprach schon von Containern, die aufgestellt werden müssten. Darum wird der Ruf nach einer Wahlrechtsreform immer lauter. Dabei wäre es richtig, wenn alles so bliebe wie gehabt.

Zwar liegen schon viele Änderungsvorschläge auf dem Tisch; sie kommen vom Bundestagspräsidenten, von namhaften Verfassungsrechtlern sowie von der Union, der **SPD** und von den Oppositionsfraktionen. Alle Vorschläge haben leider zwei große Nachteile. Sie versuchen, etwas an den Symptomen zu ändern, ohne die Ursache in den Blick zu nehmen. Und sie sind interessengeleitet.

Der Grund dafür, dass so viele Abgeordnete im Bundestag sitzen, ist folgender: Die Parteien erzielen bei Wahlen sehr unterschiedliche Ergebnisse, was die Erst- und Zweitstimmen betrifft. Mit der Erststimme wird der jeweilige Wahlkreiskandidat direkt gewählt, mit der Zweitstimme die Partei. Nun gewinnt aber beispielsweise die Union immer noch viele Wahlkreise, während sie bei der Zweitstimme immer schlechter abschneidet. Das führt dazu, dass sie mehr Abgeordnete in den Bundestag schickt, als ihr nach der Zweitstimme eigentlich zusteht. So kommt es zu den sogenannten Überhangmandaten, die wiederum für die anderen Parteien ausgeglichen werden müssen – und zwar vollständig, wie das Bundesverfassungsgericht entschieden hat.

Aus der Union kam der Vorschlag, die Stimmen für die Wahlkreise stärker zu gewichten als die Zweitstimmen für die Parteien. Die Opposition würde im Gegensatz dazu gern die Zahl der Wahlkreise verringern. Das ist wohlfeil, wenn man selbst keine gewinnt. Warum also soll das aktuelle **Wahlrecht** aufgegeben werden? Weil die Wähler es angeblich nicht verstehen, wie einige Fachleute behaupten? Oder zu taktisch wählen?

Bliebe es beim gewohnten Wahlrecht, sind drei Szenarien denkbar. Erstens: Die nächsten Wahlergebnisse fallen ähnlich aus wie 2017. Dann wüchse der Bundestag wie beschrieben. Eine Demokratie muss das aushalten, ein Bundestag also auch. Die zweite Möglichkeit: Würde die AfD ihren Siegeszug fortsetzen, würde sie der Union und auch anderen Parteien mutmaßlich weiter Wahlkreise abjagen. Dann gäbe es auch weniger Überhangmandate. Für die Demokratie insgesamt wäre das allerdings eher be- als entlastend. Die

dritte Variante: Die Union gewinnt die Wähler auch bei der Zweitstimme wieder mehr für sich. Die SPD festigt sich so, dass auch sie wieder mehr Wahlkreise holt. Oder die Grünen lösen gleichsam die SPD ab und gewinnen nicht nur bei der Parteienstimme, sondern siegen auch mehr als bisher in den Wahlkreisen, was ja besonders in den Großstädten schon jetzt gut vorstellbar ist. Auch dann könnte der Bundestag zu seiner eigentlichen Größe zurückkehren.

Damit wird klar: Es geht nicht nur um eine Wahlrechtsreform, die zunächst den Bundestag betrifft, es geht um eine große gesellschaftliche Aufgabe. Nicht die Fraktionen sollten damit zu tun haben, sondern die Parteien. Natürlich ist das leichter gesagt als getan. Aber das Interesse für Politik wächst. Das sollten Union, SPD, Grüne und FDP als Chance sehen, wieder mehr Wähler zu gewinnen.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/autoren/auf-den-spuren-von-hoelderlins-letzter-reise-16568231-p2.html>

DER DICHTER IN FRANKREICH:

# Hölderlin und die braunen Frauen von Bordeaux

- VON OLGA MARTYNOVA
- -AKTUALISIERT AM 07.01.2020-21:18



Seine Geburt liegt in diesem Jahr zweihundertfünfzig Jahre zurück, doch seine Dichtung ist lebendig. Was aber findet man, wenn man sich auf die Spuren von Hölderlins letzter großer Reise begibt?

Die knapp vier Monate, die Hölderlin Anfang 1802 in Bordeaux als Hofmeister in der Familie des Hamburger Weinhändlers Daniel Christoph Meyer verbrachte, hatten große Folgen. Erstens für ihn. Es war sein letzter Versuch, selbständig zu leben. Niemand weiß, warum er die Stelle und die Stadt verließ, nur, dass er nach wochenlanger Fußreise verstört und verwildert in der Heimat ankam und sein Schicksal von da an auf die Autenriethsche Klinik und die abschließenden 36 Jahre im Tübinger „Turm“ zusteuerte.

Das Haus in den Allées de Tourny steht noch und beherbergt eine Filiale von „Air France“ und ein Immobilienbüro, das den Namen von Hölderlins Brotgeber trägt. Ich verbringe zwei Herbstmonate in Bordeaux und gehe jeden Tag an diesem Haus vorbei, in der Hoffnung, etwas zu entdecken. Anders als in Tübingen und ähnlich wie in Frankfurt spüre ich nichts. Wahrscheinlich hat das mit dem kaufmännischen esprit du lieu beider Städte zu tun. Dass zu dem sogenannten Korkenadel von Bordeaux viele Deutsche gehörten, ist heute kaum bekannt, zumal das nach dem Zweiten Weltkrieg ein heikles Thema war, weil die Stadt kollaboriert hatte, obwohl man nicht sagen kann, dass das speziell die deutschstämmigen Familien gewesen wären. In den Siebzigern konnte der damalige F.A.Z.-Korrespondent in Frankreich, Thankmar von Münchhausen, sie aufspüren und betitelte seinen Bericht über Bordeaux „Buddenbrooks im Midi“. Jutta Bechstein-Mainhagu, die ehemalige Leiterin des hiesigen Goethe-Instituts, kennt noch manche von ihnen: Auch die Nachkommen des berühmten Frankfurter Bankiers Bethmann seien da, auch der Hamburger Bruder von Hölderlins großer Liebe Susette Gontard hatte Kontakte zu den Bordelaiser „Buddenbrooks“. Abends laufe ich durch die Gegend Chartrons, wo sie residierten finde neben den bronzenen Türklopfern einige deutsche Namen.

Auf der Allee zwischen dem „Hölderlin-Haus“ und dem Grand Théâtre treffe ich auf einen alten weißen Mann in breitem weißem Zweiteiler über dem weißen Hemd. Mit seinem cremefarbenen Hut kann er mit gleicher Wahrscheinlichkeit ein auf sein Äußeres achtender Clochard und ein nonchalanter „französischer Herzog“ sein. Mit der Spitze seines Stützschilds hebt er den Deckel einer Mülltonne auf. Doch ein Clochard? Doch die Franzosen haben keine Pfandflaschen. Er klopft die Asche von seiner Zigarre in die Mülltonne. Ich kann meine Begeisterung nicht verbergen, worauf er etwas mit der Sprachmelodie eines französischen Herzogs sagt und seinen Weg Richtung Garonne fortsetzt.

„Geh aber nun und grüße / Die schöne Garonne“, heißt es im Gedicht „Andenken“ von 1803 (noch eine Folge von Hölderlins Bordelaiser Zeit), das seinerseits auch Folgen hatte, nämlich eines der Hauptwerke der Trümmerliteratur, Günter Eichs 1946 publizierte „Latrine“, wo diese zwei hymnischen Freiverse Hölderlins

in ein gereimtes Gedicht hineinmontiert werden, weil sie in den Ohren des über der Latrine hockenden Soldaten klingen. Was ihm Garonne, was ist er ihr? Können wir uns im 21. Jahrhundert vorstellen, wie es ist, Hölderlin im Ohr zu haben und nicht zu wissen, ob er trotz oder wegen der von der **NSDAP** geförderten „Hölderlin Feldauswahl“ (von 1943) da ist? Der Soldat hockt über der Latrine, neben ihm hockt Hölderlin über dem blutigen Kot und ist schlechter dran: Der Soldat hockt vor dem neuen Anfang, in dessen Fortsetzung wir leben. Hölderlin ist ein Häufchen Elend und damit ein Schutzpatron der seltsamen Gestalten des zwanzigsten Jahrhunderts (Bruno Schulz, Fernando Pessoa, Ossip Mandelstamm, jeder kann die Liste mit eigenen Lieblingen fortsetzen), die nichts außer schreiben konnten, und es ist sinnlos, den Grund ihres Scheiterns zu suchen. Sie können einer menschenfressenden Macht zum Opfer fallen, sie können unfähig sein, sich im Leben einzurichten. Selbst wenn die Tragik eines solchen Lebens unspektakulär bleibt, ist die Unscheinbarkeit Teil dieser Tragik. Niemand kann (und niemand muss) wissen, dass sie lebensunfähige Genies sind. Auch von Hölderlins Mutter, die ihn mit ihren Erwartungen überstrapazierte, darf man dieses Wissen nicht verlangen. Manche Menschen sind allerdings einfach lebensunfähig, ohne Genies zu sein, und ihre Leben sind ebenso tragisch, und die lebensunfähigen Künstler sind Stellvertreter für alle: Menschenwürde für alle (was in Zeiten des Neoliberalismus eine unschöne Aktualität bekommt).

## Die zweideutige Lage eines Hauslehrers

Ich erforsche weiter, was das alte deutsche Feuilleton über Bordeaux schrieb. 1953 schreibt Marion Gräfin Dönhoff in „Die Zeit“ über den in Bordeaux durchgeführten Prozess gegen SS-Offiziere, und meint über das Massaker in Oradour-sur-Glane von 1944, „dass jene Szene aus der Unterwelt, aufgeführt mitten in Europa, fern der östlichen Sphäre, uns alle angeht.“ Was ist mit den Grausamkeiten in der östlichen Sphäre? 1953 meinten die Deutschen unter sich zu sprechen, wie im eigenen Wohnzimmer, für die Nachbarn unhörbar. Heute können wir (egal wer „wir“ sind) das nicht. Die Menschheit vermischt sich. Ich (aus der östlichen Sphäre) bin da. Die Nachkommen der Sklaven aus Afrika sind da. Ich denke an meinen Vater, der als Sprössling einer gebildeten russischen Familie mit Goethe und Hölderlin aufwuchs, und dessen Bruder während eines der unzähligen Massaker in „der östlichen Sphäre“ umgebracht wurde. Aber sie schreibt – für mich wegen Hölderlin in Bordeaux völlig nachvollziehbar – weiter: „... das totalitäre System Hitlers, das die geistig Armen umbrachte, weil sie unnütze Esser seien ... hat dieser äußersten Demoralisierung erst zum Durchbruch verholfen.“ Das stimmt. Hölderlin wäre im Dritten Reich als Geisteskranker vergast worden.

Vom prächtigen Meyer-Haus mit seinem Säulenportal waren es für Hölderlin fünf Minuten zu Fuß zur Garonne und nicht einmal eine Minute vom Haus in der Rue Saint Rémy, wo er vermutlich mit den anderen Hausangestellten sein Quartier teilte (die zweideutige Lage eines Hauslehrers; zu dieser Zeit waren die von der Revolution bis nach Russland geflohenen Franzosen oft in einer vergleichbaren Situation).

Eine Frau mit großporiger Haut, die unter den Augen bordeauxfarben hängt, sitzt auf einer Vortreppe und klopft die Asche ihrer Zigarette mit aristokratischer Geste ab, die Hand vor ihre nackten Knie haltend. Diese Geste lässt mich an alte russische Damen denken, die ich als Teenager bewunderte. Sie waren Überlebende jeweils einer Auswahl von: der stalinistischen Lager, des Zweiten Weltkriegs, der Belagerung Leningrads durch die Wehrmachtstruppen, der antisemitischen Hetzkampagne des Spätstalinismus, der Ausrottung von nicht sozialistisch-realistischer Kunst; das war eine breite Palette. Ihr großes Wissen, ihr Witz, ihre Selbstsicherheit beleuchteten ihre manchmal alkoholisierten Gesichter von innen. Diese Ähnlichkeit kann kein Zufall sein: Der alt gewordene weibliche Hölderlin, der keinen Platz im Leben fand.



Im Meyer-Palais in Bordeaux trat Hölderlin seine letzte Stelle an. :Bild: Aurimages

Jeden Tag zum „Hölderlinhaus“ zu kommen, lohnt sich. Ich entdecke auf der Rückseite eine Bäckerei, kaum größer als Hölderlins Zimmer in Tübingen, ein paar Tische, eine Steckdose für mein Notebook und keine Musik. Der Raum sieht nach einem späten Zubau aus. Womöglich war hier der Hof mit dem Feigenbaum aus „Andenken“ und liefen die „braunen Frauen daselbst“ vom selben Gedicht hier vorbei. Wer sind sie eigentlich?

Noch eine Folge von Hölderlins Aufenthalt in Bordeaux ist der Streit um die Identität der „braunen Frauen“. Adorno will sie vor Heidegger retten und von dem Verdacht, sie seien deutsche Frauen, entlasten, wobei er Französinen meint: „während Hölderlins Verse eher von der erotischen imago der Südländerin entzückt sind, gestattet Heidegger den Übergang zu den deutschen Frauen und ihrem Lob.“ Aus heutiger Sicht deutet man das manchmal als Streit von zwei „alten weißen Männern“ darüber, ob die afrikanischen Sklavinnen deutsch, französisch oder eventuell griechisch waren. So schreibt etwa 2015 der Philosoph René Sebastian Dorn: „Dass dort braune Frauen vorkommen ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass sich zu der Zeit der zweitgrößte Sklavenmarkt (traite négrière) Frankreichs an den halbmondförmigen Quais von Bordeaux befand.“ Dagegen spricht natürlich die zu Hölderlins Zeiten verbreitete Bedeutung des Wortes „braun“ als gebräunter Teint: „das braune Mädel“ (Goethe), „meine braune Trutschel“ (Hölty) und viele andere. Jedes Landei war ein braunes Mädchen. Schade! Es wäre ein Wunder dieses Gedichtes gewesen, dass zum ersten Mal in der deutschen Sprache die „braunen Frauen“ ganz normal zum Straßenbild gehörten, in solchem Maße nichts Besonderes, dass man streiten konnte, ob sie Deutsche oder Französinen seien (avenidas y mujeres y un admirador)!

## Hüterinnen von Küche und Bett

Aus der Sicht von morgen wird alles wieder anders sein: Als ich in einer Abiturklasse eines deutschen Gymnasiums von den „alten weißen Männern“ zu sprechen begann und merkte, dass der Begriff nicht auf irgendein Verständnis traf, fragte ich, ob er jemandem bekannt vorkomme. Keinem! Nur ein Mädchen wusste etwas von den „alten weisen Männern“ bei „Asterix“.

Aus meiner heutigen und naturgemäß feministischen Sicht haben Frauen bei Hölderlin weder mit Hüterinnen des Seins (lies: Küche) noch mit angewandter Sinnlichkeit (lies: Bett) zu tun; die späten Gedichte Hölderlins lesen sich als Kommentare zu „Hyperion“ und jede Frau, egal welcher Farbe, trägt die Funktion der eingeweihten, von jeder Vulgarität des Lebens freien Diotima sowohl des „Symposions“ als auch des „Hyperions“. So gesehen musste Diotima sterben (sie kann keine Ehefrau werden); Susette Gontard (die „wirkliche“ Diotima) wünschte sich die Romanwendung anders, aber Hölderlin musste der Logik des Werkes folgen.



Hölderlins Pass für die Ausreise aus Bordeaux :Bild: Interfoto

Ich gehe und grüße die schöne Garonne, an deren Ufer eine bronzene Marthe Adélaïde Modeste Testas (1765 bis 1870) steht und Abertausende von Sklaven repräsentiert. Sie war, wie viele schwarze Sklaven, nur für kurze Zeit in Bordeaux und wurde von ihrem Besitzer, dem sie zwei Kinder gebar, in seinem Testament befreit und mit Land auf Haiti versorgt, wo sie hundertfünfjährig starb. Einer ihrer Enkelsöhne wurde Präsident der Republik Haiti. Das Denkmal ist erst seit Mai 2019 da. Die Stadt will ihre Geschichte nicht mehr verbergen. Das ist neu. Thankmar von Münchhausen schreibt in seinen Bordeaux-Texten der Siebzigerjahre nur über den Weinhandel, erwähnt die Sklaverei als zweite Säule des Wohlstands mit keinem Wort.

Ein schwarzer Junge auf dem Fahrrad lehnt sich gegen eine Hauswand und dreht sich einen Joint. Er und sein Fahrrad sind so schmal und matt, dass sie auf die Wand gemalt scheinen.

„Braune Frauen“ (und Männer) im gegenwärtigen Sinn gehörten schon zu Hölderlins Zeiten zum Straßenbild von Bordeaux. Zu dem von Frankfurt, Heidelberg oder Nürtingen eben nicht. Sie sind in Frankreich schon so lange zu Hause, dass sie niemandem auffallen, weder missgünstigen noch wohlwollenden Passanten, während man in Deutschland immer noch beobachten kann, wie ungelenkt jemand zum Beispiel seinem Sitznachbarn im Bus zu verstehen geben will, dass er kein Rassist sei. Was natürlich auf befremdete Reaktionen seitens der „Schwarzen“ stößt, schließlich wollen sie den „Weißen“ nicht auf Schritt und Tritt beweisen, dass sie nichts gegen deren Hautfarbe haben. All das besagt nicht, dass Deutsche größere Rassisten seien. Die Zeitskala ist eine ernste Sache, ein Paar Kerben zu überspringen ist nicht so einfach.

## Der Tod als Strafe

Weiter mit Adorno denkend: Zu gerne würde ich Hölderlin eine Romanze mit einer schönen Sklavin gönnen: Fremdling, wie sich die frühromantischen Dichter bezeichneten, und Fremdlingin, wie Hölderlin die Nacht nannte. Weder er noch sie fühlen sich wirklich wohl in ihrer Haut, in ihrem Leben, die Welt ist verständnislos, für seine Dichtung, für ihr Schicksal, ein feilgebotenes Ding zu sein. Sie würde verkauft, und er würde sich gezwungen sehen, nach Hause zu kommen, wo er vom Tod seiner Geliebten erfahren und das als Strafe für seine Untreue und dafür, dass er sie in seinem Roman bereits umgebracht hat, empfinden und immer endgültiger in die Nacht, die Fremdlingin, versinken. Aber sowohl die Literatur als auch ich sind aus dem Alter für solche Phantasien heraus.

Ich bin fast die Letzte in einem Café. An einem verlassenen Tisch sind Brotkorb und Teller noch nicht abgeräumt. Jemand nimmt im Vorbeigehen eine Baguettescheibe, tunkt sie in die Soße im Teller und isst sie in einiger Entfernung; ich versuche, ihn möglichst unauffällig zu beobachten, damit ich ihn nicht hindere, eine zweite Scheibe zu nehmen. Er ist groß und dünn, mit dem goldenen Haar eines Erzengels von einem Renaissance-Bild und verlangsamten Bewegungen, die den Drogenabhängigen ein weltfremd verachtendes Aussehen verleihen. Er holt aus einer Mülltonne ein beschriebenes Blatt Papier heraus, liest beide Seiten,

zuckt enttäuscht mit den Schultern und lässt es zurück in die Mülltonne fallen; wäscht sich die Hände unter dem öffentlichen Wasserhahn und entfernt sich langsam, einen Tick über dem Boden schwebend. Der Brotkorb bleibt halbvoll auf dem Tisch zurück.

Wenn Gedichte gleich gut als patriotische Stärkung in die Soldatentornister, als Traum der Revolution in den linken Diskurs und als Transistor des Seins in den konservativen passen, dazu noch Vorbote der modernistischen Idee der Ersetzung der Religion durch die Kunst sind, bedeutet das nicht Beliebigkeit, sondern Universalität, weswegen jede Analyse der Texte nur bedingt möglich ist. Bei aller Bewunderung etwa für die hermeneutischen Studien Szondis oder Befremdung bei den prosaischen, aber pythischen Nacherzählungen Heideggers kann man beide und alle anderen Deutungen als gleichberechtigt sehen. Alle beanspruchen solche Dichter für sich, wie eine Landschaft, die erst Menschen mit Inhalten beladen, die aber nichts als sich selbst repräsentiert. In allen unseren Ohren klingt Hölderlin, egal, ob wir links oder rechts sind, Deutsche oder Russen (Japaner, Kameruner oder wer auch immer), er ist da, wenn uns, warum auch immer, deutsche Gedichte (oder überhaupt Gedichte) etwas bedeuten. Diese Aussage hat eine Generationengrenze, die nicht dadurch erklärbar ist, dass Hölderlins Gedicht nun veraltet wäre, sondern dadurch, dass er aus der Schullektüre verschwunden ist und Menschen ab einem gewissen Jahrgang keine Chance haben, auch nur eine Zeile von ihm zu lesen. Ich hoffe, ich irre mich, obwohl ich aus einiger Erfahrung heraus spreche.

Mir war die nicht so einfach aufspürbare, aber klare Präsenz von Hölderlin in Bordeaux auch deshalb wichtig, weil im Archiv des 2018 verstorbenen Oleg Jurjew ein von ihm handbeschriebener Zettel von 1980 (ein Jahr bevor wir uns trafen) gefunden wurde: „Sich in einem ästhetischen Untergrund befindend. Goethe – in diesen Zeiten ist das nicht möglich. Heine – dieser Weg ist bereits beschritten. Hölderlin – bleibt Hölderlin. Darauf hofft jeder.“ Und aus derselben Zeit ein Gedicht mit der Zeile: „Kommt eine Taube, sagt: Hölderlin.“ Später bedeutete Hölderlin für Oleg Jurjew tatsächlich sehr viel. Aber damals? Das heißt, dass ein zwanzigjähriger sowjetischer Dichter, der in dem sozialistischen Kulturbetrieb einen Weg für sich weder sah noch wünschte, in Hölderlin einen Schutzpatron fand. Der „ästhetische Untergrund“ in der spätsowjetischen Literatur war nicht inhaltlich, sondern bestand darin, einfach anders zu schreiben und zu denken als verlangt. Die Anforderungen der sowjetischen Ästhetik waren beinahe dieselben wie die des freien Marktes: einfach, für alle zugänglich, ein bisschen Gefühle, ein bisschen gute Gesinnung, politisch der aktuellen Norm entsprechend. Es ging um die Art und Weise zu schreiben und zu leben, abseits des Mainstreams, der einem gefügigeren Autor ein bequemes Leben sicherte, ohne dass er seine Seele besonders stark an die Kommunisten verkaufen musste. Deshalb ist es in der Tat vergleichbar.

Kann es sein, dass Künstler, die ihren Weg abseits des jeweiligen Zeitgeistes gehen, auch heute in Hölderlin einen Schutzpatron haben?

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/emmanuel-macrons-rentenreform-die-franzoesische-ausnahme-16569933.html?premium>

MACRONS RENTENREFORM:

## Die französische Ausnahme

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 08.01.2020-11:57



Auch zu Beginn des Jahres 2020 ist Frankreich im Teufelskreis zwischen Misstrauen und Glauben an den Staat gefangen. Daran hat allerdings auch die französische Regierung selbst ihren Anteil.

Frankreich hat sich im Zuge des europäischen Einigungsprozesses von etlichen nationalen Besonderheiten verabschiedet, aber bei der Reformbereitschaft besteht die „französische Ausnahme“ fort. Nach einem Monat Streiks und Protesten gegen die geplante Rentenreform ist die gesellschaftliche Unterstützung für den Ausstand nur geringfügig zurückgegangen. 60 Prozent der Franzosen geben laut einer jüngsten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Harris Interactive an, die Protestbewegung gutzuheißen.

Anfang Dezember lag die Unterstützung bei 69 Prozent. Obwohl gerade im Wirtschaftszentrum des Landes, in der Hauptstadtregion Île-de-France, die Streiks im öffentlichen Nahverkehr die Mobilität von Millionen Arbeitnehmern täglich behindern, hat sich die Bevölkerung nicht mehrheitlich von der Streikbewegung abgewandt. Auch die Einschränkungen im Fernverkehr der Bahn, die während der Feiertage anhielten und Familienbesuche sowie die Urlaubsplanung erschwerten, haben nicht zur einer klaren Abkehr beigetragen.

Frankreich ist zu Jahresbeginn von neuem in einem Teufelskreis aus Misstrauen gegen die Regierung, gewerkschaftlichem Korporatismus und staatlichem Dirigismus gefangen, den Yann Algan und Pierre Cahuc bereits 2007 in ihrem Buch „Die Gesellschaft des Misstrauens“ („La société de défiance“) schonungslos analysiert hatten. Die mangelnde Reformfähigkeit führen die beiden Wirtschaftswissenschaftler auf das im europäischen Vergleich ungewöhnlich hohe Niveau des Misstrauens zurück, das die Franzosen gegenüber ihrer Führungselite hegen. Schon der Soziologe Michel Crozier hatte 1970 in seinem Buch „Die blockierte Gesellschaft“ („La société bloquée“) das Versagen der politischen Elite beklagt, die außerstande sei, die Anliegen der Bürger anzuhören und ernst zu nehmen. Cahuc und Algan gehen noch weiter. Das Vertrauensdefizit sei eine Folge der drastischen Regulierungsversuche des Staates, der sich in fast alle Lebensbereiche einmische.

### Wie „Väterchen Staat“ die bürgerliche Unmündigkeit befördert

Aufgrund der ständigen staatlichen Interventionen über immer neue Steuern, Abgaben und Umverteilungsmechanismen fehle es an der für Vertrauen notwendigen Transparenz. Stattdessen sei ein Klima des Misstrauens entstanden, in dem der einzelne Bürger stets andere verdächtige, Nutznießer bestimmter Vorteile zu sein. Die „Misstrauensgesellschaft“ werde durch den fortbestehenden Einfluss des Marxismus und des Colbertismus verstärkt, wie dies der langjährige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), Olivier Blanchard, in einem bemerkenswerten Essay analysierte.

Bis zum Finanzminister des „Sonnenkönigs“ [Ludwig XIV.](#), Jean-Baptiste Colbert, lässt sich die Tradition des starken Staates in Frankreich zurückverfolgen. Diese staatliche Übermacht habe über die Jahrhunderte dazu beigetragen, dass sich der soziale Dialog nur schwach entwickelte. Zudem verkümmerte das individuelle Verantwortungsbewusstsein. „Väterchen Staat“ beförderte auf diese Weise eine gewisse bürgerliche Unmündigkeit. Hinzu kommt die marxistische Tradition, die bis heute in Frankreich dazu führt, dass in der Gesellschaft „die Reichen“, „die Unternehmen“ und „der Markt“ negativ besetzte Begriffe seien. Die marxistische Prägung habe das Feindbild „der Reichen“ gefestigt.



Bis in die Zeit des Ludwigs XIV. (hier 1701 porträtiert von Hyacinthe Rigaud) reicht die Tradition des starken Staates in Frankreich zurück. :Bild: Archiv

Diese im kollektiven Bewusstsein verankerte Idee wird bei der Debatte über die Rentenreform von gleich zwei politischen Kräften instrumentalisiert. So haben sowohl die Linkspartei „La France Insoumise“ (LFI) als auch die rechtspopulistische Bewegung Rassemblement National (RN) in dem Regierungsprojekt eine Reform zugunsten „der Reichen“ ausgemacht. Der Vorwurf hält einer genauen Prüfung nicht stand, denn die Solidaritätslast für Besserverdienende in der staatlichen Rentenkasse soll leicht erhöht werden. Geplant ist hingegen, dass Franzosen für Bezüge über 120.000 Euro eigenverantwortlich ihre Altersversorgung planen müssen und aus dem staatlichen Generationenvertrag entlassen werden.

## Macron und das Misstrauen der französischen Bevölkerung

Aber die Kraft der These, [Emmanuel Macron](#) sei ein Präsident der Reichen, ist ungebrochen. Dabei wird auch das Spektrum des Antiamerikanismus bedient. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei (PS), Olivier Faure, beteiligte sich an der Verschwörungstheorie, wonach die amerikanische Fondsgesellschaft Blackrock die Rentenreform inspiriert habe. Als „Beweis“ wurde angeführt, dass der Frankreich-Chef von Blackrock, Jean-François Cirelli, kürzlich von Präsident Macron in den Rang des „Offiziers“ der Ehrenlegion erhoben wurde.

Faure entrüstete sich, diese Ehrung sei nicht anekdotisch, sondern enthülle „die düstere Seite der Rentenreform“. Er beförderte damit Gerüchte, die sowohl Marine Le Pen als auch Jean-Luc Mélenchon schon im Präsidentschaftswahlkampf 2017 in Umlauf gebracht hatten: Macron sei die Marionette der internationalen Finanzwelt und verrate die Interessen der gewöhnlichen Franzosen.

Zu dem Misstrauen, das ihr entgegenschlägt, hat die französische Regierung allerdings auch selbst beigetragen. So zeugt es nicht von politischem Feingefühl, dass Verkehrsministerin Elisabeth Borne auf dem Höhepunkt der Streiks im Nah- und Fernverkehr zum Urlaub nach Marrakesch flog. Ähnlich ungeschickt agierte Wirtschaftsstaatssekretärin Agnes Pannier-Runacher, als sie mitten in der Blackrock-Debatte den französischen Markt für Pensionsfonds mit einer „Schachtel Smarties“ für Blackrock verglich. Als besonders verheerend für das Vertrauensverhältnis erwies sich die Affäre um den inzwischen zurückgetretenen Rentenhochkommissar Jean-Paul Delevoye, der mehrere Nebenjobs unterschlagen hatte.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/40-geburtstag-der-gruenen-die-gezaehmte-partei-16571665.html?premium>

40. GEBURTSTAG DER GRÜNEN:

## Die gezähmte Partei

- VON JULIA LÖHR, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 09.01.2020-06:20



Fünf Mark für den Liter Benzin, Sondersteuer für Singles, aus Ford ein Fahrradwerk machen: Die Grünen sind mit radikalen Forderungen groß geworden. Jetzt feiern sie 40. Geburtstag und wollen vor allem sozial sein.

So manches alte Parteiprogramm ist aktueller als gedacht. „Wir müssen Abschied nehmen vom Wachstum des Bruttosozialprodukts als oberstem Leitbild aller Wirtschaftspolitik“, schrieben sich die Grünen schon im Jahr 1986 auf die Fahnen. Während dieser Satz bis heute die grüne Wirtschaftspolitik prägt und auch außerhalb der Partei auf immer mehr Zustimmung stößt, blieb manch anderer Wunsch der damals noch jungen Wilden bislang unerfüllt. Dazu zählt etwa die geforderte Halbierung der Bahnpreise, aber auch die 50-Prozent-Quote für Frauen in der Arbeitswelt, auf allen Hierarchiestufen, wohl gemerkt.

An diesem Freitag feiern die Grünen ihr vierzigjähriges Bestehen, einen Tick zu früh, denn der Gründungsparteitag fand am 13. Januar 1980 in Karlsruhe statt. 40 Jahre Revoluzzertum sind daraus zwar nicht geworden. Die Partei und die Gesellschaft haben sich im Laufe der Jahre aufeinander zubewegt, die Grünen kommen in den aktuellen Umfragen auf Werte zwischen 20 und 23 Prozent. Aber der Anfang war durchaus so radikal, wie es sich für einen Neuling in der Parteienlandschaft gehört und wie ein Blick in die alten Wahlprogramme zeigt.

Ihr allererstes Werk begannen die Grünen mit einer ausführlichen Analyse der „Krise des heutigen Wirtschaftssystems“. An diese schloss sich unter anderem die Forderung an, jede Form von Fernseh- und Hörfunkwerbung zu verbieten, die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich einzuführen und die sogenannten „Leichtlohngruppen“ sofort abzuschaffen – ein Thema, das die Partei immer noch umtreibt, auch wenn sie heute lieber von Niedriglohneempfängern redet.

### Kontroverse Forderungen standen auf der Tagesordnung

Für Aufsehen sorgte auch der Vorschlag in den Kölner Kommunalwahlen des Jahres 1984, das dort ansässige Werk des Autoherstellers **Ford** in eine Fahrradfabrik umzuwandeln. Ebenfalls auf der frühen grünen Agenda: eine gesetzliche Pflicht zum Energiesparen, zwölf autofreie Sonntage im Jahr sowie der Stopp des Fernstraßenbaus. Und wer sich heute über die Diskussion über ein Tempolimit von 130 Kilometern in der Stunde auf Autobahnen erregt, der sei daran erinnert: Es hätte schlimmer kommen können. Die Grünen wollten die Höchstgeschwindigkeit schon 1987 auf 100 Kilometer je Stunde drosseln und in Ortschaften maximal Tempo 30 erlauben.

Die Wende im Tonfall kam Mitte der neunziger Jahre, genauer: im Herbst 1995, drei Jahre bevor die Grünen zum ersten Mal mit der SPD im Bund regierten. Damals appellierte **Joschka Fischer** für eine glaubwürdigere Wirtschafts- und Finanzpolitik. Was verteilt werden sollte, müsse erst mal erwirtschaftet werden, ermahnte er

seine Partei. Was selbstverständlich klingt, glich einst einer Revolution und war entsprechend hart umkämpft.

Schrille wirtschaftspolitische Forderungen gab es trotzdem weiter. Dass ein Liter Benzin fünf Mark kosten sollte, verursachte einen allgemeinen Aufschrei. Nicht ganz so hitzig debattiert wurde die Idee einer Single-Steuer in Höhe von 500 Mark im Monat oder der Vorschlag, wer seinen Urlaub in Deutschland verbringe, solle zur Belohnung einen Steuerfreibetrag von 1000 Mark bekommen. Tatsächlich gekommen ist das von [Jürgen Trittin](#) durchgefochtene und von Getränkeherstellern bis zuletzt bekämpfte Dosenpfand.

## Partei wird immer wirtschaftsfreundlicher

Je älter die Grünen wurden, und an je mehr Regierungen sie beteiligt waren, desto größer wurde der Einfluss der „Realos“ wie Joschka Fischer, [Fritz Kuhn](#) und Christine Scheel, die viele Jahre den Finanzausschuss im Bundestag leitete. Heute sind es der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, die für pragmatische Politik stehen. Was in der Partei nicht jedem behagt. Die Spitzenkandidatin für die Hamburger Bürgerschaftswahl, Katharina Fegebank, versucht deshalb dieser Tage, trotz mancher wirtschaftsfreundlicher Äußerung nicht wie eine Kopie Kretschmanns zu wirken.

Zumindest mit einem Teil ihres heutigen Programms kommen die Grünen in der Wirtschaft mittlerweile gut an. Das gilt vor allem für die Forderung, dass der Staat eine CO<sub>2</sub>-neutrale Stahl-, Aluminium- und Zementherstellung stärker fördern sollte, die der Vorstand auf seiner Klausurtagung in Hamburg gerade noch einmal erneuert hat. Deutsche Maschinen und Software auf diesem Gebiet sollen nach dem Willen der Grünen zum neuen Exportschlager werden. Das soll die Wirtschaft darüber hinwegtrösten, dass nach dem Willen der Grünen in Deutschland nach dem Jahr 2030 keine neuen Autos mehr mit Verbrennungsmotor zugelassen werden sollen.

## Kontakte in den Vorständen

In ihrem Ende 2018 ins Leben gerufenen Wirtschaftsbeirat diskutieren die Grünen nicht nur mit ihren nahestehenden Managern, etwa von der Ökobank GLS, über den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft. Auch die Vorstandschefs von Unternehmen wie BASF und Heidelberg-Cement sind in dem rund 50 Teilnehmer starken Gremium vertreten. Die Diskussionen, so berichten Teilnehmer dieser Runden, verlaufen durchaus kontrovers. Mancher Manager nutzt die Sitzungen auch, um ein Gespür dafür zu bekommen, was eine schwarz-grüne Bundesregierung für die Wirtschaft hieße. Der Schrauben-Unternehmer Reinhold Würth erklärte im Sommer schon einmal öffentlich seine Zuneigung zu den Grünen und riet zum baldigen Kohleausstieg.

Doch Freunde sind die Wirtschaft und die Grünen deshalb noch lange nicht. Während die [SPD](#) derzeit auf den Kurs der Linken einschwenkt, verabschiedeten die Grünen auf ihrem Parteitag im November ein Programm, das sich wie das einer grünen SPD liest. In dieser Woche beschloss der Vorstand um die Parteichefs Robert Habeck und Annalena Baerbock die wichtigsten Punkte zur Sicherheit gleich noch mal: die Forderung nach einem Mindestlohn von 12 Euro zum Beispiel, ein unbürokratisches Gründungskapital von 25.000 Euro und höhere Hinzuverdienstgrenzen für Hartz-IV-Empfänger. Das Ziel der Grünen 40 Jahre nach ihrer Gründung ist klar: Die Partei müsse „in die Breite der Gesellschaft“ gehen, so Habeck. Auf dass die Balken in der nächsten Bundestagswahl möglichst weit in die Höhe schießen.

## Wo so viel Hass ist, hat das Recht einen schweren Stand:

### Beobachtungen beim Weinstein-Prozess

Seit Montag steht Harvey Weinstein in New York vor Gericht. Aber die Meinungen über den Fall sind nach mehr als zwei Jahren scharfer #MeToo-Attacken weitgehend gemacht. Können Richter und Geschworene überhaupt noch zu einem unabhängigen Urteil kommen?

Sarah Pines, New York Aktualisiert 09.01.2020, 05.30 Uhr

Wie eng und dürrig die Welt manchmal plötzlich wird. Vom fernen Glanz und Chic Hollywoods, wo der einst mächtige Filmproduzent Harvey Weinstein lächelnd lächelnde Frauen umarmte, zoomen wir hinein in den senfstichig braunen Gerichtssaal. «In God we Trust» steht an der Stirnseite neben einer schlaffen US-Flagge. Darunter sitzt Weinstein, den Rücken zum Publikum gewendet, dünn und blass, mit den hängenden Schultern eines alten Mannes.

Es ist die ausgefranzte Rückenansicht eines Egos, dessen Hingabe an den eigenen Chauvinismus Opfer schuf, paradoxerweise aber auch eindringliche Formen der Weiblichkeit. Die von Weinstein produzierten Filme sind voll davon: Catherine Zeta-Jones in «Chicago», Jennifer Lawrence in «Silver Linings», Juliette Binoche in «Der englische Patient», dann noch Uma Thurman in «Pulp Fiction» und Michelle Williams in «My Week with Marilyn». Es waren unabhängige, kantige und eigenbrötlerische Frauen, die sich dem Mann eher entzogen, als sich ihm zu Füßen zu werfen.

Aber heute geht es nicht um Kunst und um den Mythos des für die eigene schöpferische Kraft stets Opfer fordernden Genies, sondern um die Frage nach weltlicher Schuld; und auch darum, ob nach der exzessiven medialen Vorverurteilung Weinsteins nun eine unvoreingenommene Jurisdiktion überhaupt noch möglich ist.

#### Problematische Beweislage

Weinsteins sexuelles Fehlverhalten löste 2017 die #MeToo-Bewegung aus, die bestehende Geschlechterverhältnisse radikal infrage stellt. Am Obersten Gerichtshof in New York begann am Montag die Gerichtsverhandlung gegen den ehemaligen Filmmogul. Neben den Anklagen gegen den New Yorker Starkoch Mario Batali und den Schauspieler Bill Cosby (dessen Verfahren strenggenommen schon 2014 begann) ist es erst der dritte Prozess im Zuge von #MeToo.

Weinstein ist zweier Vergehen angeklagt: 2013 soll er in einem New Yorker Hotelzimmer eine bisher nicht namentlich bekannte Frau vergewaltigt haben. Ausserdem wird Weinstein von seiner ehemaligen Produktionsassistentin Mimi Halesy beschuldigt, er habe sie 2006 in seiner Wohnung in Soho zu Oralsex und danach zu Geschlechtsverkehr gezwungen. Weinstein plädiert auf nicht schuldig. Jeder sexuelle Kontakt mit jeder Frau sei stets einvernehmlich gewesen.

Der Ausgang des Prozesses ist offen. Es ist fraglich, ob die Anklage die nötigen Beweise für von Weinstein begangene Sexualverbrechen erbringen kann, zumal beide Frauen noch lange nach den Vorkommnissen seine Freundschaft suchten und ihm Nachrichten schickten wie «I love you, always do. But I hate feeling

like a booty call :)» oder «Hi! Just wondering if u have any news on whether Harvey will have time to see me before he leaves? X Miriam». Weinstein's Anwälte fragen, ob so Frauen schreiben, die brutal erniedrigt wurden. Die Anklage hingegen legt diese Nachrichten als Symptome nicht überwundener Traumata aus. Nur: Was wäre dann aus allen bis dato geschriebenen Liebesbriefen zu lesen, wenn ein «Ich liebe dich» auf Vergewaltigung hinweist?

### Rückenwind für die Anklage

Im Gerichtssaal sitzen Vertreter der Presse, unter ihnen meist junge Frauen und ein paar verstrubbelte Männer mit Bleistiften hinterm Ohr. Am ersten Tag des Verfahrens wurde die Anklage verlesen, Bürokratisches geklärt. Am Dienstag begann die Suche nach Geschworenen, die für die Öffentlichkeit «langweiligste», aber für Verteidigung und Anklage wichtigste

Schon die ersten beiden Prozesstage brachten Eklats. Am Montag, pünktlich zum Prozessauftakt, wurde in Los Angeles von zwei namentlich nicht genannten Frauen Anklage gegen Harvey Weinstein wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung erhoben. Sollte er schuldig gesprochen werden, drohen ihm in New York bis zu 28 Jahre, in Kalifornien lebenslange Haft.

«Es ist sehr schwer zu glauben, dass das ein Zufall ist und dass die Anklage davon nichts wusste. Für die ist das wie Weihnachten», sagt Weinstein's Anwalt Arthur Aidala am Dienstag. «Das Ermittlungsverfahren in LA lief seit zwei Jahren. Warum kommt die kalifornische Anklage an dem Tag, an dem wir in New York damit beginnen, geeignete Geschworene zu suchen?» Denn eine der grössten Herausforderungen im Weinstein-Fall ist die Zusammenstellung einer nur halbwegs neutralen Jury. «Allein die letzten Stunden haben 400 Seiten Medienmaterial produziert, das gegen meinen Mandanten voreingenommen ist. Wie kann eine Jury, wie kann überhaupt jemand neutral bleiben, wenn jeder Sender, jede Zeitung polarisiert?»

Weinstein selbst handelt sich am Dienstag einen harschen Verweis ein. Im Gerichtssaal herrscht striktes Telefonverbot, doch der Angeklagte tippt heimlich auf seinem Touchscreen herum. Der Richter James Burke verliert die Fassung: «Wie oft sagte ich schon, dass Smartphones hier nicht erlaubt sind?» Mit Blick auf Weinstein's Anwalt: «Mr. Aidala, das geht an jedem einzelnen Verhandlungstag so!» Dann, wieder an Weinstein gerichtet: «Wollen Sie wirklich wegen ein paar SMS für den Rest Ihres Lebens hinter Gittern landen?» Diese Aussage nahmen Weinstein's Verteidiger später zum Anlass für ihre Forderung, dass sich Richter Burke vom Verfahren zurückziehen solle, weil er «voreingenommene und aufrührerische Kommentare» gegenüber Weinstein abgegeben habe.

### Ein Geächteter

Eine Frau mit um die Handgelenke gewickelten Regenbogentüchern verteilt am Montag und Dienstag wortlos lila Visitenkarten mit der Aufschrift «W.A.R.M. We all really matter». Draussen vor dem Gerichtssaal lassen verfrorrene Journalisten ihre Kameras blitzen. An diesem trüben Wochenbeginn ist der einzige Farbtupfer die Schauspielerin Rose McGowan, die im pinkfarbenen Plüschhut «Pressekonferenz» hält. McGowan gehört zusammen mit den Schauspielerinnen Alyssa Milano und Asia Argento zu den Anführerinnen der #MeToo-Bewegung in ihren frühen Stadien; damals zeigte sie sich noch langhaarig zart, heute mit kämpferischem Raspelschnitt. Zu vernehmen sind ihre Worte «Du hast es alles selbst über dich gebracht, Harvey». Um sie stehende Frauen jubeln oder drücken ihre Gesichter in dicke und nicht billige Schals. Irgendwo schreit jemand «Vergewaltiger».

Der 67-jährige Weinstein geht nach einer Rückenoperation gebeugt und mit Rollator. Auf Social Media wirft man ihm vor, lediglich zu simulieren. Weinstein verliess Los Angeles, weil er auf den Strassen bespuckt und

in Restaurants angepöbelt und beleidigt wurde. In den letzten Jahren erschienen allein in englischsprachigen Medien mehrere hunderttausend Seiten «Anti-Weinstein»-Texte, dazu kommen Online-Kommentare, Fernsehberichte. Und nun – so Weinsteins Anwältin Donna Rotunno – soll es möglich sein, ein Dutzend unparteiischer Geschworener aufzutreiben?

Natürlich gibt es keine ideale Jury, und die Öffentlichkeit ist nicht zur Unvoreingenommenheit verpflichtet. Zudem ist die Nachricht schon längst laut und klar angekommen: Männer, vor allem, wenn sie beruflich so erfolgreich und mächtig sind, dass andere etwas von ihnen wollen, sollten genau nachdenken, bevor sie mit Kolleginnen oder Kollegen, Angestellten oder Untergebenen grabbeln, flirten oder ins Bett gehen – kurz, die eigene Machtposition, ob direkt oder indirekt, einsetzen, um an Sex zu kommen.

### Rechtsstaat auf dem Prüfstand

Im Fall Weinstein allerdings war es schon im vergangenen Herbst einem Jura-Professor aus Harvard unter Androhung von Stellenverlust untersagt worden, Weinstein als Anwalt zu dienen. Studenten hatten gegen Ronald Sullivan Beschwerde eingereicht. Ob vor dem New Yorker Gericht oder auf Social Media: Weinstein schlägt nicht nur Wut und Empörung entgegen, sondern blanker Hass, der in seiner Unersättlichkeit archaisch anmutet.

Weinstein, der wie Shylock in Shakespeares «Der Kaufmann von Venedig» das Fleisch seiner (weiblichen) «Gläubiger» verlangt, kommt aus den Tiefen des kapitalistischen Systems, verkörpert die Korruption des Tauschprozesses. Wertschätzung für Professionalität und Können? Pustekuchen. Stattdessen Körper beziehungsweise Sex. «O, be thou damn'd, execrable dog!», wird Shylock bei Gericht beschimpft. «Du Super-Raubtier» (super-predator), ruft McGowan vor den Kameras. Vielleicht ist der Hass auf Weinstein ein Auswuchs der Urangst, unser Fleisch dem «Kannibalen» zu überlassen, dem Monster in der Höhle, dem Markt.

Vor allem aber machen die infrastrukturellen Schwierigkeiten des Prozesses und das mediale Getöse verstörend klar, wie sehr sich die US-Gesellschaft verändert hat. Die Täter-Opfer-Struktur wird immer stärker radikalisiert, und rechtsstaatliche Selbstverständlichkeiten – die Unschuldsvermutung, die Arbeit eines Anwalts, das Recht auf Rechtsbeistand – werden, wo nicht ausgehebelt, doch zumindest infrage gestellt. Doch Weinstein könnte ja auch freigesprochen werden – was dann?

## CAS MUDDE ÜBER EUROPA IM JAHR 2020:

Zeit für Europa, seiner Verantwortung gerecht zu werden



4. Januar 2020 – VoxEurop

Published in 8 languages

**Die geopolitisch isolierte, aber wirtschaftlich starke EU sollte im neuen Jahrzehnt endlich ein unabhängiger globaler Akteur werden, und ihre Institutionen und Werte verteidigen, meint der Politologe Cas Mudde.**

[Cas Mudde](#) for VoxEurop

Nach dem Jahrzehnt der Störungen wird 2020 der Beginn eines Jahrzehnts (und mehr) der Wiederherstellung sein. Nicht der Vergangenheit, sondern einer Zukunft, die sich an den Werten der Vergangenheit orientiert. Nachdem Europa viele Jahre damit verschwendet hat, die Wirklichkeit zu leugnen, ist es gezwungen, sowohl mit dem Brexit als auch mit den losgebundenen Vereinigten Staaten klarzukommen – sei es mit einem zweiten Mandat von Trump oder einer (weniger wahrscheinlichen) ersten Amtszeit eines neuen demokratischen Präsidenten. Wie auch immer: Europa muss erwachsen werden und seine Verantwortung übernehmen, nachdem es sich jahrzehntelang hinter der politischen und insbesondere militärischen Macht der USA versteckt hat.

Die gute Nachricht ist, dass Europa stark genug ist, um dies zu tun. In wirtschaftlicher Hinsicht sind die europäischen Volkswirtschaften trotz der großen Rezession und der anhaltenden wirtschaftlichen Kämpfe in weiten Teilen des Südens weitgehend in guter Verfassung. Auch wenn sie durch die vielen Veränderungen, die durch die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Transformationen der letzten Jahrzehnte verursacht wurden, ständig herausgefordert werden. Die europäischen Volkswirtschaften haben den größten Teil des 21. Jahrhunderts Wachstumstendenzen verzeichnet, wenn auch sehr [ungleichmäßig](#). Aber selbst wenn das Wachstum in letzter Zeit [zurückgegangen](#) ist, besteht kein Grund zur Panik.

Politisch hat sich die Europäische Union als viel stärker erwiesen, als selbst die meisten ihrer Befürworter dachten. Wie so oft glaubten die europäischen Eliten den apokalyptischen Phantasien der extremen Rechten, die dachten, dass der Brexit eine ganze Serie weiterer Austritte und damit das Ende der EU herbeiführen würde. Stattdessen geht die EU aus dem ganzen Brexit weitestgehend unversehrt hervor. Tatsächlich ist sie heute beliebter als in den letzten 35 Jahren, vor allem dank dem Brexit, und zwar sowohl [innerhalb](#) als auch [außerhalb](#) der EU.

Aber nicht alles ist gut. Die EU-Institutionen haben sich zwar als widerstandsfähig gegenüber nativistischen Herausforderungen erwiesen, die Werte der EU jedoch nicht. Wie ich in meinem neuen Buch [The Far Right Today](#) argumentiere, haben die europäischen Eliten die extreme Rechte in den letzten zehn Jahren (wenn nicht noch länger) langsam aber kontinuierlich zum Mainstream gemacht. Sie haben sie normalisiert, indem sie ihre Politik priorisiert, ihre Auffassungen und Richtlinien übernommen, sowie sich ihrer Parteien und Politiker angenommen haben. Sie haben die rechtsextreme Wählerschaft zur Vox populi umdefiniert und fürchten sich davor, sich vom „gesunden Menschenverstand“ zu entfremden.

Dies hat nicht nur zu einer viel rechts-gerichteteren Politik geführt, insbesondere im Hinblick auf Einwanderung/Integration und Sicherheit, sondern auch zu einer Schrumpfung des politischen Raums, in dem [wichtige Themen](#) weitgehend an den Rand gedrängt werden, sowohl in Bezug auf die globale Bedeutung als auch auf die Sorgen der Bevölkerung : Dazu gehören Korruption, Bildung, Auswanderung, Umwelt, Gesundheit, Wohnen, usw..

Ferner hat dies auch zu einer Einbeziehung und Normalisierung der extremen Rechten im Herzen der Europäischen Union geführt. In den vergangenen zehn Jahren hat Viktor Orbán nicht nur Ungarn von einer (bei weitem nicht perfekten) liberalen Demokratie in ein konkurrierendes autoritäres Regime verwandelt, sondern er wurde zu einem der Hauptakteure innerhalb der EU. Beispielsweise forderte er die integrationsfreundliche deutsche Bundeskanzlerin Merkel mit seinem offenen und stolzen nativistischen Auftreten heraus.

Klar hat Orbán den Kampf nicht gewonnen. Aber Merkel auch nicht. Sie drängte auf den unmenschlichen und untragbaren EU-Türkei-Deal, und nahm viele ihrer einwanderungsfreundlichen Politiken in Deutschland Schritt für Schritt [zurück](#). Letztlich war Merkel nie die „[Verteidigerin der liberalen Demokratie](#)“, wie sie im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ und des Sieges von Trump von den internationalen Medien genannt wurde. Die autoritäre Herrschaft Orbáns basiert auf einem Wirtschaftsmodell, das stark von der deutschen (Auto-)Industrie und den Subventionen der EU abhängig ist. In beiden Fällen waren Merkels Partei – die Christlich Demokratische Union (CDU), und vor allem ihr bayerischer Partner, die Christlich-Soziale Union (CSU), ein wichtiger Beschützer und Unterstützer von Orbáns Regime.

Die EU kann ihrem Auftrag und Zweck nicht gerecht werden, wenn sie illiberale demokratische Regime in ihrem Inneren zulässt. Sie wurde explizit gegründet, um einen neuen Krieg zwischen europäischen Ländern zu verhindern, indem sie deren wirtschaftliche (und politische) Integration vorantreibt. Vor allem sorgten sich die Gründer um diejenigen, die von rechtsextremen Parteien und Politikern regiert wurden. Somit steht Orbáns Ungarn im Widerspruch zum europäischen Ideal.

Die EU sollte nicht nur aufhören, Ungarn zu subventionieren, sondern seinen Eliten und Massen klarmachen, dass sie sich entweder für Orbán oder die EU entscheiden müssen! Wenn die EU nicht für ihre (Gründungs-)Prinzipien eintritt, wird sie nicht nur immer mehr illiberale demokratische Länder in ihrem Kreise gedeihen sehen (insbesondere, aber nicht unbedingt ausschließlich, in Mittel- und Osteuropa). Dann würde sie zu einer bloßen Hülle ihrer selbst werden.

Grundlegende Veränderungen sind nicht einfach und folgen oft nur auf tiefe Krisen oder existenzielle Bedrohungen. Auch wenn viele politische Eliten sich dessen noch nicht bewusst sind, durchlebt die EU beides – zumindest als transnationales, liberal-demokratisches Experiment. Spätestens seit der großen Rezession befindet sie sich in einer ideologischen Krise, und ist sowohl von innen als auch von außen existenziell bedroht.

# CAS MUDDE ON EUROPE IN 2020:

## Time for Europe to live up to its responsibilities

3 January 2020 – VoxEurop

Published in 8 languages

**Geopolitically isolated but economically strong, the EU should enter the new decade by finally becoming an independent global player, defending its institutions and values, says political scientist Cas Mudde.**

[Cas Mudde](#) for VoxEurop

After the Decade of Disruption, 2020 will be the start of a decade (and more) of restoration – not of the past but of a future inspired by values of the past. After wasting many years on denying reality, Europe is forced to come to term with both Brexit and a disengaged United States – be it under a second term of Trump or under a, less likely, first term of a new Democratic president. Either way, Europe must grow up and take its responsibility after decades of hiding behind the political, and particularly military, might of the US.

The good news is, Europe is strong enough to do so. Economically, despite the Great Recession, and the continued economic struggles in much of the South, European economies are largely in a good shape, even if challenged by the many changes caused by the economic, political and social transformations of the past decades. European economies have seen growth for most of the 21st century, although very [unequally](#), and even if growth has [fallen](#) recently, there is no reason to panic.

Politically, the European Union has proven to be much stronger than even most of its supporters thought. As so often, European elites bought into the apocalyptic fantasies of the far right, thinking that Brexit would bring the end of the EU through a string of subsequent exits. Instead, the EU came out of the whole Brexit saga largely unscathed. In fact, it is more popular now than it has been in 35 years, largely thanks to Brexit – both [inside](#) and [outside](#) of the EU.

But not all is well. While the EU institutions have proven resilient to nativist challenges, EU values have not. As I argue in my new book *The Far Right Today*, European elites have slowly but steadily mainstreamed and normalized the far right over the past decade(s), prioritizing their policies, adopting their frames and policies, and embracing their parties and politicians. They have redefined the far right voter into the vox populi and are terrified to be seen as out of touch with “common sense”.

This has not just led to much more right-wing policies, particularly with regard to immigration/integration and security, but also to a narrowing of the political space in which [major issues](#), in terms of both global significance and popular concern, are largely marginalized – including corruption, education, emigration, environment, health, housing, etcetera.

It has also led to the mainstreaming and normalisation of the far right at the heart of the European Union. In the past decade Viktor Orbán did not only transform Hungary from a (far from perfect) liberal democracy into a competitive authoritarian regime, he became one of the major players within the EU, challenging German Chancellor Merkel’s pro-integration narrative with an open and proud nativist narrative of his own.

Sure, Orbán did not win the fight, but neither did Merkel, who pushed for the inhumane and unsustainable [EU-Turkey deal](#) and has, step by step, [walked back](#) many of her pro-immigration policies in

Germany itself. In the end, Merkel never was the “[defender of liberal democracy](#)” the international media proclaimed her to be – in the wake of the so-called “refugee crisis” and Trump’s victory. Orbán’s authoritarian rule is built upon an economic model that is heavily dependent upon German (car) industry and EU subsidies. In both cases, Merkel’s party, the Christian Democratic Union (CDU), and particularly its Bavarian partner, the Christian Social Union (CSU), have been a major protector and supporter of Orbán’s regime.

The EU cannot live up to its mission and purpose when it allows illiberal democratic regimes within it. While it was explicitly founded to prevent a new war between European countries by integrating them economically (and politically), the countries its founders were mostly concerned about were those governed by far right parties and politicians. Hence, Orbán’s Hungary is antithetical to the European ideal.

The EU should not just stop subsidizing Hungary, it should make it clear to its elites and masses that the question is either Orbán or the EU! If the EU will not stand up for its (founding) principles, it will not only see more and more illiberal democratic countries in its midst – in particular, but not necessarily exclusively, in Central and Eastern Europe – it will become a mere shell of itself.

Fundamental change is not easy, and often only follows deep crises or existential threats. Even though many political elites don’t realize it yet, the EU, at least as a transnational liberal democratic experiment, is experiencing both. It has been facing an ideological crisis at least since the Great Recession and it is facing existential threats both from inside and outside.

Thanks to your donation, 511 million Europeans have free access to this article.

Abandoned by the US, a process that started well before Trump came to power, and challenged to its core by Putin’s Russia, the EU is operating in an increasingly fragmented and hostile world. It has fewer and fewer powerful liberal democratic allies left in the world, with Brazil and India also in far right hands. Therefore, the EU must finally become an independent global player by using its economic power to develop significant political and, to some extent, military power – to defend its own institutions and values, not to attack those of others.

To do this, however, the EU must first address its own internal crisis. It has to re-establish its liberal democratic principles, adapt them to the challenges of the 21st century, and ensure that all its member states live up to them. If they do not, they should be, first, severely sanctioned and, if unresponsive, expelled. If the EU fails to do so, it will still survive, but as another major organization without a real purpose, not unlike NATO, looking for real and imagined enemies to mask its lack of positive principles.

# CAS MUDDE SUR L'EUROPE EN 2020 :

## Il est temps que l'Europe prenne ses responsabilités

6 janvier 2020 – VoxEurop

Published in 8 languages

**Géopolitiquement isolée mais économiquement forte, l'UE devrait entrer dans la nouvelle décennie en devenant enfin un acteur mondial indépendant, en défendant ses institutions et ses valeurs, estime le politologue Cas Mudde.**

[Cas Mudde](#) for VoxEurop

Après “la décennie perturbée”, 2020 sera le début d’une décennie (au moins) de restauration, non pas du passé mais d’un avenir inspiré par les valeurs du passé. Après avoir perdu de nombreuses années à nier la réalité, l’Europe est obligée de s’accommoder du Brexit et du désengagement des Etats-Unis, que ce soit sous un deuxième mandat de Donald Trump ou, ce qui semble moins probable, sous le premier mandat d’un nouveau président démocrate. Quoiqu’il en soit, l’Europe doit grandir et prendre ses responsabilités après des décennies passées à se cacher derrière la puissance politique, et en particulier militaire, des Etats-Unis.

La bonne nouvelle, c’est que l’Europe est suffisamment forte pour le faire. Sur le plan économique, malgré la Grande récession et les difficultés économiques qui continuent d’affecter une grande partie des pays du Sud, les économies européennes sont dans l’ensemble en bonne posture, même si elles sont mises à rude épreuve par les transformations économiques, politiques et sociales des dernières décennies. Les économies européennes ont progressé pendant la majeure partie du XXI<sup>e</sup> siècle, bien que de manière [très inégale](#), et même si la croissance [a reculé récemment](#), il n’y a aucune raison de s’affoler.

Politiquement, l’Union européenne s’est révélée beaucoup plus forte que ne le pensaient la plupart de ses partisans eux-mêmes. Comme souvent, les élites européennes ont adhéré aux fantasmes apocalyptiques de l’extrême droite, pensant que le Brexit entraînerait la fin de l’UE, et des sorties en série. Au lieu de cela, l’Union émerge de la saga du Brexit largement indemne. En fait, elle est plus populaire aujourd’hui qu’elle ne l’a été depuis 35 ans, en grande partie grâce au Brexit, tant [à l’intérieur](#) qu’[à l’extérieur](#).

Mais tout ne va pas pour le mieux. Alors que les institutions de l’UE ont fait preuve de résilience face aux défis représentés par les identitaires, il n’en va pas de même pour les valeurs de l’Europe. Comme je le dis dans mon nouveau livre *The Far Right Today* (“L’extrême droite aujourd’hui”, Polity Press, 2019 – non traduit), les élites européennes ont lentement mais régulièrement intégré et banalisé l’extrême droite au cours des dernières décennies, en donnant la priorité à leurs politiques, en adoptant leurs visions et leurs programmes, et en adoptant leurs partis et leur personnel politique. Elles ont fait de l’expression de l’électeur d’extrême droite celle de la vox populi et sont terrorisés à l’idée d’être perçus comme déconnectés du “bon sens”.

Cela a non seulement conduit à des politiques beaucoup plus à droite, en particulier en ce qui concerne l’immigration/l’intégration et la sécurité, mais aussi à un rétrécissement de l’espace politique dans lequel les [questions principales](#) au niveau mondial et des préoccupations des citoyens, sont largement marginalisées, notamment la corruption, l’éducation, l’émigration, l’environnement, la santé, le logement, etc.

Cela a également conduit à l’acceptation et à la banalisation de l’extrême droite au cœur de l’Union européenne. Au cours de la dernière décennie, le premier ministre Viktor Orbán n’a pas seulement transformé la Hongrie d’une

démocratie libérale (loin d'être parfaite) en un régime autoritaire compétitif, il est devenu l'un des principaux acteurs au sein de l'UE, contestant le discours pro-intégration de la chancelière allemande Angela Merkel avec son discours ouvertement et fièrement identitaire.

Certes, Orbán n'a pas imposé ses vues, mais Merkel ne l'a pas fait davantage, qui a promu l'inhumain et insoutenable [accord UE-Turquie](#) et a, petit à petit, [reculé](#) sur plusieurs de ses mesures pro-immigration en Allemagne même. Au final, Merkel n'a jamais été [la "défenseuse de la démocratie libérale"](#) que les médias internationaux avaient proclamée, à la suite de la crise des réfugiés et de la victoire de Trump. Le régime autoritaire d'Orbán repose sur un modèle économique fortement tributaire de l'industrie allemande (automobile) et des subventions de l'UE. Dans les deux cas, le parti de Merkel, l'Union chrétienne-démocrate (CDU), et en particulier son partenaire bavarois, l'Union sociale-chrétienne (CSU), ont été un protecteur et un soutien majeur du régime d'Orbán.

L'Europe n'est pas à la hauteur de sa mission et de ses objectifs lorsqu'elle autorise en son sein des régimes démocratiques illibéraux. Alors qu'elle a été explicitement fondée pour empêcher qu'une nouvelle guerre éclate entre les pays européens en les intégrant économiquement (et politiquement), les Etats qui préoccupaient le plus ses fondateurs étaient ceux gouvernés par des partis et des personnalités politiques d'extrême droite. Par conséquent, la Hongrie d'Orbán est antithétique à l'idéal européen.

L'Union ne devrait pas se contenter de mettre fin aux subventions dont bénéficie la Hongrie, elle devrait faire comprendre à ses élites et à ses populations que le choix est le suivant : c'est Orbán *ou* l'UE ! Si elle ne défend pas ses principes (fondateurs), l'UE verra non seulement de plus en plus de pays démocratiques illibéraux en son sein – notamment, mais pas exclusivement, en Europe centrale et orientale – elle deviendra une coquille qui se sera vidée d'elle-même.

Un changement fondamental n'est pas facile et ne survient souvent qu'après des crises profondes ou des menaces existentielles. Même si de nombreuses élites politiques ne le réalisent pas encore, l'UE, du moins en tant que projet de démocratie libérale transnational, connaît les deux. Elle est confrontée à une crise idéologique au moins depuis la Grande récession et à des menaces existentielles tant de l'intérieur que de l'extérieur.

Grâce à votre don, 511 millions d'Européens ont librement et gratuitement accès à cet article.

Abandonnée d'un côté par les Etats-Unis, dans le cadre d'un processus entamé bien avant l'arrivée de Trump au pouvoir, et d'un autre côté défiée par la Russie de Vladimir Poutine, l'UE agit dans un monde de plus en plus fragmenté et hostile. Elle a de moins en moins d'alliés démocratiques libéraux puissants dans le monde, le Brésil et l'Inde étant également à présent acquis à l'extrême droite. Par conséquent, l'UE doit enfin devenir un acteur mondial indépendant, en utilisant son importance économique pour développer une puissance politique et, dans une certaine mesure, militaire, pour défendre ses propres institutions et valeurs, pas pour attaquer celles des autres.

Toutefois, pour ce faire, l'UE doit d'abord résoudre sa propre crise interne. Elle doit rétablir ses principes démocratiques libéraux, les adapter aux défis du XXIe siècle et veiller à ce que tous ses Etats membres soient à la hauteur. S'ils ne le sont pas, ils devraient d'abord être sévèrement sanctionnés et, s'ils ne réagissent pas, exclus du club. Si elle n'y parvient pas, l'UE survivra, mais elle deviendra une autre grande organisation sans but réel, un peu comme l'OTAN, à la recherche d'ennemis véritables ou imaginaires pour masquer son manque de principes positifs.

[https://www.lemonde.fr/livres/article/2020/01/08/le-siecle-du-populisme-pierre-rosanvallon-releve-le-defi-populiste\\_6025145\\_3260.html](https://www.lemonde.fr/livres/article/2020/01/08/le-siecle-du-populisme-pierre-rosanvallon-releve-le-defi-populiste_6025145_3260.html)

## « Le Siècle du populisme » : Pierre Rosanvallon relève le défi populiste

Dans son nouvel essai, l'historien et sociologue dessine les contours d'un concept politique instable et propose des pistes pour éviter le pire.

Par [Florent Georgesco](#) Publié le 08 janvier 2020 à 10h00



Slogan populiste. Bernard Demenge/hans lucas

« Le Siècle du populisme. Histoire, théorie, critique », de Pierre Rosanvallon, Seuil, « Les livres du nouveau monde », 280 p., 22 €.

Il y a bien des manières d'être piégé par le mot « populisme », cet attrape-tout notoirement instable. L'une d'elles est justement de croire que, faute d'un concept mieux ajusté, il faudrait, renonçant à en faire usage, revenir à des catégories politiques plus éprouvées. L'une des grandes forces de Pierre Rosanvallon, dans *Le Siècle du populisme*, est, à rebours, de ne pas contourner l'obstacle, et d'affronter la nature spécifique d'un objet aussi incertain, dans lequel il voit une « *culture politique originale* ».

Aussi bien, avance le professeur honoraire au Collège de France, peut-être le populisme ne paraît-il insaisissable que parce qu'il relève d'un « *nouveau langage* », lequel est indispensable « *pour qualifier une dimension inédite du cycle politique qui s'est ouvert au tournant du XXI<sup>e</sup> siècle* ». Il s'emploie ainsi à repérer quelques-uns des traits caractéristiques du phénomène, davantage qu'il ne cherche à désigner une essence invariable : le populisme relève d'abord d'une dynamique plus ou moins fantasmée, selon les pays, de reprise du pouvoir sur une élite supposée corrompue par un peuple supposé vertueux ; une dynamique qu'il faut attraper en quelque sorte au vol, sans perdre de vue ses mutations, ses tendances, les perspectives qu'elle dessine.

## « Dislocation » de la société de classes

Dans la masse de textes et de discours étudiés, issus du monde intellectuel comme de la sphère politique, de la philosophe Chantal Mouffe à Donald Trump, en passant par Jean-Luc Mélenchon, Marine Le Pen ou Viktor Orban, cette dynamique apparaît à chaque fois liée à des mutations antérieures. Elle est, chez tous, d'une manière bien sûr différenciée, corrélée aux évolutions sociales récentes. Au premier chef, la « *dislocation* » de la société de classes, et l'effacement de liens religieux ou idéologiques qui semblaient aller de soi. Dans un monde passé d'un « *capitalisme d'organisation* » à un « *capitalisme d'innovation* », fondé sur l'apport singulier des individus, et alors que, du fait de la nette élévation du niveau

de formation, une exigence nouvelle de reconnaissance s'est fait jour, l'autonomie devient la règle, et avec elle une versatilité des appartenances jusque-là inconnue.

### **Comment gouverner des sables mouvants ? L'ensemble des traits que l'historien retient pour dessiner un « idéal-type » du populisme trouvent leur cohésion dans un sentiment d'impuissance**

Comment gouverner des sables mouvants ? L'ensemble des traits que Rosanvallon retient pour dessiner un « idéal-type » du populisme trouvent leur cohésion dans un sentiment d'impuissance. Mythologie du « *peuple-Un* » (et pur) ; croyance dans l'efficacité (et la justice) sans mélange d'une démocratie directe ; recherche d'un leader charismatique, « *homme-Peuple* » qui rassemble en incarnant ; national-protectionnisme ; exacerbation des émotions : tout converge vers une même tentative pour surmonter l'angoisse d'une perte irréparable. Celle d'une figure antérieure du monde, qu'aucune autre n'est venue remplacer. Il faudrait s'habituer à vivre dans l'incertitude. Il ne semble pas qu'on y parvienne.

Ce qui converge en outre, ce sont les positions respectives des populistes de droite et de gauche, confrontés au même trouble, et dès lors embarqués dans un même processus. Parce qu'il ne perd jamais de vue la mobilité de son objet, l'historien rend compte avec finesse de ces rapprochements progressifs, sans les figer ni gommer les divergences, comme celles, radicales, sur la question de l'immigration. Mais, tandis que tout remue et que, même sur ce point, des proximités s'esquissent, combien de temps cela durera-t-il ?

Cependant, l'apport du *Siècle du populisme* va bien au-delà d'un constat, fût-il l'un des plus éclairants que l'on connaisse sur ce sujet touffu. Ayant isolé la dynamique propre au populisme et l'ayant, par ailleurs, situé dans l'histoire des formes démocratiques, Rosanvallon s'est donné les moyens de proposer in fine quelques pistes d'action. Il reprend pour cela certaines des analyses développées dans ses livres précédents, tel *La Démocratie inachevée* (Gallimard, 2000), mais avec un sentiment d'urgence inédit face au risque dont est grosse la tentation populiste : celui d'une dérive autoritaire, qu'on observe déjà, par exemple, en Hongrie ou en Pologne.

## **Apprendre à vivre dans le changement perpétuel**

La démocratie, écrit-il, « *est par nature expérimentale* ». Elle reste à ce titre le meilleur instrument pour permettre aux sociétés d'apprendre à vivre dans le changement perpétuel. Mais à condition de progresser encore, de se « *démultiplier* » en accroissant sa capacité de représentation de la réalité des vies et en donnant aux individus davantage de prise sur ses procédures, qu'il s'agit dès lors d'enrichir, à côté de l'exercice électoral, de « *dispositifs permanents de consultation, d'information, de reddition des comptes* ».

Des questions mal formulées, comme celles que porte le populisme, n'en attendent pas moins leurs réponses. Un monde contesté au nom d'une forme de pensée magique doit pour autant être transformé, rendu plus habitable. Il est temps, conclut Pierre Rosanvallon, de « *passer d'une invocation mystique du peuple à une reconnaissance de celui-ci dans ses tensions internes et sa diversité* ». La tâche est immense, et son issue incertaine. C'est sans doute le signe qu'elle est à la hauteur des défis d'un siècle de désarroi et de vertige.

**Florent Georgesco**

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/marine-le-pen-praesentiert-sich-als-alternative-zu-macron-16572734.html?premium=0xf83efc43fba24a31215911f9e9eb1f59&GEPC=s5>

**MARINE LE PEN:**

## Keine schrillen Töne mehr

In Frankreich haben die Streiks das Vertrauen in Präsident Macron weiter schwinden lassen – und Rechtspopulistin Marine Le Pen präsentiert sich als Alternative.



- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 09.01.2020-14:53

Marine Le Pen zetert nicht mehr, der schrille Tonfall ist einer ruhigen Entschlossenheit gewichen. Nach 36 Streiktagen hat sie ihre Landsleute am Donnerstag mit einer verlockenden Botschaft umworben: Nach einem Machtwechsel in gut zwei Jahren werde sie die umstrittene Rentenreform rückgängig machen. Das hat die Rechtspopulistin im Radiosender RTL an einem neuen „Aktionstag“ der Gewerkschaften versprochen, als wähne sie sich schon im Elysée-Palast.

Es war das erste Interview der 51 Jahre alten Politikerin seit mehreren Wochen. Le Pen hat verstanden, dass es reicht, sich nur von Zeit zu Zeit zu Wort zu melden, damit ihr die Sympathien zufliegen. Die soziale Unruhe, der Unmut über den Regierungsstil Präsident Macrons und die allgemeine Malaise im Lande spielen ihr zu. Sie befindet sich im Aufwind, ohne dass sie sich dafür groß anstrengen müsste. Ihre Partei, das Rassemblement National (RN), hat keinen Alternativvorschlag zur Rentenreform ausgearbeitet.

Überhaupt hat die Partei seit ihrem Sieg bei den Europawahlen keine neuen Vorschläge mehr präsentiert. Geschadet hat Le Pen das nicht. Sie zehrt noch immer von der beruhigenden Wirkung ihrer Ankündigung, nach einem Machtwechsel keinen Frexit anzustreben und den Euro beibehalten zu wollen.

Le Pen stand zuletzt in den Schlagzeilen, weil sie sich nach zehn Jahren von ihrem Lebensgefährten, dem RN-Politiker Louis Aliot, getrennt hat. So muss die Mutter von drei erwachsenen Kindern zumindest keine Fragen mehr dazu beantworten, wie sie sich die Rolle ihres Lebensgefährten im Präsidentenpalast vorstellt. Viele Franzosen finden, dass die Zeit für eine Präsidentin reif ist.

71 Prozent wollen eine Präsidentin

Laut einer aktuellen Umfrage wünschen sich 71 Prozent eine Frau im Elysée-Palast. Für die meisten Franzosen ist Le Pen derzeit die beste Alternative zu Präsident Macron. Sie hat aus ihren Fehlern im vergangenen Präsidentenwahlkampf gelernt. Le Pen gibt sich bewusst als staatstragende Politikerin. Auch äußerlich wirkt sie gesetzter; sie trägt dunkle Blazer, das Haar hatte sie am Donnerstag mit einer schwarzen Samtschleife zum Zopf gebunden.

Im Radiogespräch wiederholte sie mehrmals, dass sie „nur das Interesse Frankreichs“ im Blick habe. Das vorgesehene Renteneintrittsalter von 64 Jahren bezeichnete sie als „großen Betrug“ der Regierung. Die Franzosen hätten recht, sich gegen die Reform aufzulehnen, denn die Regierung sage ihnen nicht die

Wahrheit. „Die Rentenreform ist verheerend und ungerecht“, betonte sie. „Die Verhandlungsbedingungen, der Zeitplan, die Ziele sowie die Berechnungen sind Teil eines großen Betrugs“, beklagte sie.

Ihre Behauptung stützte sie nicht mit Fakten. Aber sie drückte damit ein weit verbreitetes, diffuses Gefühl aus. Viele Franzosen sind davon überzeugt, nach der Einführung des Punktesystems bei der Altersversorgung schlechter dazustehen. Dabei ist die Reform eindeutig auch von sozialen Motiven inspiriert und garantiert Geringverdienern eine Mindestrente von 1000 Euro monatlich. Aber das Vorhaben wurde von der Regierung so schlecht erklärt, dass es als Änderung zugunsten der Besserverdienenden wahrgenommen wird.

Le Pen verband ihre Vorhaltungen mit dem Vorwurf, die Regierung verpresse das Geld der Steuerzahler. „In alle Richtungen wird verschwendet und die Franzosen sind sich dessen bewusst. Aber ihnen werden Schuldgefühle eingeredet und Opferbereitschaft abverlangt, dabei sind alle Geldhähne offen“, beklagte sie.

Der Graben zwischen Volk und Regierung wird tiefer

Ihre Vorhaltungen fallen auf fruchtbaren Boden. Denn von den Vorsätzen Macrons, nach den monatelangen „Gelbwesten“-Protesten mehr Rücksicht auf die Anliegen der Bürger zu nehmen, ist kaum noch etwas zu spüren. Der groß angekündigte „zweite Akt“ der Amtszeit vertieft den Graben zwischen Regierungselite und Volk.

Die Langzeitwirkungen dieser Spaltung sind schwer abzuschätzen. Der Meinungsforscher Jérôme Fourquet, der die „Sezession der Eliten“ in seinem Buch „Das französische Archipel“ beschrieben hat, äußerte sich kürzlich pessimistisch. Ein Wahlsieg Le Pens 2022 liege inzwischen im Bereich des Möglichen. In den jüngsten Umfragen liegt Le Pen fast gleichauf mit Macron. Wären jetzt Präsidentenwahlen, würde sie im ersten Wahlgang 29 Prozent der Stimmen erhalten, genauso viel wie Macron. Auch in der entscheidenden Stichwahl schrumpft der Abstand: 45 Prozent für Le Pen bei 55 Prozent für Macron. 2017 gewann Macron mit knapp 64 Prozent der Stimmen.

In den verbleibenden zwei Jahren kann noch viel passieren. Aber Le Pen weiß, dass sie in zwei Jahren bessere Chancen als 2017 hat. Das ist auch auf den Niedergang der früheren Regierungsparteien zurückzuführen. Bei den Kommunalwahlen in zwei Monaten will sie die „Regierungsfähigkeit“ ihrer Partei herausstellen. Derzeit stellt Le Pens Partei in zwölf Kommunen den Bürgermeister. „Unsere Städte werden sehr gut verwaltet und die Bürger sind sehr zufrieden mit den RN-Bürgermeistern“, sagte Le Pen.

[https://www.spiegel.de/international/world/can-nuclear-power-offer-a-way-out-of-the-climate-crisis-a-06a8a27f-d492-45d3-8134-30187eefbdf3?sara\\_ecid=nl\\_upd\\_1jtzCCtmxpVo9GAZr2b4X8GquyeAc9&nlid=bfjppghxz](https://www.spiegel.de/international/world/can-nuclear-power-offer-a-way-out-of-the-climate-crisis-a-06a8a27f-d492-45d3-8134-30187eefbdf3?sara_ecid=nl_upd_1jtzCCtmxpVo9GAZr2b4X8GquyeAc9&nlid=bfjppghxz)

## Next-Generation Reactors

### Can Nuclear Power Offer a Way Out of the Climate Crisis?

Billionaires and leading researchers in the United States are developing next-generation nuclear reactors that are small, reputedly safe and suitable to modern power grids. They could be part of the climate change solution.

By **Philip Bethge**

07.01.2020, 17:04 Uhr



"Nuclear Power? Yes, please!" A pro-nuclear energy sign at a Fridays for Future demonstration

Shutterstock

The core of the reactor will be almost entirely filled with nuclear waste, which is a great way of disposing of it. Furthermore, the reactor should be able to operate for 60 years without refueling. Indeed, the spent fuel rods from nuclear power plants in the United States alone would be sufficient to cover the entire world's energy needs for centuries to come.

Is this the solution to all our energy problems? Lindsey Boles believes it is. An engineer with the firm TerraPower, Boles is wearing a white lab coat and protective plastic goggles as she stands in a factory building in the state of Washington. Next to here is the blue steel scaffolding that will one day hold nuclear fuel rods. Color markings on the floor show the planned location of heat exchangers and pumps.

"Liquid sodium will be heated to more than 500 degrees Celsius right where we are now standing," Boles explains. "We believe this type of plant can generate climate-neutral electricity more reliably and safely than any other power plant in the world."

TerraPower is one of a growing number of startups raising new hopes for the power of the atom. The company's headquarters are located in Bellevue, a suburb of Seattle, where West Coast hubris is fused with a deep faith in technology and investor pockets that are just as deep.

Bill Gates is the company's founder and chairman and the billionaire has reportedly invested 500 million dollars in the company since its founding 13 years ago. Nathan Myhrvold, Microsoft's former chief technology officer, also has a seat on TerraPower's board of directors. Myhrvold's company, the world-famous think tank Intellectual Ventures, is located in the same building as the reactor plant.

In other words, conditions are perfect for tinkering with revolutionary ideas for reactors. It doesn't hurt that Gates himself is convinced of what he's doing. "Nuclear is ideal for dealing with climate change," he noted in an open letter a year ago. And he's not alone with that assessment. Thirty-three years after the Chernobyl reactor disaster and eight years after the Fukushima meltdown, nuclear power is once again gaining broader acceptance.

In December, country representatives met at the UN Climate Change Conference in Madrid to once again discuss what can be done in the face of CO2 emissions that continue to rise, the threat of droughts, melting glaciers and rising sea levels. The message is always the same: We need to rapidly reduce CO2 emissions.

And in a world where climate change is looking increasingly apocalyptic, nuclear energy could be a way of doing just that. Nuclear fission, after all, produces no CO2 whatsoever. Reactors are largely carbon neutral.

Climate activist [Greta Thunberg](#) herself even broke the nuclear taboo recently. "According to the IPCC (the Intergovernmental Panel on Climate Change), it can be a small part of a very big new carbon free energy solution," she posted on Facebook in March. After protests by her supporters, the 16-year-old Swede corrected herself and added that she is personally against nuclear power.

Thunberg's post and the response to it are emblematic of the dilemma facing nuclear energy. The IPCC, the International Energy Agency, the Sustainable Development Solutions Network of the United Nations, experts from the Massachusetts Institute of Technology (MIT) and even the critical Union of Concerned Scientists in the U.S. all consider nuclear power to be an important means for limiting global warming to 1.5 degrees Celsius.



But public mistrust of the technology remains high, at least in Germany, where the government moved to phase out atomic energy following the 2011 nuclear catastrophe in Fukushima, Japan. Critics argue that nuclear reactors are too expensive and too complex, too inflexible for modern power grids and, above all, far too dangerous. Proponents such as Gates or Myhrvold, on the other hand, want to prove the opposite and are promising a source of almost immeasurable amounts of energy.

Engineers, especially in China and the United States, are setting out to rebuild, renovate and reinvent the technology of conventional power plants. At least 40 companies and research institutes are currently working on small, modular reactors or visionary nuclear power plants that they say will be what conventional power plants never could be: clean, economical and safe.

The new reactors will use fissile materials such as thorium or uranium salt and will be cooled with molten salt or liquid sodium. Rather than producing new waste, some even promise to be able to operate using spent nuclear fuel rods from traditional plants.

And perhaps most importantly: Instead of using the plants to exclusively produce electricity, as has been the case up until now, their heat in the future will also be used to produce hydrogen for cars, trains and industry, to supply heat for heating systems or the power for the energy-intensive chemical and oil industries. All of it climate neutral.

Transportation, buildings and industry are responsible for around 40 percent of today's total greenhouse gas emissions. Only a far-reaching decarbonization -- not just of the electricity sector but of the entire energy sector -- will enable us to reduce global CO2 emissions by 90 percent by 2050, the long-term goal that has been set by the international community.

Another sobering figure lends even greater clarity to the enormity of the task: So far, the wind and the sun have provided less than 2 percent of total global energy supplies.

Given such realities, is it wise to eschew the possibilities of nuclear power altogether? It's a question that is particularly urgent for Germany, where the country's last remaining nuclear power plants are slated to go offline in 2022. Yet Germany is already failing to meet its climate targets.

A comparison with France and Sweden, shows the burden Germany is incurring with its decision on the phaseout. The two countries continue to use nuclear energy, and as a result, the CO2 footprint of people living there is only half as large as that of the Germans.

Indeed, despite its decision to go "all-in for renewables" and to abandon nuclear power, Germany "has seen little reduction in carbon emissions," prominent Harvard psychologist Steven Pinker, Swedish engineer Staffan Qvist and political scientist Joshua Goldstein wrote in an April [op-ed contribution](#) for the *New York Times*. With renewable energies alone, they wrote, it would take "more than a century to decarbonize" the world.

"Psychology and politics can change quickly," the experts wrote. "As the enormity of the climate crisis sinks in and the hoped-for carbon savings from renewables don't add up, nuclear can become the new green."

## **Euphoria and Catastrophe**

The optimistic scenario touted by fans of nuclear power is reminiscent of the 1950s, when nuclear fission triggered similar dreams of liberating people of all their worries about energy. Walt Disney even dedicated the 1957 film "Out With the Atom" to championing the cause of nuclear energy.

But the euphoria didn't last long. Three Mile Island, Chernobyl, Fukushima: The history of the use of nuclear energy has been marked by setbacks, accidents and catastrophe. The unresolved issue of a final repository for nuclear waste, the danger of proliferation and the spread of atomic material for military purposes has also fueled skepticism about the energy source. The primary problem with nuclear power, though, is its price tag. Conventional plants are simply too expensive and nuclear power cannot be profitable without government subsidies.

Currently, a kilowatt hour of nuclear power costs more than 10 cents to produce in Germany, whereas electricity from onshore wind turbines and gas- or coal-fired plants costs only four to eight cents. As such, the construction of nuclear power plants has long been considered a risky investment. Some 449 reactors are currently in operation around the world, with 53 under construction. In 2018, the average construction time for a plant was eight and a half years.

The two reactors that make up Britain's Hinkley Point C are a prime example of misguided nuclear policy. The units are on track to becoming the most expensive construction projects ever, with costs having skyrocketed to around 26 billion euros. Construction is eight years behind schedule. Three governments

(those of the United Kingdom, France and China) as well as two energy companies have invested in the project. Without the guaranteed feed-in tariffs, the plants would never pay off.



A model of the NuScale reactor in Oregon

Eirik Johnson/ Der Spiegel

"The construction of nuclear power plants makes no sense economically," says Christoph Pistner of the Institute for Applied Ecology in Darmstadt. In some cases, he says, nuclear plants are being decommissioned even before the end of their planned operating life because of competition from cheap wind or solar power, and without state subsidies, the technology would never be profitable. "New construction is only happening now in places where the state finances it or at least subsidizes it massively -- in Russia, China or India, for example," he says.

The problems associated with nuclear power are reflected in the fact that nuclear power now supplies only 10.2 percent of the global energy mix, down from 17 percent in 1997. Just when the world could use more carbon-neutral electricity, use of nuclear energy is in decline. The International Energy Agency estimates that by 2040, total output from nuclear power plants could fall by a further two-thirds because a growing number of plants are becoming uneconomical to operate, are too old or are no longer desired by society.

### **New Reactors for a New Era**

Conditions could hardly be worse for proclaiming a renaissance of nuclear energy. So, why are some companies pursuing it anyway? José Reyes, wearing a gray jacket and pink shirt in his office in Corvallis, Oregon, is keen to take a stab at that question.

Reyes was a professor at Oregon State University for 30 years before he began developing his own nuclear reactor. The company is called NuScale and it is widely viewed as the most interesting startup in the rebooted nuclear power industry.

"We asked ourselves what a reactor would look like for a modern power grid that relies a lot on renewables like wind or solar power," says Reyes. What they came up can be seen in model form next to his desk. It's a conventional pressurized water reactor, but with a capacity of only 60 megawatts. It has very little in common with the giants of the past, which were vaulted by concrete domes and had an output of more than 1,000 megawatts.

A nuclear reactor is like an extremely complicated water kettle. The nucleus of a uranium is split in the reactor, a process which releases neutrons. Those neutrons, slowed by water molecules, go on to split additional uranium nuclei. This chain reaction, a series of nuclear fissions, generates heat, which is absorbed by the water. Steam is formed in a second cooling circuit, which drives the turbines.

Problems arise when the cooling system fails -- either due to a power failure and the consequential failure of the cooling water pumps, or from a leak in one of the cooling circuits. Modern reactors contain technology that brings the chain reaction to a halt when the cooling system fails. But even then, sufficient residual heat

can build up to melt the core. That is what happened in 2011 in Fukushima, where a tsunami flooded the cooling pumps, rendering them inoperative.

The reactor in the Chernobyl disaster, meanwhile, exploded because its output continued to increase uncontrollably. The design of modern reactors, including all those operating in Germany, prevents that from happening.

NuScale's reactor reduces the risk even further. Reyes and his colleagues have packed the reactor into a cigar-shaped steel shell only 23-meters long and four-and-a-half meters in diameter. This module is placed vertically in a large water basin. The engineers intend to incorporate several such modules in a plant that resembles an indoor swimming pool.

"The safety is unprecedented," says Reyes. "Even if all systems fail, the reactor will shut itself down automatically -- without operator action, without computer action, without AC or DC power, it's physics."

The engineer demonstrates how to do this in the dim control room on the top floor of the NuScale building. The simulated data measured from 12 reactors flicker there simultaneously on large screens. One reactor is now meant to survive a serious incident as part of a test. The engineers send a command to the reactor to close a series of valves so that the reactor is completely isolated from the outside world -- a nightmare scenario for normal nuclear power plants.

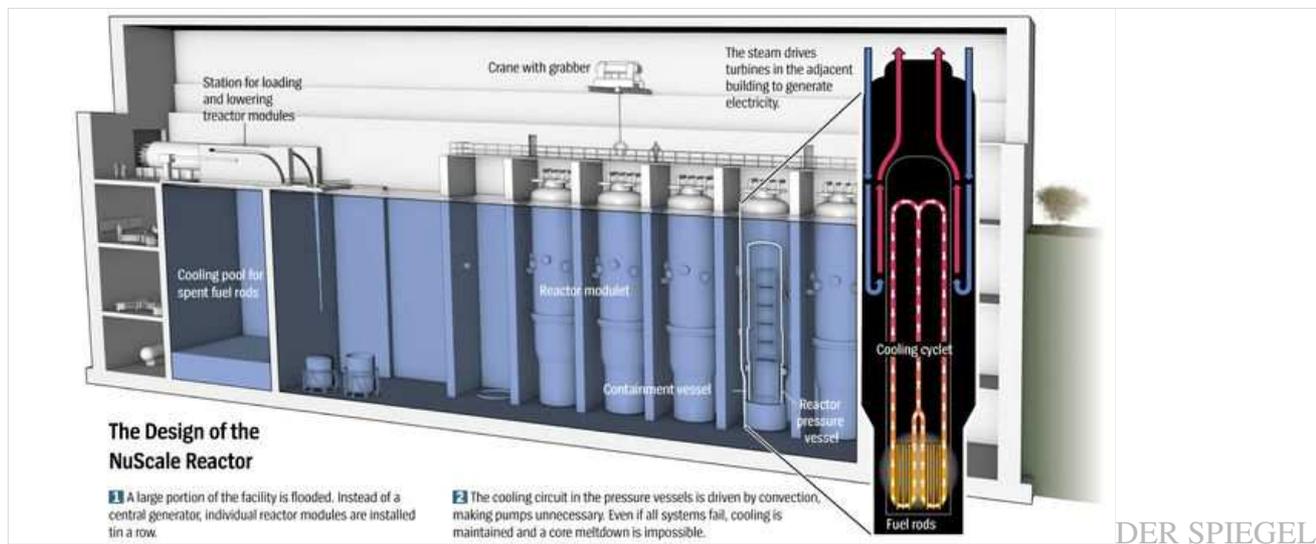
Red warning lamps light up immediately and, as expected, the temperature in the core begins rising. But then the safety systems kick in: Control rods fall between the fuel rods, slowing the fission reaction, while valves open automatically to counteract the increasing pressure in the reactor. Steam flows from the cooling circuit into the containment vessel. This in turn releases the heat into the reactor pool. The temperature of the core stabilizes.

Reyes is pleased. "We are looking at events that happen once in a billion years," he says, "and even if all systems fail, there's enough water in the pool to cool the reactor down."

The test was only a simulation. NuScale's reactor hasn't been built yet. But the computer models are based on real data. In a warehouse at Oregon State University, Reyes and his team built a test reactor at a scale of 1:3. Further tests will be carried out on an eight-meter high model that is true to the original.

The NuScale reactor has no pumps and few moving parts. The steel shell is more pressure-resistant than a concrete dome and also easier to build. Ultimately, Reyes hopes to be able to build three of these plants per month, which would drive down prices. The entirely prefabricated nuclear reactors are to be delivered to customers straight from the factory.

"We have interest from around 20 countries," says Reyes. In Europe, both Romania and the Czech Republic are interested in NuScale's compact nuclear power plants. And in the U.S., the company is in talks with 29 different electric utility companies. Several U.S. states have set the goal of becoming climate neutral by 2050, prompting the American energy industry to seek options for replacing aging coal-burning plants.



One utility company has already decided to go with NuScale. Utah Associated Municipal Power Systems has expressed its intent to order 12 modules from Reyes as soon as the U.S. nuclear regulatory authority has given the plant its approval. In contrast to Germany, where such plants currently stand no chance of approval, the U.S. authorities have already confirmed the passive safety of the plant.

Like two oversized six-packs, the reactors are to be placed in a water basin the size of a soccer field. Reyes is confident he'll be able to deliver soon. The 12 units, which are expected to cost a total of \$3 billion, are set to go online in 2026. NuScale expects to be able to generate electricity at cost of about six cents per kilowatt hour, which would even allow the reactor to compete with cheap gas-fired power plants in some places.

### Nuclear Power's Potential as a Back-Up

Do small, modular reactors like these really have the potential to fuel a nuclear power renaissance? The broader question is which energy mix will prevail in order to achieve climate targets at the lowest possible cost.

There is one thing almost all model calculations do agree on: Moving forward, the majority of electricity will be supplied by a mix of solar, biomass, wind and hydro power. The Berlin-based think tank Agora Energiewende has forecasted that, in Europe, that mix will be responsible for 57 percent electricity production in just 10 years. There is, however, still disagreement over the best design for an electricity system that is dependent on the forces of nature.

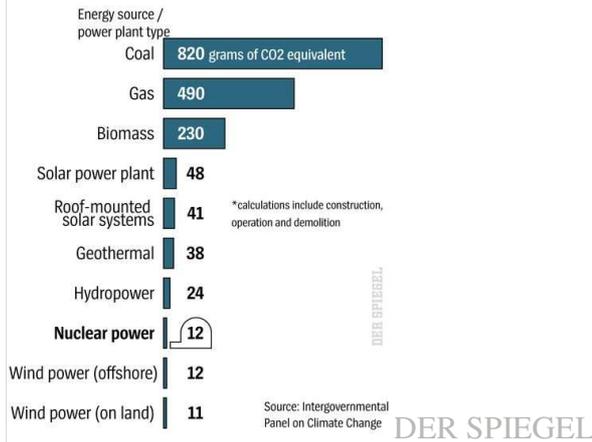
Sometimes the wind is strong, and at others it doesn't blow at all. And the sun only shines during the day, sometimes more and sometimes less. The worst case scenario is referred to as the "dark doldrums," the complete absence of wind and sun.

Some experts believe that energy storage systems and a sufficiently flexible pan-European electricity market will be enough to manage those fluctuations. But the more realistic and cheaper option appears to be reliance on back-up power plants that go online when there's no wind or sun.

Patrick Graichen, executive director of Agora Energiewende, believes natural gas-fired power plants are ideally suited as backups. They can increase or decrease their output very quickly, just like a gas stove at home. "We have gas-fired power plants with a capacity of 30 gigawatts on the grid in Germany," says Graichen, "but they are only operating at half capacity." The combustion of natural gas, though, also generates CO<sub>2</sub>. Graichen is calling for the fossil fuel to be replaced in the future by hydrogen or synthetically produced methane. But enormous amounts of energy would be required to produce those alternatives.

## Wanted: Climate-Friendly Energy

Greenhouse gases emitted\* for each kilowatt hour of electricity produced



Could nuclear power provide an easier, more climate-friendly solution to the back-up problem? Conventional nuclear power plants aren't really suited to the task because their output can't be adjusted quickly enough. But small plants could provide a lot more flexibility.

José Reyes of NuScale says it will be possible in the future for individual modules of a reactor battery to be temporarily throttled using control rods, depending on the need for power. The steam could also be directed to bypass the turbines at times. If necessary, the entire plant could even be taken off the grid without having to shut down the reactors.

"Nuclear power can easily be adapted to a modern power grid with renewable energies such as wind or solar power," argues Swedish engineer and energy consultant Qvist. "This works particularly well if reactor heat is simultaneously used for other purposes, such as the production of hydrogen."

However, Qvist believes the lower costs are the primary advantage offered by the smaller nuclear power plants. "A small, modular reactor is much cheaper than a conventional nuclear reactor," he says, adding that it's a lot easier to finance and that industrial mass production should be considered to lower costs.

Champions of nuclear power are hoping that mass production can make it unbeatable in terms of producing electricity inexpensively -- especially if a carbon tax is applied to natural gas, which would make it more expensive.

Jacopo Buongiorno, a professor at the Department of Nuclear Science & Engineering at MIT, believes atomic power is "essential to achieving a deeply decarbonized energy future in many regions of the world." The professor and his colleagues wrote in a September 2018 study that global electricity consumption is on track to grow 45 percent by 2040.

They recommend a shift in focus to exploit the climate protection potential of nuclear power. The experts also warn against the "premature closure" of existing nuclear power plants.

### Nuclear Phaseout: A Bad Idea?

In three years, the last three German nuclear plants will be taken offline. But given the realities of climate change, is it a bad idea to phase out nuclear energy?

By 2025, Germany will have spent more than 500 billion euros on the nuclear phaseout. The result has been climbing prices for electricity, which have jumped almost a third in the last decade. Furthermore, CO2 emissions have hardly dropped at all and Germany's energy mix remains climate unfriendly.

Nevertheless, it is extremely unlikely that the country's policy on nuclear energy will change. Even the energy sector doesn't have much interest in nuclear energy anymore. Were reactors given a reprieve, expensive retrofitting would be necessary to keep them running.

"There is absolutely no societal impetus for reviving nuclear energy," says Patrick Graichen of the energy transition think tank Agora Energiewende. Christoph Pistner of the Institute for Applied Ecology also doesn't believe a nuclear renaissance is in the cards. "Calling the nuclear consensus into question would be extremely problematic," he says. He adds that nuclear facilities pose accident risks and are also potential terrorist targets. Furthermore, an expansion of nuclear energy would increase proliferation risks for weapons-grade fissile material.

Experts are also quick to note that the question regarding waste disposal has not yet been satisfactorily solved. "There still isn't even a single final repository for nuclear waste anywhere in the world," says Pistner. Germany has thus far only established temporary dumps for radioactive waste, and the search for a final repository has been on hold for years. This year, the plan calls for regions to be identified that could be suitable for such a dump from a geological perspective. But popular resistance is almost a given, no matter which site is ultimately chosen.

But how justified are the concerns? Nuclear power supporters are quick to sing the technology's praises. "As best we can tell, nuclear energy is the safest available source of energy," says Harvard psychologist Pinker. In the three most serious accidents in the history of nuclear energy, he argues, only Chernobyl saw fatalities from direct exposure to radiation. There were 31 of them. "And, according to estimates, a few thousand to a few tens of thousands of cancer deaths," he says.

"However, this figure fades compared to the many, many people who die prematurely every year from respiratory disease or cancer caused by dirty air from coal-fired power plants," Pinker argues.

An estimated 800,000 people die each year as a result of exposure to coal smoke and its pollutants, including sulfur dioxide, nitrogen oxide, mercury and arsenic. And when it comes to storing waste, retired solar panels also pose a problem. Furthermore, argue nuclear advocates, the amount of highly radioactive waste that Germany will have to store indefinitely – a total of around 10,000 tons – would fit inside a largish furniture store.

Such arguments may sound cynical to some ears, but energy production almost always requires sacrifices and there is almost always some form of pollution. Which is why the question should really be: What costs and what risks must we be prepared to accept? What should we fear more: inevitable global climate change or the regional dangers associated with a possible reactor meltdown? Concerns about nuclear energy are justified. But are they enough to rationalize the complete elimination of the technology given the dangers associated with climate change?

## **Radioactive Future?**

John Gilleland is the chief technical officer of TerraPower, the Gates-backed company based just outside of Seattle, and has long been an authority in the U.S. energy sector. He has been involved in wind and solar facilities and has been responsible for hydroelectric plants, in addition to working on fuel cells and fusion reactors. Now, at the end of his career, he has joined forces with Gates – and the path to that cooperation is an interesting one.

"When TerraPower was founded, the focus was not on nuclear energy," Gilleland says. "Bill was looking for a way to lift a billion people out of energy poverty while decarbonizing the world at the same time." Gates and his team looked into several different options, Gilleland says, "we ended up with nuclear being an essential part of what the world needed."

"I don't know of any other solution except nuclear," Gilleland says. "If I knew of one, we'd be doing it here."

The engineers at TerraPower are developing two different kinds of Generation IV reactors in Bellevue. And if the concepts they sketch out in the back of the inconspicuous building at Eastgate Way really work, the energy problems civilization faces could be solved forever. Both TerraPower designs are fast-breeder reactors, meaning that the neutrons set free during fission are not slowed down. They contain higher levels of energy and are thus able to split even uranium from spent fuel rods, representing a possible solution to the

nuclear waste problem. Weapons-grade material such as uranium 235 and plutonium can also be consumed in such reactors -- a contribution to disarmament.

Furthermore, the energy yield of fast breeder reactors is roughly 50 times that of traditional reactors. They are able to extract fully 95 percent of the energy stored in the fissile material, versus just a 5-percent yield for facilities currently in operation. As an additional benefit, new fissile material is created during the breeding process – which can then be used to generate even more energy.

But the operating temperature of such facilities can be as high as 1,000 degrees Celsius. Liquid sodium or molten salt must be used to cool them, materials that can also present dangers of their own. An additional problem lies in the fact that plutonium is a byproduct of such facilities, a material that must then be removed in reprocessing plants. The step to using the material to build a weapon isn't far. Only 19 fast breeder reactors have ever gone into operation, and only five are currently being used: three in Russia and one each in India and China.

The TerraPower engineers are seeking to further develop and improve the fast-breeder model. Their first concept is called the Traveling Wave Reactor. The fissile material in the reactor's core is consumed from the inside to the outside, but before the process burns out, fuel rods are automatically resorted, with particularly radioactive material being repositioned into the middle of the reactor core, allowing the reaction to continue.

The process can continue for decades without the need to swap out the nuclear fuel. And it doesn't produce extremely dangerous waste materials, the researchers say.

"We don't need to have reprocessing plants, and eventually we don't even have to have enrichment plants and ultimately uranium enrichment is also unnecessary," Gilleland says. Proliferation dangers are likewise averted, he insists. "The best place for plutonium is in the nuclear core. Nobody will steal it from there."

Meanwhile, in the second TerraPower concept, the molten chloride fast reactor, has no fuel rods at all. Molten uranium salt serves as the fissile material, with molten salt also serving as the cooling agent. Like the Traveling Wave Reactor, the molten chloride fast reactor is considered to be "inherently safe," meaning it is designed to shut itself off if something goes wrong.

"Such facilities allow for the production of tremendous amounts of completely carbon-free energy in a very small, concentrated space," Gilleland says. "I would have all my grandchildren live up the block!"

Gilleland believes, TerraPower's fast breeding reactors could be part of the energy mix by 2035. Whether he is right, though, doesn't just depend on the abilities of his engineers and the continuing support of his funders. His company, after all, had already reached an agreement with China for the construction of the first Traveling Wave Reactor, but then U.S. President Donald Trump came along and launched a trade war with Beijing. Since then, it has been America First for the nuclear sector.

"We don't talk to China anymore," says Gilleland with regret. "Now we think about what we could build in this country."

# Freiheit oder Gleichheit

Wenn wir wirklich Freiheit wollen, sind soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten ein legitimer und notwendiger Preis dafür.



In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurde die Welt insgesamt reicher, aber während manche Ökonomien einen rasanten Fortschritt zu verzeichnen hatten, fielen andere noch weiter zurück. Diese Zunahme des Gesamtvermögens hat allerdings nicht zur Beseitigung, ja nicht einmal zur Verringerung der Armut geführt. Das gilt größtenteils auch für die Verhältnisse innerhalb von Ländern. Fast überall entstand durch die Globalisierung sowohl eine neue Schicht von Multimillionären als auch eine Unterschicht, der Menschen angehören, die nicht nur im statistischen Sinne arm sind, weil sie weniger als die Hälfte des landesüblichen Durchschnittslohnes verdienen, sondern weil sie von Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben, die eigentlich allen offen stehen sollten. Von der Dynamik der Globalisierung haben zwar viele profitiert, aber die Ungleichheit ist dadurch auch größer geworden. Ist das jetzt unbedingt schlecht? Viele glauben das jedenfalls. Tatsächlich zeigen ganze Länder wesensbedingt egalitäre Züge. Dort hat man etwas gegen Manager, die auch bei Erfolglosigkeit hohe Summen mit nach Hause nehmen, und man kann es nicht mit ansehen, dass mitten in der Gesellschaft arme und ausgegrenzte Menschen leben. Aber obwohl es sich in der sozialdemokratischen Welt von Skandinavien, Deutschland und anderen europäischen Ländern angenehm lebt, haben sich viele dieser Länder die Egalität auf Kosten zukünftiger Generationen erkaufte. Außerdem werden in einem egalitären Klima der Innovationsgeist und der Sinn für dynamische Entwicklung nicht gefördert. Kreative Menschen neigen dazu, Gesellschaften zu verlassen, wo es einen starken Druck gibt, nicht aufzufallen. Ungleichheit ist mit Freiheit nicht nur vereinbar, sondern oftmals auch ein Anreiz für und ein Ergebnis der Freiheit. Stehen wir damit also vor der Wahl Freiheit oder Gleichheit? So einfach ist es nun doch nicht. In einer freien Gesellschaft werden wirtschaftlicher und allgemeiner Ungleichheit zwei Grenzen gesetzt. Beide werfen schwierige praktische Fragen auf, obwohl sie im Prinzip klar sind. Ungleichheit ist mit Freiheit dann nicht vereinbar, wenn sie die Chancen der Menschen auf Teilnahme an der politischen Gemeinschaft, am Markt oder an der Zivilgesellschaft einschränkt. Am unteren Ende der sozialen Leiter stellt sich dadurch die alte leidige Frage der Chancengleichheit. Fest steht, dass jeder Mensch Zugang zu Wahlen und

politischen Parteien, zu Bildung, dem Arbeitsmarkt und den Vereinigungen der Zivilgesellschaft haben muss. Kurzum, Staatsbürgerschaft im weitesten Sinn des Wortes verlangt nach Grundrechten und der Möglichkeit ihrer Umsetzung. Außerdem setzt sie einen wirtschaftlichen Grundstatus voraus. Eine schwierige Frage dabei ist, wo genau die Grenze zu jener Grundsicherung zu ziehen ist, die allen Staatsbürgern zusteht. In den meisten Ländern sollte sie wahrscheinlich höher angesetzt werden, als dies bis jetzt der Fall ist. Ein weiteres kniffliges Problem ist, wie dieser Grundstatus garantiert werden soll. Es hat überall eine lebhafte Debatte eingesetzt, ob das über individuelle Einkommenszuschläge oder allgemeine öffentliche Dienstleistungen geschehen soll. Man könnte mit verschiedenen, auf die Gegebenheiten der jeweiligen Länder abgestimmten Problemlösungen darauf reagieren, obwohl Steuergutschriften und ähnliche Einkommenszuschläge mit freien Gesellschaften besser vereinbar sind. Am oberen Ende der sozialen und ökonomischen Leiter ergibt sich eine andere Problematik. Viele Menschen stoßen sich an Managern, die von ihren Unternehmen hunderte Millionen Dollar an Gehalt, Prämien und Aktienoptionen kassieren. Tatsächlich ist es eine legitime Frage, ob das Verhalten der Kapitalisten von heute die generelle Akzeptanz des Kapitalismus fördert. Allerdings wird individueller Reichtum erst dann zu einem Problem, wenn er dazu benutzt werden kann, die Teilnahmechancen der anderen zu beschränken. Wenn Reichtum zu unkontrollierter Macht wird, muss etwas unternommen werden, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Während allerdings eine freie Gesellschaft die Grenzen der Ungleichheit anerkennt, nimmt sie auch zur Kenntnis, dass Ungleichheit existiert, denn sie gibt vielen Menschen auch Hoffnung, indem sie gezeigt bekommen, was man mit Können und Glück – oder vielleicht auch nur mit Glück – erreichen kann. Die Ungleichheit bringt Farbe und Vielfalt in eine Gesellschaft. Sie ist ein Indikator für Lebhaftigkeit, Flexibilität und Innovationsgeist eines Landes. Daher ist sie nicht grundsätzlich schlecht, selbst wenn ihre Auswüchse im Namen der Staatsbürgerschaft für alle gekappt werden müssen. Soziale Ausgrenzung und personalisierte Macht aufgrund von Reichtum sind in jedem Fall inakzeptabel. Wenn wir aber Freiheit möchten, dann sind soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten ein legitimer und notwendiger Preis, den wir dafür zu zahlen haben.

**Lord Ralf Dahrendorf**, Philosoph und Soziologe, ist seit 1997 Direktor der Bankgesellschaft in London

# Schließen Freiheit und Gleichheit einander aus?

## – Empirische Antwort auf eine Grundfrage der Demokratie\*

Veröffentlicht am **18. September 2018** von [Benjamin Schürmann](#)

von [Heiko Giebler](#) und [Wolfgang Merkel](#)

*Die Demokratietheorie ist sich einig, dass Freiheit und Gleichheit zentral für demokratische Ordnungen sind, schwankt aber in der Einschätzung des Verhältnisses dieser beiden Prinzipien. Gerade in der liberalen Theorie wird zu viel Gleichheit als schädlich für die Freiheit gedeutet. Die WZB Forscher Dr. Heiko Giebler und Prof. Dr. Wolfgang Merkel untersuchen, ob ein Zielkonflikt zwischen Freiheit und Gleichheit existiert. Mit Blick auf die Situation in mehr als 50 Demokratien kann empirisch gezeigt werden, dass in demokratischen Gesellschaften Freiheit und Gleichheit kaum miteinander in Konflikt geraten, sondern sich meist wechselseitig verstärken.*



Scales of Justice background – legal law concepts

Freiheit und Gleichheit sind Kernprinzipien der liberalen Demokratie. Darüber herrscht weitgehend Einigkeit in der politischen Philosophie, der Demokratietheorie und der empirischen Demokratieforschung. Heftig umstritten sind aber die Bedeutung der beiden demokratischen Prinzipien und das Verhältnis, in dem sie zueinander stehen müssen, um eine gute politische Ordnung zu gewährleisten. Dieser Beitrag befasst sich mit der Frage, ob beide Prinzipien gleichzeitig maximiert werden können oder aber nur jeweils eines auf Kosten des anderen. Wir diskutieren zunächst den theoretischen Hintergrund dieser These. Anschließend betrachten wir Daten zur Messung von Freiheit und Gleichheit für mehr als 50 etablierte und junge Demokratien über einen Zeitraum von 20 Jahren. So können wir empirisch überprüfen, ob es tatsächlich einen Zielkonflikt zwischen Freiheit und Gleichheit gibt – oder ob sich die beiden Prinzipien im Gegenteil sogar wechselseitig verstärken.

Das berühmte Buch „Über die Demokratie in Amerika“, verfasst 1835 von Alexis de Tocqueville, ist wahrscheinlich die prominenteste Schrift, die von einem Zielkonflikt zwischen Freiheit und Gleichheit ausgeht. Tocqueville sieht ein grundlegendes Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit im Allgemeinen und zwischen individueller Freiheit und Massendemokratie im Besonderen. Der unaufhörliche Vormarsch politischer und sozialer Gleichheit in den Demokratien birgt dem politischen Philosophen zufolge die Gefahr einer Tyrannei

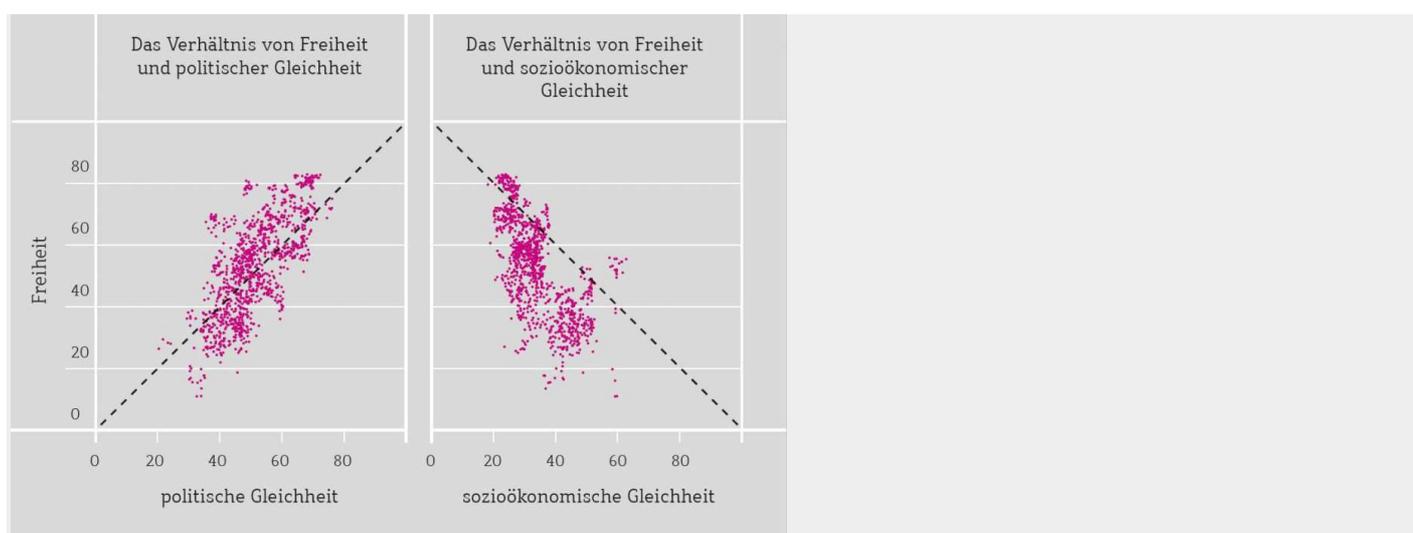
der Mehrheit. Das Problem insbesondere der amerikanischen Demokratie, die aber Europa den Spiegel vorhalte, ist für Tocqueville die unbegrenzte Macht der Mehrheit: Zu viel politische Gleichheit in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft schwäche die institutionellen Garantien für die Rechte des Einzelnen und die Rechte von Minderheiten. Tocquevilles Argumentation beruht auf der Annahme, dass Individuen stets der Gleichheit den Vorzug geben. Dasselbe wird für die Makroebene der politischen Ordnung angenommen. Bei Gruppen und Individuen entfesselt die Demokratie den Kampf um mehr Gleichheit. Sie ermuntert die Bürger zu einem politischen Eintreten für die Egalisierung von Macht, Eigentum und Status – immer auf Kosten der Freiheit. Aus diesem Grund müsse, so Tocqueville, jede demokratische politische Ordnung über institutionalisierte Kontrollen zum Schutz der Freiheit verfügen, um eine Tyrannei der gleichheitsgetriebenen Mehrheit zu verhindern.

Schon vor Tocqueville hat Jean-Jacques Rousseau in seiner Schrift „Vom Gesellschaftsvertrag“ aus dem Jahr 1762 eine andere gedankliche Perspektive entwickelt. Sie bildet in der klassischen politischen Philosophie den Gegenpol zur These eines Zielkonflikts von Freiheit und Gleichheit. Wichtig für unsere Zwecke ist vor allem Rousseaus Argument, dass Menschen nur frei sein können, wenn sie politisch gleich bleiben. Politische Gleichheit wiederum kann nur erreicht werden, wenn die soziale Ungleichheit so klein wie möglich gehalten wird. Im „Naturzustand“ seien die Menschen prinzipiell frei und gleich, doch der Fortgang der Zivilisation und die aus dem Privateigentum resultierende Ungleichheit habe beides zerstört: erst die Gleichheit, dann die Freiheit. Rousseau unterscheidet zwei Arten der Gleichheit: politische Gleichheit in Form von direkter Demokratie unter Beteiligung aller Bürger und sozioökonomische Gleichheit, die durch das Privateigentum bedroht ist.

Um die Pole einer Unvereinbarkeit von maximaler Gleichheit bei maximaler Demokratie sowie deren Negation haben sich in Philosophie, Wirtschaft und Politik eigenständige Denkschulen, wenn nicht ideologische Lager, gebildet, die bis heute einflussreich sind. Wir bestreiten nicht, dass individuelle Freiheit unabhängig von ihrer Beziehung zur Gleichheit für sich selbst einen hohen Wert darstellt. Auch erkennen wir an, dass Verfechter des Egalitarismus die Gleichheit als Wert an sich für so bedeutsam halten mögen, dass sie dafür, falls nötig, mit einem Weniger an Freiheit bezahlen würden. Diese anhaltende normative Debatte zwischen Anhängern des Egalitarismus und des Libertarismus kann nicht entschieden werden – nicht hier und wahrscheinlich auch grundsätzlich nicht. Was wir aber tun können, ist zu untersuchen, ob die weitverbreitete „Tocqueville’sche Befürchtung“ eines Zielkonflikts sich in heutigen Demokratien überhaupt empirisch belegen lässt. Gibt es möglicherweise Belege für einen positiven Zusammenhang zwischen Freiheit und Gleichheit, wie dies beispielsweise der Nobelpreisträger und Ökonom Amartya Sen postuliert? Anders ausgedrückt: Ist es möglich – oder vielleicht sogar nötig –, dass beide Prinzipien in ein und demselben demokratischen System realisiert sind und sich wechselseitig stützen? Weiter gefragt: Was passiert, wenn wir zwischen politischer und sozioökonomischer Gleichheit unterscheiden? Der Zielkonflikt ließe sich dann genauer definieren: Es gäbe zwar einen negativen Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Gleichheit und Freiheit, aber keinen oder sogar einen positiven Zusammenhang zwischen politischer Gleichheit und Freiheit. Dies ist in der philosophierenden Ökonomie eine populäre These. Insbesondere die sozioökonomische Gleichheit bedränge die politische Freiheit, so die weitverbreitete These der Ökonomen Friedrich August von Hayek und Milton Friedman oder des Philosophen Robert Nozick.

Wir sind nicht darauf aus, Kausalbeziehungen zwischen Freiheit und Gleichheit zu bestimmen. Obwohl sich in der Literatur heroische Thesen und kühne Untersuchungen dazu finden lassen, haben wir uns für einen bescheideneren Ansatz entschieden. Mit unserer Arbeit wollen wir Muster identifizieren, also den Zusammenhang der beiden Prinzipien in real existierenden Demokratien messen. Dies ist als erster Schritt zur Überprüfung normativer Behauptungen gedacht und will damit auch eine Brücke über die Kluft zwischen politischer Philosophie und empirischer Demokratieforschung schlagen.

Zur empirischen Überprüfung der Frage, ob ein Zielkonflikt zwischen Freiheit und Gleichheit vorliegt, verwenden wir Daten aus zwei Quellen: Das [Demokratiebarometer](#) bietet Informationen zur politischen Freiheit und politischen Gleichheit im Zeitverlauf für eine große Anzahl von Ländern. Zum Konzept der Freiheit zählen Eigentumsrechte und deren Schutz gegenüber dem Staat. Es umfasst damit individuelle Freiheiten wie körperliche Unversehrtheit sowie Religions-, Meinungs-, Informationsfreiheit und Freizügigkeit. Außerdem beinhaltet das Konzept der Freiheit das Recht zur Organisation und Bildung gesellschaftlicher Assoziationen sowie die Stärke der Zivilgesellschaft selbst. Gleichheit wird als politische Gleichheit verstanden; sozioökonomische Gleichheit zählt in der Anlage des Demokratiebarometers nicht zum Konzept der politischen Gleichheit. Der Leitgedanke ist, dass alle Bürger de facto und de jure gleichen Zugang zu politischer Macht und Beteiligung haben müssen. Da uns aber auch Unterschiede in der Beziehung von politischer und sozioökonomischer Gleichheit zu Freiheit interessieren, benötigen wir für unsere Untersuchung zusätzlich einen verlässlichen Indikator für sozioökonomische Gleichheit. Gut geeignet, wenn auch nicht immer unumstritten, ist ein Blick auf die Einkommensverteilung zur Beurteilung der sozioökonomischen Gleichheit. Zur Darstellung von Einkommensungleichheiten verwenden wir den Netto-Gini-Koeffizienten (berücksichtigt Steuern und Sozialtransfers) aus der [Standardized World Income Inequality Database](#) von [Frederick Solt](#). Auf dieser Grundlage stehen uns für unsere Untersuchung jährliche Daten zu 54 Ländern für den Zeitraum (vor allem) von 1990 bis 2012 – insgesamt 1.141 Fälle (Länderjahre) zur Verfügung.



Quelle: Eigene Berechnungen

Wie hängen Freiheit und Gleichheit nun empirisch zusammen? Als ersten Schritt zeigt die linke Abbildung grafisch den Zusammenhang zwischen Freiheit (y-Achse) und politischer Gleichheit (x-Achse). Sie zeigt eindeutig einen positiven Zusammenhang zwischen Freiheit und Gleichheit: Ein hohes Maß an politischer Freiheit geht einher mit politischer Gleichheit und umgekehrt. Eine gleichzeitige Umsetzung der beiden demokratischen Kernprinzipien scheint folglich alles andere als unmöglich, sie erscheint geradezu geboten. Dieser quasi symmetrische Zusammenhang gilt durchgehend; das Muster ist bei niedrigen oder hohen Freiheits- und Gleichheitswerten weder stärker noch schwächer ausgeprägt.

Wir haben beide Abbildungen um eine gestrichelte Linie ergänzt. Diese Linie würde identische Werte auf beiden Achsen darstellen. Oberhalb und unterhalb der Linie sind die Fälle mehr oder weniger gleich verteilt – ein Indikator dafür, dass Freiheit sich im Mittel nahezu eins zu eins in politische Gleichheit übersetzen lässt und umgekehrt. Diese Befunde stärken die normativen Überlegungen, dass Freiheit und Gleichheit gleichermaßen Funktionsprinzipien von Demokratien sind, die sich wechselseitig stärken und nicht widersprechen.

Bei der sozioökonomischen Gleichheit gibt es einen negativen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Freiheit (Abbildung rechts). Ein höheres Maß an Freiheit ist verbunden mit einem geringeren Maß an sozioökonomischer Ungleichheit. Oder: Je geringer die sozioökonomische Ungleichheit, umso stärker ist die Freiheit ausgeprägt. Es zeigt sich somit substantziell derselbe Zusammenhang wie in der linken Abbildung. Die Verteilung der Fälle verläuft von links oben nach rechts unten, einfach weil hohe Gini-Koeffizienten für Gesellschaften mit weniger Gleichheit stehen. Auch hier verweisen die Daten auf eine Vereinbarkeit von Freiheit und Gleichheit und eben nicht auf Ausschließlichkeit, wie dies mit Verweis auf Tocqueville gerade von Anhängern Friedrich August von Hayeks immer wieder vorgebracht wird.

Die überwiegende Mehrheit der abgebildeten Fälle befindet sich unterhalb der gestrichelten Linie. Im Vergleich zur linken Abbildung sind damit tendenziell höhere Werte für politische Freiheit notwendig, um ebenso hohe Werte für Gleichheit zu finden. In der Zusammenschau der beiden Abbildungen wird deutlich, dass es keine Belege für einen Zielkonflikt, aber starke Belege für einen positiven Zusammenhang gibt. Gleichzeitig gibt es keinen eindeutigen Unterschied zwischen den beiden Arten der Gleichheit. Es muss also nicht zwischen politischer und wirtschaftlicher Gleichheit unterschieden werden, wenn es um den Zusammenhang mit politischer Freiheit geht.

Analog zu den obigen Abbildungen wurden [in einer ausführlicheren Studie](#) zwei komplexere statistische Modelle von uns getestet, da deskriptive Analysen nur begrenzt aussagefähig sind. Das erste Modell zeigt einen signifikanten Effekt der politischen Gleichheit auf die politische Freiheit, ähnlich dem in der Abbildung dargestellten. Allgemein ist mehr Gleichheit mit mehr Freiheit verbunden, selbst wenn im Test strengere Kriterien angelegt werden. Die These eines Zielkonflikts kann somit erneut verworfen werden. Das Modell zeigt allerdings auch erhebliche Variationen zwischen den einzelnen Ländern bezüglich der Wirkung politischer Gleichheit auf die Freiheit. Es existiert somit zwar kein allgemeiner Zielkonflikt, aber es gibt durchaus

Ausnahmen von dieser Regel. Unser zweites Modell bestätigt jedoch insgesamt den deskriptiven Befund, dass sich auch die sozioökonomische Gleichheit positiv auf die politische Freiheit auswirkt.

Fassen wir all diese Ergebnisse zusammen, so finden wir keine Belege für einen negativen Zusammenhang zwischen Freiheit auf der einen Seite und den beiden Arten von Gleichheit auf der anderen. Die Zielkonflikt-These kann also prinzipiell verworfen werden. Unsere Ergebnisse widersprechen der traditionellen libertären Furcht vor einem Zielkonflikt zwischen Freiheit und Gleichheit – egal ob wir von politischer oder sozioökonomischer Gleichheit ausgehen. Nach unseren Erkenntnissen ist der Zusammenhang zwischen den beiden demokratischen Kernprinzipien der Freiheit und der Gleichheit einer der wechselseitigen Verstärkung. Wir deuten das als positives Zeichen: Gesellschaften und politische Ordnungen müssen sich nicht zwischen den beiden Prinzipien entscheiden. Sie können vielmehr die gleichzeitige Maximierung von Freiheit und Gleichheit anstreben. Das heißt selbstverständlich nicht, dass Vertreter der normativen Theorie oder der realen Politik nicht dem einen oder anderen Prinzip den Vorzug geben dürfen. Sie sollten aber gute Gründe vorbringen können. Wir möchten jedoch betonen, dass sich kein Argument in diesem Zusammenhang mehr auf die These berufen sollte, dass sich die beiden Prinzipien in modernen Demokratien gegenseitig ausschließen würden. Unsere Befunde weisen in eine andere Richtung. In Zeiten wachsender sozialer und ökonomischer Ungleichheit sind unsere Ergebnisse eher ein Warnsignal an die libertären Verfechter reiner Marktlehren. Nimmt die mit deregulierten Märkten verbundene wirtschaftliche Ungleichheit zu, dann laufen demokratische Gesellschaften auch Gefahr, dass die politische Freiheit erodiert. Ein grundlegendes Prinzip der Demokratie würde damit beschädigt.

---

### **Literatur**

Bühlmann, Marc/Merkel, Wolfgang/Müller, Lisa/Giebler, Heiko/Weßels, Bernhard: „Demokratiebarometer. Ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität“. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 2012, Jahrgang 6, Supplement 1, S. 115-159.

Giebler, Heiko/Merkel, Wolfgang: „Freedom and Equality in Democracies: Is There a Trade-off?“ In: *International Political Science Review*, 2016, Jg. 37, H. 5, S. 594-605.

Merkel, Wolfgang/Kneip, Sascha (Hg.): *Democracy and Crisis. Challenges in Turbulent Times*. Cham: Springer International Publishing 2018.

Solt, Frederick: „Standardizing the World Income Inequality Database“. In: *Social Science Quarterly*, 2009, Jg. 90, H. 2, S. 231-242.

---



Foto: David Ausserhofer

**Heiko Giebler** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung [Demokratie und Demokratisierung](#) und Leiter des Brückenprojekts „[Gegen Oben, Gegen Andere: Quellen von Demokratiekritik, Immigrationskritik und Rechtspopulismus](#)“.



Foto: David Ausserhofer

**Wolfgang Merkel** ist Direktor der Abteilung [Demokratie und Demokratisierung](#) am WZB und Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Demokratieforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

162,55

<https://www.zeit.de/2020/03/mycle-schneider-energieexperte-atomenergie-klimaschutz/komplettansicht>

Mycle Schneider: "Atomkraft verschlimmert die Klimakrise"

# Der Energieexperte Mycle Schneider glaubt nicht an die Zukunft der Atomindustrie.

Interview: **Georg Blume**

8. Januar 2020, 16:53 Uhr | Editiert am 14. Januar 2020, 19:56 Uhr | DIE ZEIT Nr. 3/2020, 9. Januar 2020 | [533 Kommentare](#)

AUS DER ZEIT NR. 03/2020



Auslaufmodell: Die Kühltürme des Atomkraftwerks Grohnde in Niedersachsen (Archivbild). Das Kraftwerk soll Ende 2021 vom Netz gehen. © Krisztian Bocsi/Bloomberg/Getty Images

## "Atomkraft verschlimmert die Klimakrise"

### MYCLE SCHNEIDER

60, ist ein deutscher Energieberater mit Sitz in Paris. Seit 2007 gibt er einen Jahresbericht über die Atomindustrie heraus (World Nuclear Industry Status Report, WNISR) und ist Mitglied der Internationalen Kommission über spaltbares Material an der Princeton-Universität (IPFM)

**DIE ZEIT:** Herr Schneider, wird Frankreich die europäische Atomindustrie am Leben erhalten?

**Mycle Schneider:** Nein.

**ZEIT:** Die französische Regierung plant, bis 2035 sechs neue Atomreaktoren zu bauen.

**Schneider:** Pläne sind das noch nicht. Man weiß weder, wo noch wann und mit welchem Design diese Reaktoren eventuell gebaut werden sollen.

**ZEIT:** Aber es gibt eine neue Reaktorreihe, den EPR, zu Deutsch: Europäischer Druckwasserreaktor. Zwei EPR laufen in China, einer wird in Finnland fertiggestellt, ein weiterer 2022 in Frankreich, und ein dritter in England befindet sich im Bau.

**Schneider:** Der EPR ist ein Fiasko. Mit dem Bau des ersten Reaktors in Finnland wurde 2005 begonnen, 2009 sollte er fertig sein, und er ist heute noch nicht in Betrieb. Dann folgte der zweite Bau in Frankreich mit fast identischen Problemen: Beton- und Stahlherstellung waren unzureichend, Komponenten mangelhaft, das französische Zuliefersystem unzuverlässig.

**ZEIT:** 2011 gab es die Reaktorkatastrophe in Fukushima. Erklären sich die Schwierigkeiten nicht aus den seither gestiegenen Sicherheitsansprüchen?

**Schneider:** Der EPR ist keine Antwort auf Fukushima, sondern auf Tschernobyl, die Reaktorkatastrophe von 1986. Man hat das nur vergessen. Die Krise der Atomindustrie beginnt lange vor Fukushima. China hat

schon im Jahr 2010, ein Jahr vor der Katastrophe in Japan, mehr in erneuerbare Energien investiert als in die Atomenergie.

**ZEIT:** Aber stehen jetzt nicht in China mit den ersten zwei EPR-Reaktoren die sichersten Atomkraftwerke der Welt?

**Schneider:** Ganz sicher nicht. Es sind die größten Reaktoren, damit wird auch das radioaktive Inventar größer, und Risiken erhöhen sich. Zudem kann kein unabhängiger Experte die Sicherheit in chinesischen Atomkraftwerken beurteilen. In Japan hat man nach Fukushima festgestellt, dass eine unabhängige Aufsicht praktisch nicht existierte. Auch in Südkorea gab es große Skandale bei der Qualitätskontrolle: Die Zertifikate Tausender AKW-Bauteile wurden dort gefälscht. Niemand weiß, ob es in China besser läuft.

### "Die atomare Sicherheitskultur in Frankreich steckt in der Krise"

**ZEIT:** Aber doch bestimmt in Frankreich?

**Schneider:** Spätestens mit dem EPR-Projekt hat die französische Aufsichtsbehörde ihre Unschuld verloren. Sie hat erlaubt, dass man den bereits eingebauten Druckbehälter des französischen EPR schönrechnete, nachdem klar war, dass er nicht den technischen Spezifikationen entsprach. Er ist nicht so resistent, wie er hätte sein sollen. Damit übergeht die Behörde ihre zuvor selbst aufgestellten Richtlinien. Zudem stellte sich heraus, dass der Hersteller des Druckbehälters, die Schmiede Creusot Forge, über Jahrzehnte systematisch Dokumente fälschte, und zwar zumindest teilweise mit Wissen der vom Staat kontrollierten Atomkonzerne. Die atomare Sicherheitskultur in Frankreich steckt in einer tiefen Krise.

**ZEIT:** Das hält den französischen Elektrizitätskonzern EDF nicht davon ab, den Preis eines weiteren neuen EPR zu benennen: Er soll bei 7,3 Milliarden Euro liegen, also nur bei etwa der Hälfte der bisherigen Kosten.

**Schneider:** Das ist die alte Strategie der französischen Atomindustrie: Sie definiert Zielvorgaben, die sich unmöglich einhalten lassen. Der EPR sollte längst ein Exportschlager sein. Dass es dazu nicht kam, begründet EDF mit ungünstigen Umständen. In Wirklichkeit waren die Exportpläne völlig unrealistisch. So war es auch beim heimischen EPR-Projekt: Als sich Präsident Jacques Chirac im Jahr 2005 für den Bau entschied, sollte er 2,5 Milliarden Euro kosten, heute werden seine Kosten auf 12 Milliarden Euro geschätzt. Die Politik trifft Entscheidungen auf der Basis von Vorgaben der Industrie, die mit der Realität nichts zu tun haben. Und später heißt es dann: Nun haben wir schon so viele Milliarden verbaut, da können wir doch nicht aufhören.

**ZEIT:** Viele Bürger nehmen das offenbar nicht übel. An den EPR-Bauplätzen in Finnland, Frankreich und England gibt es wenig Widerstand. Dazu kommt die Klimadiskussion, die den Betreibern von AKW aufgrund ihres geringen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes Argumente liefert. Verspricht das der Atomindustrie nicht doch eine bessere Zukunft?

**Schneider:** Neue Investitionen in Atomkraftwerke verschlimmern die Klimakrise. Wer in den Klimaschutz investiert, muss fragen: Wie verhindere ich CO<sub>2</sub>-Ausstoß – so viel, so schnell und so günstig wie möglich. Umfang *und* Schnelligkeit der CO<sub>2</sub>-Reduktion pro investiertem Euro sind wichtig, denn wir haben keine Zeit. Es ist daher bedeutungslos, wenn ein sehr teures Atomkraftwerk in zwanzig Jahren CO<sub>2</sub>-Ausstoß vermeidet. Wir können die Treibhausgas-Emissionen viel schneller und billiger reduzieren. Im Jahr 2018 produzierten erneuerbare Energien, ohne Wasserkraft, weltweit fast 2000 Milliarden Kilowattstunden *mehr* Strom als 2008, während Atomkraft weltweit *weniger* erzeugte als vor einem Jahrzehnt. Das bedeutet: Atomkraft ist bereits von den Wettbewerbern verdrängt worden.

**ZEIT:** Warum unterstützen dann so viele kluge, aufgeklärte Franzosen aus allen Bevölkerungsteilen immer noch die Atomkraft?

**Schneider:** Weil es seit 40 Jahren ein kollektives Brainwashing gibt, dem jeder Franzose ausgesetzt ist. Viele haben das Gefühl, es gebe keine andere Wahl.

## **Müssen wir uns vor den nächsten zehn Jahren fürchten? Nein. Auch wenn einiges schief läuft: Das Gute besteht zumeist darin – dass nichts passiert**

Die 2020er haben turbulent begonnen. Umso mehr lohnt ein nüchterner Blick in die Zukunft.

Steven Pinker 15.01.2020, 05.30 Uhr

Morgenröte oder drohende Apokalypse? Beim Versuch, die Zukunft zu lesen, ist immer Vorsicht geboten.

Am Ende der Jahreszahl steht statt der Neun nun wieder eine Null, und beim Eintritt in die neue Dekade wünschen sich viele einen Hoffnungsstrahl, der die Finsternis der täglichen Schlagzeilen durchbricht. Ich habe den Fortschritt der Menschheit anhand von hundert Kurvengrafiken dokumentiert; darum wendet man sich oft an mich, wenn das Vertrauen gestärkt werden soll, dass wir dank den Kräften des Fortschritts unsere Probleme überwinden können und dass das neue Jahrzehnt nicht lediglich wachsende Krisen und schnelleren Niedergang bringen wird.

Fortschritt ist ein historisches Faktum. Die Zahlen weisen aus, dass wir in den letzten sieben Dekaden – im Durchschnitt jedenfalls – bei steigender Lebenserwartung gesünder, sicherer, reicher, freier, fairer, klüger und glücklicher geworden sind, nicht nur im Westen, sondern weltweit.

Aber Fortschritt ist nicht naturgegeben. Die Gesetze des Universums scheren sich nicht um unser Wohlergehen, es ist jederzeit möglich, dass etwas schiefgeht. Und die Evolution des Menschen zielte darauf ab, ihm Vorteile im Kampf um die Arterhaltung zu verschaffen, nicht im Ringen um Glück oder Weisheit. Will man über die Zukunft nachdenken, dann wäre der erste Schritt die Versöhnung des menschlichen Fortschritts mit der Menschennatur.

### Die guten Engel

Den Fortschritt, dessen Früchte wir geniessen, verdanken wir der Ermächtigung der guten Engel, die im Menschen stecken. Wir sind eine kognitive Spezies mit der Fähigkeit, Probleme zu lösen, und mit den sprachlichen Mitteln, um Lösungsansätze zu kommunizieren und zusammenzuführen. Wir sind eine kooperative Spezies, die mit vereinten Kräften Dinge erlangen kann, die ausser Reichweite des Einzelnen lägen. Und wir sind, zeitweise wenigstens, eine empathische Spezies, die fähig ist, sich um das Wohlergehen der anderen zu sorgen.

Fortschritt nehmen die meisten Leute nicht wahr, weil ihr Verständnis der Welt nicht auf Zahlen beruht, sondern auf Schlagzeilen.

Das Potenzial dieser Gaben vergrösserte sich mithilfe von Ideen und Institutionen, die während der Aufklärung ins Leben gerufen wurden und die seit dem Zweiten Weltkrieg noch an Boden gewonnen haben: Vernunft, Wissenschaft,

die liberale Demokratie, verbriefte Rechte, eine freie Presse, regulierte Märkte, Institutionen für die internationale Kooperation.

Aber diesen Fortschritt nehmen die meisten Leute nicht wahr, weil ihr Verständnis der Welt nicht auf Zahlen beruht, sondern auf Schlagzeilen. Es liegt in der Natur des Journalismus, dass er den Fortschritt unerwähnt lässt, denn die Berichterstattung fokussiert auf überraschende Ereignisse und nicht auf graduelle Trends. Und das meiste, was unvermittelt passiert, ist schlimm: ein Krieg, ein Massaker, eine Epidemie, ein Skandal, eine Finanzkrise. Das Gute aber besteht oft darin, dass nichts geschieht – dass etwa eine Nation frei von Krieg oder Hunger bleibt; oder in Entwicklungen, die langsam voranschreiten, über die Jahre aber bedeutsam werden, wie der Rückgang von Armut, Analphabetismus und Krankheiten.

Zum quasi systemimmanenten Pessimismus tragen auch die Kräfte des Marktes ihren Teil bei. Die Angst vor Verlusten ist beim Menschen grösser als die Wertschätzung für Gewinne, und Propheten, die vor noch unerkannten drohenden Katastrophen warnen, können sich der Aufmerksamkeit des Publikums sicher sein. Denn dessen Interesse wendet sich nicht den Prognostikern zu, die buchhalterisch mittelfristige Trends extrapolieren, sondern den Dramatikern, die unsere Vorstellungskraft mit kühn entworfenen Tragödien und Horrorszenarien kitzeln.

So kommen auf jedes goldene Zeitalter ein Dutzend Dystopien. Ich selbst habe in den vergangenen Jahrzehnten den thermonuklearen dritten Weltkrieg überlebt, die Bevölkerungsexplosion, das Versiegen der Ölquellen, den Y2K-Bug, der die Zivilisation in finstere Nacht hätte stürzen sollen, wöchentliche Terrorattacken nach dem Vorbild von 9/11 sowie einen Atompilz von Saddam Husseins Gnaden.

Diejenigen, die heute den Fall der Berliner Mauer als hoffnungsfrohen Aufbruch feiern, haben ein schlechtes Gedächtnis. Experten warnten damals vor Revanchismus im wiedervereinigten Deutschland oder vor einer nostalgischen Sehnsucht nach der Stabilität der bipolaren Welt. 1994 sagte eine Titelgeschichte im Magazin «Atlantic» eine Ära der Anarchie voraus – Weltkriege, grassierende Kriminalität, eine Aids-Explosion und den Kollaps Nigerias, Chinas, Indiens und der Vereinigten Staaten.

Mehr Rechte für mehr Menschen

Wie also können wir ohne solche melodramatischen Szenarien ans neue Jahrzehnt denken? Der Fortschritt hat zwar keinen spezifischen Schub, aber diejenigen, die ihn befördern, verschwinden nicht einfach. Wissenschaft und Medizin werden weiterhin ihre weit gesteckten Grenzregionen erkunden und Erkenntnisgewinne liefern, die unser Leben länger machen und bereichern. Es trifft zu, dass das Ideal der Vernunft, dem wir so viel verdanken, durch Fundamentalismus, Fake-News und Verschwörungstheorien torpediert wird, aber das war immer so. Andererseits nimmt auch die Reichweite der Vernunft zu, dank online verfügbaren Wissensquellen und Mitteln zum Fact-Checking wie auch dank den Bewegungen, die sich für eine auf soliden Grundlagen basierende Medizin, Politik oder Philanthropie einsetzen.

Im Bereich der Ethik gewinnt die Idee der Menschenrechte wie von selbst an Boden, da die willkürliche Benachteiligung und Misshandlung von Bevölkerungsgruppen unter dem geschärften Blick der Öffentlichkeit keinen Rückhalt mehr hat. Generation um Generation hat dieses Ideal vorangetragen, um religiöser Verfolgung, Despotie, sadistischen Strafen, Sklaverei, der Geringschätzung von Arbeitern und der Diskriminierung von Frauen oder ethnischen und sexuellen Minderheiten ein Ende zu bereiten.

Nicht nur Selbstzufriedenheit stellt eine Bedrohung für den Fortschritt dar, sondern auch Tribalismus, Autoritarismus und die Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnis.

Mittlerweile werden auch sexuelle Belästigung, die Misshandlung von Transgendern oder die repressive Gesetzgebung illiberaler Staaten im Zeichen der Menschenrechte bekämpft; allein in der vergangenen Dekade wurde Homosexualität in dreizehn Staaten entkriminalisiert. Auch die rückständigsten Weltgegenden geraten zunehmend

unter Druck, archaische Praktiken wie den Ausschluss von Mädchen aus dem Bildungssystem oder das Fahrverbot für Frauen zu liquidieren.

Durch die Annahme der Nachhaltigkeitsziele haben sich die Uno-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, ehrgeizige Zielvorgaben in der Bekämpfung von Armut, Hunger, Krankheit, Analphabetismus, Geschlechterungleichheit, Krieg und anderen Geisseln der Menschheit einzuhalten. Der Fortschritt bei diesen Vorhaben – von der Klimapolitik einmal abgesehen – ist kontinuierlich und kann auf diversen Websites überprüft werden; so etwa auf [Our World in Data](#), [Gapminder](#), [Human Progress](#), der [Bill and Melinda Gates Foundation](#) oder [Future Crunch](#). Dass es hier eine plötzliche Wende zum Schlechteren gibt, ist nicht anzunehmen.

Doch die Wächter der Nachhaltigkeit betonen zu Recht, dass Fortschritt möglich, aber nicht zwingend ist. Armut, Krankheit und Konflikte sind natürliche Bestandteile der «condition humaine», und einzig ein konzertierter Einsatz von Vernunft, Wissenschaft und Humanismus kann ihrem Vordringen wehren.

#### Feinde der Aufklärung

Nicht nur träge Selbstzufriedenheit stellt eine Bedrohung für den Fortschritt dar, sondern auch Tribalismus, Autoritarismus und die Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnis. Populisten wie Donald Trump verkörpern diese Bedrohung. Er nutzt den öffentlichen Diskurs nicht als Mittel zum kollektiven Umgang mit einer objektiven Realität, sondern als Waffe im Dienst der Dominanz. Er hat den wissenschaftlichen Konsens über den Klimawandel vom Tisch gefegt und die Verbreitung von Daten zur öffentlichen Gesundheit und zum Zustand der Umwelt unterbunden. Er hat in den USA ethnischen Zwist gesät und in der Aussenpolitik die Kooperation auf internationaler Ebene zugunsten von aggressiven wirtschaftlichen und politischen Nullsummenspielen über Bord geworfen.

Diese Beleidigung aufklärerischer Ideale ist nicht nur philosophischer Natur. Sie unterminiert konkrete Massnahmen, die den Fortschritt befördert haben, etwa die Ausgleichsmechanismen der Demokratie, den freien Handel, die Reglementierung des Umweltschutzes und internationale Vereinbarungen.

Laut der Aufstellung von *Varieties of Democracy* stand in jüngster Zeit die Zahl der demokratisch verfassten Länder auf einem Rekordwert.

Obwohl wir nicht wissen können, wie viel Schaden der autoritäre Populismus anrichten wird, besteht Grund zu der Annahme, dass er nicht das Gesicht der Zukunft ist. Die grösste Unterstützung findet er unter der ländlichen, weniger gebildeten Bevölkerung, in der älteren Generation und unter denjenigen, die der ethnischen Mehrheit angehören. All diese Gruppen sind demografisch im Schwinden begriffen. Und sogar Länder, die sich in der Festung des Nationalismus zu verstecken suchen, werden in zunehmendem Mass mit Krisen konfrontiert sein, die ihrer Natur nach global sind und nicht ohne internationale Kooperation bewältigt werden können – etwa der Klimawandel, die Gefährdung der Weltmeere, Pandemien, Migration, Cyberkriminalität, Terrorismus und Piraterie, Handelskriege, Schwarzgeld und die wieder wachsende nukleare Bedrohung.

Manche Experten künden bereits – und nicht ohne Schadenfreude – den Tod der Demokratie an; aber diese ist möglicherweise widerstandsfähiger, als ihre Grabredner zugeben mögen. Zwar weiss jeder Bescheid über die Rückkehr des Autoritarismus in der Türkei, Russland und Venezuela; ungleich weniger bekannt sind jedoch die positiven Entwicklungen in Ländern wie Georgien, Sri Lanka, Nigeria, Armenien, Malaysia und Äthiopien. Laut der Aufstellung von *Varieties of Democracy* stand in jüngster Zeit die Zahl der demokratisch verfassten Länder auf einem Rekordwert: 2018 waren es 99 (d. h. 55 Prozent aller Länder), verglichen mit 87 Ländern im Jahr 1998, 51 im Jahr 1988, 40 im Jahr 1978, 36 im Jahr 1968 und 10 anno 1918. Und der Druck in Sachen Demokratisierung wächst; das haben im vergangenen Jahr die Proteste in Venezuela, Bolivien, Russland, Algerien, dem Sudan und Hongkong bewiesen.

Auch die Bedrohung des Friedens sollte im Kontext der jüngeren Geschichte betrachtet werden. Iranische Attacken auf die USA und darauffolgende Vergeltungsschläge sind unvermeidlich, aber wenn sie zu einem längeren Waffengang eskalieren würden, dann stünde dies einem seit mehreren Jahrzehnten erkennbaren Trend entgegen. Kriege zwischen Grossmächten, einst ein chronisches Übel, sind von der Bildfläche verschwunden; der letzte fand vor mehr als 65 Jahren zwischen den USA und China statt. Kriege zwischen Staaten geraten langsam in Vergessenheit; nach 1945 zählte man nie mehr als drei in einem Jahr, seit 2003 lag ihre Zahl bei null.

Die Geschichte ist zwar nicht zyklisch, aber sie kann perfide, überraschende Rückschläge erfahren.

Trotz den nach wie vor anhaltenden Bürgerkriegen ist die Gesamtzahl der Kriegstoten zwischen 1950 und 2005 auf einen Hundertstel gesunken, von 22 pro 100 000 Menschen im Jahr auf 0,2. Der entsetzliche Bürgerkrieg in Syrien brachte 2014 einen Anstieg auf 1,5, bis 2018 sank die Zahl wieder um rund die Hälfte auf 0,7. Und allen Warnungen zum Trotz, dass das aufsteigende China unweigerlich gegen die rivalisierende Grossmacht in den Kampf ziehen werde, hat das Land ganz auf Handel und wirtschaftliche Entwicklung gesetzt, bei Friedensbemühungen der Uno mitgewirkt, sich globalen und regionalen Organisationen angeschlossen, ärmere Länder mit Infrastrukturprojekten statt mit Waffenlieferungen unterstützt und in den letzten 32 Jahren keinen Krieg ausgefochten.

#### Dem Glück nicht trauen

Natürlich ist die Vergangenheit keine Garantie für die Zukunft. Die Geschichte ist zwar nicht zyklisch, aber sie kann perfide, überraschende Rückschläge erfahren. Das geschah oft genug: infolge der zwei Weltkriege, der Spanischen Grippe, der Aids-Epidemie in Afrika, der wiederkehrenden Wellen von Kriminalität und Bürgerkriegen zwischen den 1960er und den frühen 1990er Jahren oder der Terroranschläge des 11. September. Die nächste Dekade wird weitere solche Ereignisse bringen, auch wenn sich noch nicht abschätzen lässt, welcher Art sie sein werden.

Doch wir kennen zumindest einige Bedrohungen, denen der graduelle Fortschritt ausgesetzt ist. Wie uns ein Auto-Sticker hier und da in Erinnerung ruft: Eine einzige Atombombe kann dir den ganzen Tag versauen. Aber obwohl wir 75 Jahre lang glaubten, immer nur einen Schritt von der nuklearen Apokalypse entfernt zu sein, ist seit Nagasaki keine solche Waffe mehr zum Einsatz gekommen. Das lässt die Annahme zu, dass die Normen und Sicherheitsvorkehrungen, die Unfälle oder impulsive Handlungen verhindern sollen, ihre Funktion erfüllt haben.

Die Folgen eines Nuklearschlags wären allerdings so grauenhaft, dass wir es uns nicht leisten können, dem Glück ad infinitum zu trauen. Die geringe, doch allemal furchterregende Wahrscheinlichkeit einer solchen Attacke kann weiter reduziert werden, indem die Zündung von Kernwaffen nochmals erschwert und ihre Zahl zunächst so weit reduziert wird, dass es keinen nuklearen Winter geben kann; irgendwann sollten sie ganz verschwinden. Freilich bewegen sich die heutigen Atomkräfte nicht in diese Richtung, und es ist unverzeihlich, dass die Zukunft unserer Zivilisation bei den Wählern kein Thema ist, während sie sich ausgiebig mit geringfügigen Fehlritten und Skandalen befassen.

Weitere Schreckensszenarien sind Kontinente übergreifende Pandemien oder Cybersabotage, die das gesamte Internet lahmlegen könnte. Auch hier waren die Sicherheitsvorkehrungen bis dato ausreichend, aber Experten mahnen, dass grössere Anstrengungen vonnöten sind.

#### Persönlicher Verzicht bringt nichts

Der Klimawandel ist ein Fall für sich; hier haben wir es eher mit einem sich nähernden Asteroiden zu tun als mit einem Roulettespiel. Es ist ebenso unverantwortlich, den totalen Untergang zu prophezeien, wie zu versichern, dass alles schon gut kommen werde. Wenn wir es schaffen, den Klimawandel aufzuhalten, dann jedoch nicht durch das Anprangern von Ölkonzernen oder durch persönlichen Verzicht; hier braucht es Durchbrüche auf politischer und technologischer Ebene.

Es wäre wirksamer, saubere Energie billig zu machen, als die dreckige zu verteuern.

Die Erdatmosphäre ist ein globales Gemeingut; aber kein Land und kein Individuum hat einen Anreiz, Emissionen im Alleingang zu reduzieren, weil es die Kosten allein tragen müsste und keinen Gewinn aus der Anstrengung ziehen würde, es sei denn, alle anderen nähmen das gleiche Opfer auf sich. Um die Katastrophe abzuwenden, bedarf es einer Politik, die CO<sub>2</sub>-Emissionen verteuert; doch wir haben gesehen, dass die Menschen dann nicht hingehen und ihre Fenster besser isolieren – sie ziehen stattdessen gelbe Westen über und fackeln Autos ab. Solche politischen Massnahmen müssten also mit Kostennachlässen schmackhaft gemacht oder aber im Verborgenen, im dunklen Untergrund der Wirtschaft, umgesetzt werden.

Aber ich vermute, dass es wirksamer wäre, saubere Energie billig zu machen, als die dreckige zu verteuern. Kurzfristig könnte dies einen schnellen Ausbau der Kernenergie zur Folge haben, wie das in Frankreich und Schweden früher schon geschah. Langfristig braucht es Durchbrüche in der Bioenergie, in der Schaffung von Speicherkapazitäten für Wind- und Sonnenenergie oder in der Entwicklung einer neuen Generation von kleinen modularen Spalt- oder Fusionsreaktoren. Es bedarf auch technologischer Fortschritte, um die Industrie auf elektrische Energie umzupolen, die Treibhausgasemissionen von Landwirtschaft und Viehzucht zu reduzieren und das bereits in der Atmosphäre befindliche CO<sub>2</sub> zu binden.

Der optimierte Mensch

Ein anderes Schreckgespenst betrachte ich eher mit Skepsis: die Befürchtung nämlich, dass wir im neuen Jahrzehnt die schöne neue Welt des hochtechnologisierten Mind-Hacking kennenlernen werden. In den 1990er Jahren prophezeite man, dass Yuppie-Eltern ihren ungeborenen Kindern bald schon Gene einpflanzen lassen würden, die hohe Intelligenz oder Musikalität garantierten. Aber mittlerweile wissen wir, dass vererbte Begabungen das Produkt Tausender Gene sind, von denen alle einen winzigen Beitrag leisten und viele auch schädliche Nebenwirkungen haben.

Das Genom eines Embryos auch nur in geringem Mass zu ändern, wird immer eine komplexe und riskante Angelegenheit sein. In Anbetracht der Tatsache, dass die meisten Eltern schon Krämpfe bekommen, wenn sie an Apfelsin aus genetisch modifiziertem Obst denken, ist es wenig wahrscheinlich, dass sie sich für solche Manipulationen an ihren Kindern entscheiden werden.

Ein menschengemachtes intelligentes System ist ein Instrument zur Problemlösung und nicht ein rivalisierender Primat.

Auch Hirn-Computer-Schnittstellen sind eine Entwicklung, an deren Durchsetzbarkeit ich – mit Ausnahme der medizinischen Anwendung bei Patienten mit Lähmungen oder anderen Beeinträchtigungen – nicht recht glaube. Unsere Gedanken verkörpern sich in hochkomplexen Konnektivitätsmustern zwischen Netzwerken aus Millionen von Neuronen, gemäss einem Code, den die Neurowissenschaft bis heute nicht geknackt hat. Da wir schon mit perfekten Schnittstellen zu unseren neuralen Netzwerken zur Welt kommen – mit Augen, Ohren, Fingern, Zunge –, wage ich zu bezweifeln, dass gesunde Menschen das Bedürfnis haben, sich ein weiteres Loch in den Kopf bohren oder einen Fremdkörper in ihr Hirn einpflanzen zu lassen.

KI – eine finstere Macht?

Einige Tech-Propheten verbreiten Schreckensszenarien, wie eine fortgeschrittene künstliche Intelligenz ihre Schöpfer unterwerfen könnte. Andere warnen davor, dass KI bei der blinden Verfolgung eines bestimmten Ziels möglicherweise eine globale Katastrophe auslösen würde – indem etwa die Suche nach einer Heilmethode für Krebs stattdessen zur Tumorbildung in menschlichen Versuchskaninchen führen könnte oder der Versuch, die Weltmeere zu entsäuern, Mensch und Tier ersticken liesse.

Die erste dieser Befürchtungen projiziert menschliche Schwächen wie Gier und Dominanzstreben auf das Konzept der Intelligenz. Ein menschengemachtes intelligentes System ist ein Instrument zur Problemlösung und nicht ein rivalisierender Primat. Das zweite Szenario hebt sich selbst aus den Angeln. Es geht davon aus, dass Ingenieure so klug sind, dass sie Systeme entwickeln können, die den Krebs besiegen und Umweltschäden rückgängig machen – und zugleich so dumm, dass sie alle anderen Funktionen und Effekte ausser acht lassen und auf Versuchsläufe verzichten, bevor die Erfindung grossräumig zum Einsatz kommt. Überdies verdient ein System, das monoman ein einziges Ziel verfolgt, schwerlich den Ehrentitel «intelligent».

In den US-Präsidentenwahlen von 2016 machten Fake-News und von Bots generierte Tweets nur einen winzigen Bruchteil der online kursierenden politischen Inhalte aus.

Viele treibt auch die Sorge um, dass Fake-News und auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtete politische Internetpropaganda das Denken der Bevölkerung zusehends steuern und die Demokratie unterminieren könnten. Obwohl die Verbreitung von Falschinformationen energisch bekämpft werden muss, haben Studien über digitale politische Kampagnen gezeigt, dass es nicht so einfach ist, die Meinung der Menschen zu ändern.

Sogar traditionelle Werbung via Fernsehen, Post oder E-Mail ist überraschend wenig wirksam, und in den US-Präsidentschaftswahlen von 2016 machten Fake-News und von Bots generierte Tweets nur einen winzigen Bruchteil der online kursierenden politischen Inhalte aus. Zudem wurden Meldungen dieser Art hauptsächlich von politischen Eiferern aufgerufen, während sich wohl die wenigsten Wechselwähler bei ihrer Entscheidung an dem Gerücht orientierten, dass Hillary Clinton von einer Pizzeria aus einen Kinderporno-Ring betrieben haben soll.

Überhaupt ist die Wirkung von Online-Werbung, so sehr sie sich auch mit ihrem datenbasierten Micro-Targeting brüsten mag, eher zweifelhaft, solange sie den Leuten entweder Dinge anbietet, die sie bereits gekauft haben, oder solche, die sie nie kaufen würden: in meinem Fall etwa die Drehmaschinen für Metallverarbeitung oder die High-Tech-Kreisel, die regelmässig auf meinen News-Webseiten erscheinen.

### Sisyphusarbeit

Vorsicht und Erfahrung nötigen mich, diese Gedanken über das kommende Jahrzehnt mit Vorbehalt zu formulieren. Sicherlich werde ich, wie andere vor mir, mit manchen meiner Prognosen falsch liegen. Aber eines ist gewiss: Die 2020er Jahre werden voller Probleme, Krisen und Zwiste sein, wie die Dekaden vor- und nachher. Vielleicht sind manche überrascht, derlei von einem überzeugten Verfechter des Fortschritts zu hören. Warum können wir nicht einfach auf unseren Errungenschaften aufbauen und uns Utopia zum Ziel nehmen?

Der Grund liegt darin, dass wir keine unbeschriebenen Blätter sind. Die Erkenntnis, die uns erlaubt, Vorurteile und Aberglauben zu überwinden, muss jede Generation in Sisyphusarbeit neu erringen; und das gelingt nie perfekt.

Probleme sind unvermeidlich, aber Probleme sind auch lösbar.

Auch sind Zielkonflikte und die Notwendigkeit von Kompromissen schon durch die menschliche Natur vorgegeben. Unsere Begabungen und Temperamente sind unterschiedlich; so wird selbst in einem fairen Gesellschaftssystem ein Mass an Ungleichheit fortbestehen, und was die einen erfreut, bringt andere unweigerlich auf die Palme. Die Menschen sind nicht unendlich weise. So werden manche die Freiheit, die ihnen gegeben ist, nur dazu nutzen, ihr Leben zu verpfuschen oder ihre Wählerstimme für Kandidaten abzugeben, deren Politik ihnen schadet. Wir sind auch nicht unbeschränkt selbstlos. Jede Politik, die einer Mehrheit zugutekommt, gereicht anderen zum Nachteil, und diese werden nicht ohne weiteres bereit sein, ihre Interessen dem Gemeinwohl zu opfern.

Aber die schiere Tatsache, dass es Fortschritt gibt, beweist auch, dass diese Gegebenheiten uns nicht zu einem konstant gleichbleibenden Mass des Leidens verurteilen. Wissenschaft und Technologie können die Zielkonflikte so beeinflussen, dass das Gute zunimmt. Bildung, eine freie Presse und die Zivilgesellschaft können uns daran erinnern, dass die Kompromisse, die eine Demokratie uns abverlangt, allemal besser sind als das Leben unter einer anderen Herrschaftsordnung. Und wie der Physiker David Deutsch festgestellt hat: Probleme sind unvermeidlich, aber Probleme sind auch lösbar. Und die Lösungen schaffen neue Probleme, die ihrerseits wieder gelöst werden können.

Steven Pinker ist Professor für Psychologie an der Harvard University. Der hier in leicht gekürzter Fassung abgedruckte Essay erschien in der «Financial Times». Aus dem Englischen von as.

# Did That Really Happen? How Our Memories Betray Us



December 16, 2019 7:20 PM ET



[SHANKAR VEDANTAM](#)

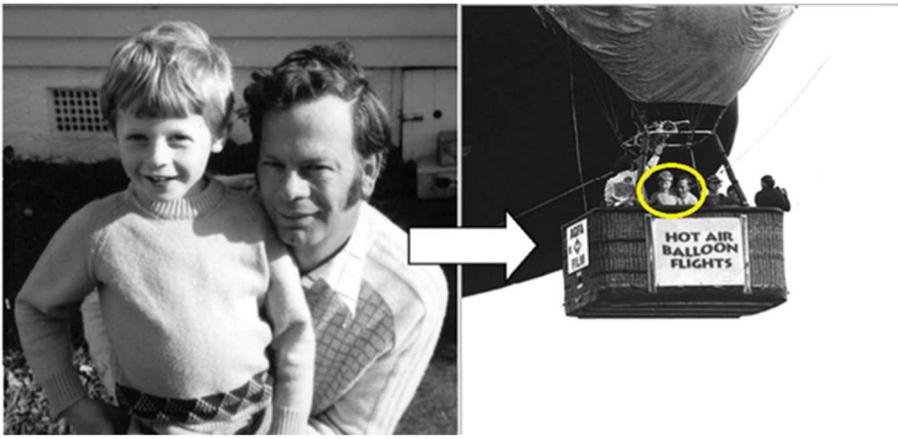


[SEAN GLADWELL/Getty Images](#)

Large numbers of people hold beliefs about memory that conflict with modern science. Perhaps the most pervasive false belief, [held by about 60 percent of Americans](#), is that memory works like a video camera. In other words, the things we experience in our lives are recorded, stored and preserved in our brains as faithful reproductions, and retrieving our recollections is simply a matter of reviewing the video tape.

But over the last 150 years or so, researchers have found that this analogy is wrong in startling ways. Memory is not like a video camera; a better way to think of it is as an act of reconstruction, or what you might call "mental paleontology." This is the analogy that [psychologist Ayanna Thomas](#) likes to use.

"A paleontologist uncovers a fossil, just as we have to uncover a memory....but that paleontologist doesn't have all of the pieces," she says. "And what that individual has to do is fill in the gaps with best guesses and prior experience."



A manipulated photo of a boy and his dad in a hot air balloon. They were never there — but when the boy tried to "remember" the photo years later, he came to think he was. *Kimberley A. Wade*

What Thomas and other researchers have found, over and over again, is that our recollections are fallible. And the implications of this extend far beyond how we recall our childhoods or where we left our keys. They extend into [serious settings, like the criminal justice system](#), where we constantly ask people to make recollections or remember things under oath.

This week on *Hidden Brain*, how we remember, why we forget — and the simple lessons we all can learn to make our memories sharp and vivid.

**More resources:**

[The Cognitive Aging and Memory Lab](#) at Tufts University

["Reconstruction of automobile destruction: An example of the interaction between language and memory,"](#) by Elizabeth F. Loftus and John C. Palmer, 1974

["A picture is worth a thousand lies: Using false photographs to create false childhood memories,"](#) by Kimberley A. Wade, Maryanne Garry, J. Don Read and D. Stephen Lindsay, 2002

["Creating bizarre false memories through imagination,"](#) by Ayanna K. Thomas and Elizabeth F. Loftus, 2002

["Replication and Analysis of Ebbinghaus' Forgetting Curve,"](#) by Jaap M. J. Murre and Joeri Dros, 2015

["Retrieval practice protects memory against acute stress,"](#) by Amy M. Smith, Victoria A. Floerke and Ayanna K. Thomas, 2016

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunst/der-maler-norbert-bisky-in-der-berliner-matthaeuskirche-16575036.html>

ZWEIMAL MALER NORBERT BISKY:

## Die Ostzone im Kirchengewölbe

- VON STEFAN TRINKS
- -AKTUALISIERT AM 15.01.2020-21:00



Wer innerlich geteilt ist, kann eben doch mitteilen: Der Künstler Norbert Bisky zeigt in einer Berliner Kirche im ehemaligen Todesstreifen und einer Potsdamer Villa nahe der Glienicker Agentenbrücke Bilder zu den Rissen in der deutschen Seele.

Spätestens seit dem Film „Bridge of Spies“ mit Tom Hanks kennen noch mehr Menschen die Glienicker Brücke in Potsdam als nebulösen Ort des Kalten-Krieg-Agentenaustausches zwischen Ost und West. In der unweit gelegenen Villa Schönigen zeigt der Maler Norbert Bisky nun Bilder zu seinen Erfahrungen mit deutsch-deutscher Teilung, Wiedervereinigung und Folgen, ebenso wie in der gleichermaßen nahe dem ehemaligen Todesstreifen gelegenen Matthäuskirche am Berliner Kulturforum.

### Kirchen in die Luft gesprengt, Hass ins Netz

Dass Berliner Kirchen im Grenzland gefährlich lebten, belegt etwa die Sprengung der Versöhnungskirche an der Bernauer Straße im Mauerstreifen noch im Jahr 1985; Bisky inszeniert dieses bedrohte Leben der Gebäudehüllen als Stellvertreter für die Gläubigen darin, indem er jede Nacht Suchscheinwerfer aus dem Inneren der Kirche wie gierige Finger die Umgebung abtasten lässt. Der Ausstellungstitel „Pompa“, lateinisch für Fest, aber auch Totenfeier, wirkt angesichts der immanenten Gefahr ironisch-doppeldeutig, genauso wie der englische Titel „Rant“ in Potsdam, der „wüste Beschimpfung“ durch Wutbürger und Hassende im Netz meint, bereits onomatopoesisch bedrohlich klingt.



Erschütterung des Systems: Biskys „Sacudón“, 2017. :Bild: Bernd Borchardt, VG Bild-Kunst, B

Den spannenderen Ausstellungsort bildet dennoch die Kirche: Dort hängen siebenundvierzig Leinwandgemälde unter der Decke von St. Matthäi. Was Tizian und Tintoretto im dauerfeuchten Venedig des sechzehnten Jahrhunderts nicht anders hielten, nämlich anstelle der stockfleckengefährdeten Freskotechnik Leinwände im Atelier zu bemalen und dann — im Notfall abnehmbar — an die Decke zu bringen, tut auch Bisky. Er arrangiert schon vor Jahren gefertigte Leinwandbilder zusammen mit eigens für die Schau gemalten in den fünf Deckenjochen der Kirche. Und wie in Venedig heute noch praktiziert, verhindern Spiegel am Boden manch steifen Betrachterhals.

## Überall Nackte, Hals über Kopf

Der Effekt dieser Überkopf-Hängung ist einzigartig: Plötzlich gewinnt ein älteres Bild von 2006, die „Himmelfahrt in Friedrichshain“ tatsächlich über die bekannten nackten Jünglinge hinaus eine fast sakrale Ernsthaftigkeit. Sein Gemälde „Der Sündenbock“ referiert erkennbar auf Goyas grausames „Saturn frisst seine Kinder“, das zum ikonischen Warnsignalbild aller ihre Anhänger verschlingenden Revolutionen wurde. Ähnlich stark apokalyptisch aufgeladen ist das „Dies illa“, das vom einstigen Kontext der Carmina Burana aus Benediktbeuren kaum zu trennen ist. Bisky ist damit nicht nur der notorische Romantiker, dessen jugendschöne Protagonisten sich reihenweise opfern. Er verwendet auch wie selbstverständlich die starken Bilder aus zweitausend Jahren christlicher Ikonographie, allerdings abgeschält in völlig anderen Kontexten.



Norbert Bisky „Levitation“, Öl auf Leinwand, 2007. :Bild: Bernd Borchardt, VG Bild-Kunst, B

So fügt sich ein Bild wie „Levitation“ von 2007 mit einem zentralen „Gekreuzigten“, aus dessen ausgebreiteten Armen zusätzlich Weißes strömt - das aber wie so oft bei Bisky auch für einen Körpersaft stehen kann -, auf den ersten Blick bestens in den Sakralraum ein. Andere nackte Jünglinge fliegen vor einem vermeintlich strahlendblauen Himmel in der selben Kruzifixuspose umher, abgerissene und blutende Köpfe vermögen für Märtyrertum genauso wie für Lustmordopfer zu stehen, und ein wie von einem Tornado entwurzelter Strommast kann auch ein umgestürztes Kreuz sein. Dieses Spiel mit der Zweideutigkeit von Formen konnte der Maler in der späten DDR täglich erleben: Ob Altmeister wie Werner Tübke und Arno Rink oder in den achtziger Jahren noch jüngere Künstler wie Cornelia Schleime und Stefan Plenkers - alles Dargestellte war gewissermaßen selbst geteilt wie das Land. Die DDR brachte als ihren genuinen Beitrag zur Kunst einen Schizophrenismus der Form hervor.



Miteinander-Ringen und offene Wunden: Biskys „Katzensprung“, 2019. :Bild: Bernd Borchardt, VG Bild-Kunst, B

So ist auf dem für die Villa gemalten „Katzensprung“ auf einer Ost-Landkarte „West-Berlin“ wie von einem schwärenden Wundrand fleischfarben eingefasst und klappt tatsächlich im Territorium der DDR, komplett umstellt von den Erdkunde-Symbolen für Elektro- und chemische Industrie, wie eine Wunde, die einfach nicht vergehen will.

## Anmalen gegen die traurige Renaissance der Spaltungen und Parteinahmen

Aber auch bei vorhandenen Bildern, die aus Privatsammlungen ausgeliehen wurden (oder, wo nicht möglich, zumindest als Leinwanddruck an die Decke wanderten), zeigt sich, dass sie den Themen Teilung und Vereinigung Essentielles hinzufügen können; es muss nicht erst Biographisches bemüht werden wie das Aufwachsen in einer Familie mit einem Vater als führendem Politiker einer Linkspartei, die permanent im Zwiespalt der Teilung lebte. Bisky selbst bekundet, dass er ohne den Mauerfall nie Künstler geworden wäre. Ungeteilt gut also, dass sich ein junger Maler entblößt, um unser aller inneres Gespaltensein in dieser Frage zu zeigen.

POMPA und RANT. In der St.-Matthäi-Kirche, Berlin-Kulturforum und in der Villa Schöningen, Potsdam; bis zum 23. Februar. Kein Katalog.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buehne-und-konzert/bach-archiv-leipzig-kauft-wichtige-handschrift-fuer-die-bach-pflege-um-1770-an-16581163.html>

WICHTIGER HANDSCHRIFTENFUND:

## War die Matthäuspassion nie vergessen?

- VON JAN BRACHMANN
- -AKTUALISIERT AM 15.01.2020-19:00



Bis heute glaubt man, Johann Sebastian Bachs geistliche Vokalmusik sei zwischen 1750 und 1829 völlig vergessen worden. In Leipzig wurde nun eine wichtige Handschrift angekauft, die ein völlig neues Licht auf die Geschichte wirft.

Eine alte Geschichte, die jetzt vielleicht neu geschrieben werden muss, geht so: Unmittelbar nach dem Tod von **Johann Sebastian Bach** am 28. Juli 1750 geriet dessen Musik in Vergessenheit. Schon zu Lebzeiten hatte sie als altmodisch, als „schwülstig“ gar, gegolten. Die Musikwelt interessierte sich nicht mehr dafür. In Kennerkreisen wurde allenfalls sein Werk für Tasteninstrumente weitergepflegt, namentlich das „Wohltemperierte Clavier“, an dem sich noch der junge Beethoven schulte. Doch an die geistliche Vokalmusik des Thomaskantors dachte niemand mehr. Der 11. März 1829 markiert bislang den strahlenden Tag, an dem die Bach-Renaissance einsetzte: Der zwanzigjährige Felix Mendelssohn Bartholdy brachte mit der Sing-Akademie zu Berlin Johann Sebastian Bachs „Matthäuspassion“ zur Wiederaufführung, und eine breite Öffentlichkeit begriff plötzlich, welchen Rang dieser vergessene Komponist hatte.

Doch nun sind Dokumente aufgetaucht, die belegen könnten, dass es in Berlin schon lange vorher ein Interesse an der „Matthäuspassion“ und Bemühungen um ihre Wiederaufführung gegeben hat. Das Bach-Archiv Leipzig konnte im Oktober des vergangenen Jahres in London beim Auktionshaus **Sotheby's** acht Stimmbücher zum doppelchörigen Schlusschor „Wir setzen uns mit Tränen nieder“ der „Matthäuspassion“ ersteigern, die musikgeschichtlich von einiger Brisanz sind.

Peter Wollny, der Direktor des Bach-Archivs, hat ein geübtes Auge. Er muss, wie seine Mitarbeiter auch, Notenschreiber am Schriftduktus erkennen können, weil die Identifikation der Schreiber neben der Wasserzeichen- und Papiersortenanalyse das wichtigste methodische Hilfsmittel ist, um Bachs Werke und deren Aufführungen zu datieren. Im Katalog von Sotheby's sah er nun ein Foto der zum Kauf angebotenen Stimmbücher und erkannte sofort den Schreiber. Diese acht Chorstimmen seien von einem Kopisten angefertigt worden, den man aus anderen Zusammenhängen schon kenne, sagt Wollny. „Ein Mensch namens Holstein, den Vornamen weiß man nicht. Er hatte um 1770 in Berliner Tageszeitungen inseriert und seine Dienste angeboten. Holstein ist der wichtigste Kopist für die ‚Musikübende Gesellschaft‘, eine Vereinigung von Berliner Bürgern, die sich wahrscheinlich einmal in der Woche getroffen, miteinander musiziert und große Werke in Privathäusern aufgeführt haben“.

Die Handschrift sei auf die Zeit um 1770 datierbar und lege die Vermutung nahe, dass zumindest der Schlusschor der „Matthäuspassion“ in einem Privathaus bei einem Konzert der „Musikübenden Gesellschaft“ – einer der wichtigsten bürgerlichen Musikgesellschaften im friderizianischen Berlin und zugleich Vorläuferorganisation der 1791 gegründeten Sing-Akademie – lange vor Mendelssohn zur Aufführung gelangt sei.



„Wir setzen uns mit Thränen nieder“: Blatt aus den angekauften Stimmbüchern für den Schlusschor der „Matthäuspassion“: Anfang der Alt-Stimme für Chor 1, abgeschrieben um 1770. :Bild: Sammlung Bach-Archiv Leipzig

Mendelssohn selbst hatte die „Matthäuspassion“ kennengelernt, weil ihm seine Großmutter Bella Salomon, geborene Itzig, eine Abschrift der Partitur, die sich in der Bibliothek der preußischen Prinzessin und Bach-Liebhaberin Anna Amalia befand, zu Weihnachten geschenkt hatte. „Es ist durchaus denkbar, dass Bella aus diesem früheren Konzert von dem Stück wusste, also dass sie als Mädchen oder junge Frau eine Aufführung miterlebt hatte“, sagt Wollny, „die Familie Itzig, aus der sie stammte, gehörte zu den wichtigsten Unterstützern des Musiklebens in Berlin. Und ich nehme an, dass sie auch mit der ‚Musikübenden Gesellschaft‘ zu tun hatte.“ Musiklehrer von Bella Itzig aber war Johann Philipp Kirnberger, ein Schüler Bachs. Schon der preußische Hofkapellmeister Johann Friedrich Reichardt schreibt in seinen Erinnerungen, man habe in den frühen siebziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts im Hause Itzig die Musik von Johann Sebastian Bach und dessen Sohn Carl Philipp Emanuel „mit einem Verständniß vorgetragen, wie sonst nirgends“. Es habe sogar einen „förmlichen Sebastian- und Philipp-Emanuel-Bach-Kultus“ gegeben.

Bislang hatte man geglaubt, die Bach-Liebe im Hause Itzig habe sich auf die Instrumentalmusik, namentlich das Werk für Tasteninstrumente beschränkt, zumal man aus Inventarlisten weiß, dass Sara Itzig, spätere Levy, als Cembalistin und Pianistin einige Cembalokonzerte Johann Sebastian Bachs, ebenso dessen fünftes Brandenburgisches Konzert besessen und öffentlich zur Aufführung gebracht hatte.

Möglicherweise gilt das Urteil einer bewussten Beschränkung der Bach-Pflege auf die Instrumentalmusik für Sara Levy auch weiterhin. Sie blieb bis zu ihrem Lebensende dem Judentum streng verbunden. Für ihre Schwester Bella, Mendelssohns Großmutter, vermutet Wollny, dass sie schon früh dem Christentum nahegestanden habe. Jedenfalls gehörte sie bereits 1774 zu den Subskribenten der Psalmen von Carl Philipp Emanuel Bach nach Texten von Johann Andreas Cramer.

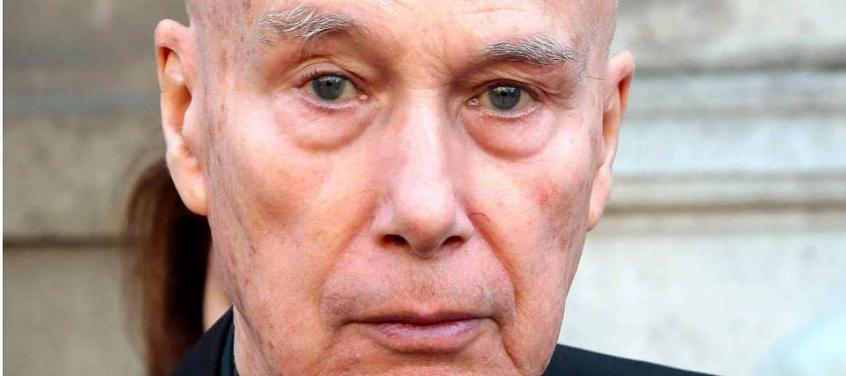
Sollten sich nach diesem Fund alle weiteren Überlegungen erhärten, hieße das nicht nur, dass Berlin als wichtigster Kristallisationspunkt der Bach-Pflege nach 1750 ernster zu nehmen wäre als bisher, sondern auch, dass Bachs geistliche Musik um 1770 bereits weniger als konfessionelle Kunst, sondern als säkulare Kulturleistung geschätzt wurde. Es sei, so Wollny, „ein ganz wichtiger Aspekt, dass die Stücke von der Kirche in den Konzertsaal wandern. Das sind die Anfänge dessen, was man später als ‚Kunstreligion‘ bezeichnet. Man hört die Kunstwerke der Vergangenheit an und wird von einem heiligen Schauer überfahren.“ Die Größe von Mendelssohns Tat 1829, Bachs Werk eine neue Öffentlichkeit zu verschaffen, schmälert der Fund nicht, aber er stellt sie in den Zusammenhang einer staunenswerten Geschichte.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/paedophilie-in-frankreich-autor-schreibt-ueber-sex-mit-kindern-16583098.html>

PÄDOPHILIE-SKANDAL:

## Er schrieb über seinen Sex mit Kindern

- VON JÜRGEN ALTWEGG, GENF
- -AKTUALISIERT AM 16.01.2020-08:31



In seinen Büchern ließ sich der französische Schriftsteller Gabriel Matzneff jahrelang über seine Vorliebe für Sex mit Minderjährigen aus. Jetzt hat die Pariser Staatsanwaltschaft endlich Ermittlungen gegen ihn aufgenommen.

Im Jahr 1977 erschien in „Le Monde“ ein Aufruf, in dem die Aufhebung des französischen Verbots der Pädophilie gefordert wurde. Anlass war ein Prozess wegen Unzucht mit Zwölfjährigen. Unterzeichnet hatten den Text Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Roland Barthes, Gilles Deleuze. Auch Jacques Derrida, Françoise Dolto, Louis Althusser, André Glucksmann, Philippe Sollers und Catherine Millet. Die späteren Minister Bernard Kouchner (Ärzte ohne Grenzen) und Jack Lang, die emblematische Figur der linken Kulturpolitik, zählten gleichfalls zu den Unterzeichnern.

„Es reicht“, forderte die Petition: „Drei Jahre Gefängnis für Zärtlichkeiten und Küsse ohne Gewalt“ drohten den Angeklagten. Es ging um Fellatio und Masturbation. Die Strafen wurden auf Bewährung ausgesprochen. Ihre Unterschrift verweigert hatten Marguerite Duras, Hélène Cixous und Michel Foucault.

„Macht aus euren Wünschen Wirklichkeit“, forderten im Mai 1968 Pariser Mauerinschriften. Die Polizei der Republik wurde als Nazi-Truppe verhöhnt: „CRS = SS“. Die Intellektuellen der literarischen Avantgarde – Barthes, Sollers – reisten in die Volksrepublik China und huldigten dem Maoismus. Foucault, der die Gefängnisse und psychiatrischen Kliniken leeren wollte, begrüßte die „immaterielle Revolution“ des geistlichen Führers Chomeini, der den Schah von Persien gestürzt hatte. Der Philosoph Jean-Paul Sartre besuchte den „Widerstandskämpfer“ Andreas Baader in Stammheim und gab dem Attentat auf die israelischen Olympiateilnehmer 1972 in München seinen Segen. Als die Roten Khmer von Pol Pot, der in Paris studiert hatte, die Macht in Kambodscha eroberten, titelte „Libération“: „Die Fahne des Widerstands weht über Phnom Penh“.

Jahrelang führte diese damals maoistische Zeitung den Kampf für die Freiheit der **Pädophilie**. Er war die Speerspitze des Engagements für die Emanzipation der Minderheiten und gegen alle Normen. Transgression und Subversion lösten als intellektuelle Imperative den Marxismus und die Revolution ab, deren Überwindung auf das Delirium der späten Siebziger zurückgeht. Auch mit den Juden und ihrem Schicksal in den „Verbrennungsöfen“ verglich ein damals prominenter Intellektueller die Pädophilen.



In „Le Consentement“ veröffentlicht Vanessa Springora ihre Version der Geschichte. :Bild: AFP

Formuliert hatte den Aufruf in „Le Monde“ der Schriftsteller Gabriel Matzneff, den auch Mitterrand verehrte. Detailliert beschreibt Matzneff in seinen Tagebüchern seine sexuellen Beziehungen mit Kindern beiderlei Geschlechts. Mehrfach war der eloquente Monsieur in Bernard Pivots legendärer Schriftsteller-Talkshow zu Gast. In Matzneffs Anwesenheit thematisierte die kanadische Schriftstellerin Denise Bombardier seine kriminellen sexuellen Neigungen – und wurde prompt vom Pariser Literaturbetrieb exkommuniziert. Am heftigsten griff damals die junge Christine Angot, deren autobiographischer Roman „L’Inceste“ noch nicht erschienen war, Bombardier an: Literaturfeindlichkeit warf sie ihr vor, den Schriftsteller Matzneff wolle sie vernichten. 2014 bekam er den Renaudot-Essay-Preis, ein weiteres Tagebuch erschien im November 2019.

Die Zeitbombe explodierte kurz darauf. Unter dem Titel „Die Einwilligung“ (Le Consentement) veröffentlichte Vanessa Springora ihre Version der Geschichte. Sie war damals dreizehn und stolz darauf, als sie von dem über fünfzigjährigen Schriftsteller seinerzeit verführt wurde. Inzwischen ist die heute Siebenundvierzigjährige eine erfolgreiche Verlegerin. Bernard Pivot hat sein Bedauern ausgedrückt, Gallimard den Verkauf der Tagebücher von Matzneff gestoppt, der Kulturminister die Bezahlung einer Rente ausgesetzt und die Justiz ein Verfahren eingeleitet. Pascal Bruckner versucht zu erklären, warum er die Petition unterschrieben hatte. Diesmal attackiert Christine Angot, die inzwischen auf gefühlten fünfzig Seiten die Fellatio ihres Vaters beschrieben hat, den Schriftsteller auf einer ganzen Seite in „Le Monde“: Er habe seine Wünsche rücksichtslos der Wirklichkeit aufgedrängt. Besser kann man den Paradigmenwechsel zwischen zwei Epochen nicht illustrieren.

Es war die Zeit einer kulturellen Regression mit der Pädophilie als Tabu, das fallen musste. „In Frankreich ist die Macht der Literatur absolut“, kommentiert der Historiker Jacques Julliard in „Marianne“, ein „bandenmäßig organisiertes Pariser Milieu“ habe sie konfisziert. Dass sich die Intellektuellen bereitwilliger als die Kirche mit ihren ideologischen Irrtümern und ihrer Propaganda für das Verbrechen Pädophilie auseinandersetzen würden, wird nach der „Affäre Matzneff“ niemand mehr behaupten wollen. Für Julliard begann in den siebziger Jahren Frankreichs Niedergang auch als kulturelle Großmacht. Jetzt hat die Pariser Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen den heute 83 Jahre alten Matzneff aufgenommen.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/globuli-nur-zucker-oder-eine-alternative-zur-schulmedizin-16564041.html?premium>

HOMÖOPATHIE:

## Nichts als Zucker?

- VON KIM BJÖRN BECKER
- -AKTUALISIERT AM 17.01.2020-06:10



Über Globuli streiten die Deutschen gerne und viel. Für die einen sind homöopathische Präparate schlicht Betrug am Patienten, für die anderen sind sie eine Alternative zur Schulmedizin. Dabei sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse eindeutig.

Was die kleinen weißen Kugeln nicht alles können sollen. Im Frühjahr kündigte eine Heilpraktikerin aus der Oberpfalz auf ihrer Internetseite einen Kurs für interessierte Laien an: Für 15 Euro sollten sie einen Abend lang lernen, wie man „Notfälle homöopathisch behandeln“ kann. Zu den Notsituationen, um die es an diesem Abend gehen sollte, zählten laut der Ankündigung auch stark blutende Wunden, Knochenbrüche, Stichwunden und Verbrennungen – Fälle also, in denen ein Anruf beim Rettungsdienst nötig ist.

Doch manche, die an die Heilkraft der Homöopathie glauben, vertrauen ihr offenbar auch dann, wenn es ernst wird. Wer die richtigen Kügelchen im Haus habe, so schrieb es die Heilpraktikerin, könne „viel ruhiger und gelassener damit umgehen“, wenn ein Notfall eintrete.

Viele Ärzte schütteln darüber den Kopf. Die Medizin hält die Homöopathie für eine „Irrlehre“, wie führende Mediziner schon 1992 in der sogenannten Marburger Erklärung festgehalten haben. „Wir betrachten die Homöopathie nicht etwa als eine unkonventionelle Methode, die weiterer wissenschaftlicher Prüfung bedarf. Wir haben sie geprüft“, heißt es darin.

Das Urteil der Marburger Ärzte über die Homöopathie ist vernichtend: „Ihr Wirkprinzip ist die Täuschung des Patienten, verstärkt durch Selbsttäuschung des Behandlers.“ Schon damals wurde in wissenschaftlichen Studien deutlich, dass die Therapie mit Globuli allenfalls in einer Hinsicht wirksam ist: nämlich dann, wenn der Behandelte davon überzeugt ist, dass sie wirkt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Eine Wirkung über den Placebo-Effekt hinaus konnte der Homöopathie nicht nachgewiesen werden.

### Jeder Zweite hat Homöopathie-Erfahrung

Dabei klingt die Lehre zunächst durchaus interessant. Grundlage der Methode ist das sogenannte Ähnlichkeitsprinzip. Zur Heilung einer Erkrankung sollen solche Stoffe eingesetzt werden, die bei Gesunden ähnliche Symptome hervorrufen wie jene, die beim Kranken gelindert werden sollen. So hat es der Arzt Samuel Hahnemann erdacht, der als Begründer der Homöopathie gilt.

Die Grundsubstanzen werden stark verdünnt, wobei die Homöopathie kurioserweise davon ausgeht, dass die Wirkung steigt, je stärker die „Urtinktur“ verdünnt wird. Der Behandler kann anhand von Tabellen die Symptome des Kranken einem angeblich passenden Stoff zuordnen. Zum Beispiel soll die Brechnuss gegen

Magenbeschwerden helfen, Johanniskraut die Wundheilung unterstützen, und bei Fieber gilt die Tollkirsche als probates Mittel.

Die Stoffe sind meist als Globuli erhältlich, also Zuckerkugeln, auf deren Oberfläche die Lösung aufgetragen wird. Aus der Sicht der Naturwissenschaften gilt das Heilkonzept als widerlegt – unter anderem, weil manche vermeintliche Wirkstoffe so stark verdünnt werden, dass es im Labor kaum noch möglich ist, auch nur ein einziges Molekül der „Urtinktur“ zu finden.

Trotzdem erfreut sich die Homöopathie in Deutschland einiger Beliebtheit. Mehr als zwei von drei Befragten verlangten in einer Forsa-Studie im Auftrag des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie, dass die Kosten für Globuli von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden sollen. Welche Therapie in Deutschland Kassenleistung ist, darüber entscheidet [der Gemeinsame Bundesausschuss](#), ein Gremium aus Ärzten, Kassen- und Patientenvertretern – und zwar anhand wissenschaftlicher Kriterien.

Deshalb ist Josef Hecken, der Vorsitzende des Ausschusses, strikt gegen eine Kostenübernahme. Wenn man den Globuli dadurch den Anschein der Wirksamkeit gebe, könne das „im Einzelfall sehr gefährlich werden“, sagte Hecken. „Krebspatienten, die auf eine Therapie verzichten und stattdessen auf solche Zuckerkügelchen setzen, gab und gibt es immer wieder.“

Der hohe Zuspruch der Deutschen zur Homöopathie veranlasst mehrere Krankenkassen dazu, die Kosten für Homöopathie trotzdem zu übernehmen – und zwar freiwillig, weil sich auf diese Weise neue Mitglieder gewinnen lassen. Ein großer Hersteller von homöopathischen Substanzen hat in einem Dokument die Konditionen mehrerer Dutzend Krankenkassen aufgelistet. Demnach zahlen viele Kassen pro Jahr und Versichertem Globuli im Wert von 100 bis 400 Euro, sofern ein Arzt die Kügelchen verschreibt.

Vielfach übernehmen die Kassen darüber hinaus bei einer Schwangerschaft bis zu 500 Euro an Kosten für die Zuckerkugeln. Insgesamt zahlten die Kassen zuletzt 20 Millionen Euro pro Jahr freiwillig für Homöopathie – ein Zustand, den viele als unhaltbar kritisieren.

## Von der Politik geadelt

Bundesgesundheitsminister [Jens Spahn](#) (CDU) wies die Forderung, die medizinisch nicht begründbare Übernahme der Kosten zu Lasten der Versichertengemeinschaft zu verbieten, bis zuletzt zurück. Er argumentierte, dass die 20 Millionen kaum ins Gewicht fielen angesichts von jährlichen Arzneimittelausgaben in Höhe von 40 Milliarden Euro.

Über die Homöopathie könne man emotional diskutieren und dabei viele vor den Kopf stoßen, sagte Spahn. Oder man könne sich fragen, ob es der Streit angesichts der Größenordnung überhaupt wert sei: „Ich habe mich entschlossen zu sagen: Es ist so okay, wie es ist.“ Für viele ist das ganz und gar nicht okay. Ihnen geht es grundsätzlich um die verantwortungsvolle Verwendung von Versichertenbeiträgen. Der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, rügte, wer Globuli haben wolle, solle diese „nicht auf Kosten der Solidargemeinschaft“ bekommen.

Jens Spahn ist nicht der einzige Spitzenpolitiker, der dazu beiträgt, die Homöopathie zu adeln. Als im Frühjahr der umstrittene Deutsche Ärztekongress für Homöopathie in Stralsund stattfand, übernahm die Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns, [Manuela Schwesig](#) (SPD), die Schirmherrschaft der Veranstaltung. Im Grußwort zu dem Kongress schrieb sie von der „zunehmenden Akzeptanz der Methodik der Homöopathie“.

Das Engagement der Ministerpräsidentin blieb nicht ohne Widerspruch. Die frühere Familienministerin Kristina Schröder ([CDU](#)) kritisierte die „bewusste Positionierung“ Schwesigs „auf so umstrittenem Terrain“. Die Frage sei lediglich, ob dies aus Überzeugung geschehen sei oder weil Schwesig „es für populär hält“.

Es gibt noch mehr Beispiele. In Bayern hat der Landtag Anfang November mit den Stimmen von CSU, Freien Wählern und den oppositionellen Grünen beschlossen, eine umstrittene Studie zur Homöopathie zu

finanzieren – sie soll klären, ob Globuli unter Umständen dabei helfen können, die Gabe von Antibiotika zu verringern.

Die SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann kritisierte das als eine Abkehr von der Wissenschaft. Die Homöopathie basiere auf der „Vermutung von geistartigen Wirkungen“. Es sei ein Konzept, das aus einer Zeit stamme, in der „Bakterien und Viren noch unbekannt waren“. Bei den Grünen sind die Anhänger der kleinen Kugeln nicht nur in Bayern zahlreich, auch in der Bundespartei gibt es viele Unterstützer.

Und zwar so viele, dass im Vorfeld des Bundesparteitags in Bielefeld im November die Sorge bestand, dass die Partei sogar eine Stellungnahme zugunsten der Homöopathie beschließen könnte. Um das zu verhindern, wurde das Thema dann kurzerhand an eine Fachkommission delegiert. Diese soll jetzt ergebnisoffen recherchieren, was in der Medizin längst bekannt ist, nämlich dass die Globuli nur dann wirken, wenn der Patient sich das so einbildet.

## Skepsis gegenüber der Wissenschaft

Dass überhaupt so viele Menschen Hoffnungen in die Zuckerkügelchen legen, hat viele Gründe. Dass die Deutschen vielfach eine schwer nachvollziehbare Skepsis gegenüber der Wissenschaft pflegen, zeigt bereits die fortdauernde Debatte über das Impfen. Bei der Homöopathie kommt hinzu, dass das Gesundheitssystem die seriöse Medizin in der Vergangenheit nicht immer klar genug von der Quacksalberei der Homöopathen abgegrenzt hat.

So sind Globuli in Deutschland meist apothekenpflichtig, was sie schon räumlich für viele Kunden in die Nähe von Medikamenten rückt, deren Wirksamkeit grundsätzlich durch Studien erwiesen werden muss. Zum anderen können Ärzte die Zusatzbezeichnung „Homöopathie“ führen, wenn sie eine entsprechende Fortbildung absolvieren.

Um den Ruf der Schulmedizin zu schützen, schaffen aber immer mehr Ärztekammern die umstrittene Zusatzbezeichnung wieder ab und stellen keine neuen Zeugnisse mehr aus – so ist es unter anderem in Bremen, Sachsen-Anhalt und Teilen von Nordrhein-Westfalen. „Nach Auffassung unserer Delegierten gibt es in der Homöopathie kein gesichertes Wissen beziehungsweise keine nachprüfbar gesicherten Erkenntnisse, die man als Körperschaft des öffentlichen Rechts valide und justitiabel abprüfen könnte“, sagte die Hauptgeschäftsführerin der Bremischen Ärztekammer, Heike Delbanco, der Frankfurter Allgemeinen Woche. „Deshalb haben die Delegierten einstimmig entschieden, die Zusatzbezeichnung Homöopathie nicht in die neue Weiterbildungsordnung aufzunehmen.“

Ähnlich verlief die Debatte wenig später in Sachsen-Anhalt. „Da wissenschaftliche Nachweise zur Wirksamkeit fehlen, ist die Kammerversammlung dem Vorschlag des Vorstands gefolgt und hat die Homöopathie aus der eigenen Weiterbildungsordnung gestrichen“, teilte die Ärztekammer mit. „Es bleibt unseren Ärzten selbstverständlich freigestellt, sich auf dem Gebiet der Homöopathie zu betätigen und ihren Patienten entsprechende Behandlungen anzubieten“, sagte Simone Heinemann-Meerz, die Präsidentin der Kammer. Aber: „Eine Weiterbildung mit entsprechender Prüfung, fachlicher Anerkennung und damit Außenwirkung erzeugt nach unserer Auffassung einen Fehleindruck beim Patienten über erworbene Kompetenzen des Arztes, wenn dem Gebiet jeglicher wissenschaftliche Nachweis fehlt.“

## Millionenumsatz in Apotheken

Die Hersteller verdienen unterdessen gut an den Zuckerkugeln. Im vergangenen Jahr wurden in Apotheken 664 Millionen Euro Umsatz mit Globuli gemacht, wie aus dem Jahresbericht zum Arzneimittelmarkt des Bundesverbands der Arzneimittelhersteller hervorgeht. Einem Ausstieg aus der Homöopathie stehen darum auch erhebliche finanzielle Interessen entgegen – und die Industrie hört es gar nicht gerne, wenn Fachleute sich öffentlich gegen die Homöopathie in Stellung bringen.

Im Sommer ist der Hersteller Hevert aus der rheinland-pfälzischen Provinz gegen die Ärztin und Publizistin Natalie Grams vorgegangen. Diese hatte in einem Zeitungsinterview den Stand der wissenschaftlichen Forschung wiedergegeben und gesagt, Homöopathika wirkten nicht über den Placebo-Effekt hinaus. Darin

sah Hevert eine „ungerechtfertigte Diskreditierung von Homöopathie“ und hielt ihr vor, falsche Tatsachen zu behaupten, was sie zu unterlassen habe. Hevert vertritt den Standpunkt, dass in dieser Frage zwischen registrierten und zugelassenen Mitteln unterschieden werden müsse, da bei einer Zulassung die Wirksamkeit zu belegen sei.

Anders als reguläre Arzneimittel müssen Globuli nicht grundsätzlich zugelassen werden. Eine Registrierung genügt meist. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in Bonn prüft dabei, ob das Mittel nach den einschlägigen Vorgaben hergestellt wurde und ob der Hersteller nachweisen kann, dass es unbedenklich ist.

„Ein Nachweis der Wirksamkeit wird dabei nicht gefordert“, stellt die Behörde klar. Anders ist es, wenn der Hersteller eine Indikation angibt, die Globuli also zum Beispiel als Hustenmittel deklariert. Dann müssen die Hersteller Belege beibringen, dass die Zuckerkugeln bei Husten helfen.

Im Idealfall hat der Hersteller dazu eine klinische Studie durchgeführt, wie es bei einem regulären Medikament nötig wäre. Doch stattdessen genügen auch einzelne Berichte über angebliche Wirkungen, also Belege von geringerer wissenschaftlicher Qualität und Aussagekraft – und auf ebendiese Begründungen stützen sich die Hersteller, wenn sie darlegen, dass ihre Globuli durchaus wirksam seien. „Bislang wurde kein homöopathisches Arzneimittel zugelassen, bei dem sich der Antragsteller auf eine Studie berufen hätte“, notiert die Bonner Behörde.

## Andere Länder sind weiter

Natalie Grams hat darum angekündigt, die von Hevert verschickte Unterlassungserklärung nicht zu unterschreiben. Diese sei ein „Versuch, Kritiker mundtot zu machen“. Auch von anderer Seite geriet Grams unter Beschuss. Im November hielt sie einen Vortrag an der Universität Mainz, in dem sie sich kritisch mit der Alternativmedizin auseinandersetzte.

Im Vorfeld versuchte die Hahnemann-Gesellschaft, ein Zusammenschluss homöopathisch arbeitender Behandler, den Vortrag zu verhindern und intervenierte in dieser Angelegenheit sogar beim Universitätspräsidenten. Der weigerte sich, die Veranstaltung abzusagen. Auch lehnte er den Vorschlag der Hahnemann-Gesellschaft ab, statt eines Vortrags eine Podiumsdiskussion zu veranstalten – mit ihrer Vorsitzenden Ulrike Fröhlich als Teilnehmerin.

Wenn es um die Rolle von Globuli im Gesundheitssystem geht, sind andere Länder der Bundesrepublik voraus. In Großbritannien hat der staatliche Gesundheitsdienst NHS Ärzte schon vor zwei Jahren angewiesen, keine Globuli mehr zu verschreiben. Im Herbst drang der NHS dann darauf, dem Homöopathen-Verband ein halbstaatliches Gütesiegel zu entziehen.

Der Direktor der Behörde, Simon Stevens, sagte, eine Anerkennung von Homöopathen erhöhe das Risiko, dass den Menschen Geld „abgeschwindelt“ werde. Frankreich hat im Sommer beschlossen, dass Krankenversicherungen von 2021 an die Kosten für Globuli nicht mehr erstatten. Schon bevor die Entscheidung offiziell gefallen war, vermeldete der große französische Globuli-Hersteller Boiron einen Umsatzrückgang. Im ersten Halbjahr 2019 setzte das Unternehmen 8,5 Prozent weniger um, also noch 257 Millionen Euro.

Dass die Kügelchen in Frankreich bald nicht mehr erstattet werden, veranlasste Boiron zu giftigen Kommentaren: Die Homöopathie sei „Gegenstand von ungerechtfertigten und diskriminierenden Angriffen“ – eine bemerkenswerte Umschreibung für das Wort Wissenschaft.

Doch was sollen die Zuckerkugeln jetzt genau ausrichten, wenn ein Knochen beim Sturz zu Bruch geht? Die Heilpraktikerin aus der Oberpfalz wollte das auf Nachfrage nicht mitteilen. Folgt man der Logik Hahnemanns aus dem 18. Jahrhundert, dann müsste der Homöopath zur Therapie ein Mittel einsetzen, das beim Gesunden das entsprechende Krankheitsbild auslöst. Also einen Wirkstoff, der Knochen bricht.

BAUERNPROTESTE:

# Sie klagen, weil es sonst niemand tut

- VON EDO REENTS
- -AKTUALISIERT AM 18.01.2020-08:23



Die Landwirtschaft hat in unserer Gesellschaft einen viel zu geringen Stellenwert. Muss erst wieder eine Hungersnot kommen, damit wir begreifen, was wir an den Bauern haben?

Wieder steuern die Bauern ihre Traktoren dorthin, wo sie buchstäblich nichts zu bestellen haben: Ihre zur Grünen Woche erneuerten Proteste werden die verantwortlichen Politiker auch dieses Mal kaum beeindrucken. Zu deutlich hatte Bundeskanzlerin Merkel schon Ende November, als die gewaltigen Landmaschinen von überallher in Berlin einliefen, gesagt, an eine Aufweichung oder an eine Verschiebung der von der Europäischen Union (EU) vorgeschriebenen Düngemittelverordnung, mit der insbesondere die Nitratbelastung des Grundwassers gemindert werden soll, sei überhaupt nicht zu denken: „Wenn wir über Jahre die Düngeverordnung nicht einhalten, dann kann ich auch nicht sagen: ‚Ach Leute, jetzt gibt’s noch drei Jahre dazu.‘ Das wird nicht klappen.“ Die drei Jahre bis zum Glyphosat-Verbot müssen also reichen und sind für sich genommen ein Zugeständnis der Politik gegenüber den Interessen der Landwirtschaft.

Das ist aber auch schon alles. An einer grundsätzlichen Solidaritätsadresse gegenüber den Landwirten hat es die Bundesregierung, anders als gegenüber der auch sonst gehätschelten Automobilindustrie, bislang fehlen lassen; und es ist kaum damit zu rechnen, dass es noch eine geben wird. Die Bundeskanzlerin begnügt sich mit dem Rat zu mehr „Flexibilität“; und Ministerin Klöckner legte mit ihrer Ansage, dass uns ökologischere Produkte dann eben mehr wert sein müssten, den Finger eher unfreiwillig in die immer weiter klaffende Wunde. Diese schon fast skandalöse Ideenarmut mag sich auch der Tatsache verdanken, dass die staatliche Agrarpolitik im Windschatten von Brüssel betrieben wird. Die gewaltigen, teils fehlgeleiteten Subventionen kamen und kommen ja aus der EU und stellen immer noch deren größten Haushaltsposten dar. So etwas macht achtlos oder bequem, zumal wenn man ohnehin keinen Draht zu den Bauern hat.

## Litanei der Klagen

Auf die Wirtschaftlichkeit schlagen inzwischen, wie in anderen Wirtschaftszweigen auch, moralische Erwartungen an das Wohl von Mensch, Tier und Umwelt durch, die den ohnehin immer in Gang befindlichen Strukturwandel weiter beschleunigen werden. Die Aporien, mit denen es die Bauernschaft zu tun hat, sind bekannt. Deren gravierendste ist wohl, dass nach Jahrzehnten faktischer Planwirtschaft in Gestalt der von Brüssel eingeführten Milchquote mitsamt Abnahmegarantien und halbwegs sicheren Preisen nun, nach deren Wegfall, der erst recht überversorgte Markt die Preise fallen lässt, wie er will.

Es ist dabei überhaupt nicht abzusehen, wovon die Bauern noch leben sollen, wenn sie sich an die Erwartungen einer ökologisch und ethisch immer stärker sensibilisierten Bevölkerung halten, aber für die dadurch verursachten Teuerungen gar keine ausreichende Kaufbereitschaft in Sicht ist. Die Klagen über das wenige Geld, das die Deutschen fürs Essen ausgeben (und zum Teil ja auch nur ausgeben können), sind eine einzige Litanei.

Es fehlt aber noch an etwas anderem: Nicht nur dass die politische Interessenvertretung in Gestalt von weithin sichtbaren Agrarministern und Bauernverbandspräsidenten an Durchschlagskraft dramatisch eingebüßt hat – die Landwirtschaft hat in Deutschland eine (viel zu) geringe gesellschaftliche Relevanz; eine kulturelle Einbettung und Strahlkraft gibt es, jenseits folkloristischer, realitätsferner Gepflogenheiten, so gut wie gar nicht.

Das mag auch mit dem vergleichsweise bescheidenen Stellenwert des Essens hierzulande zusammenhängen. Aber die Belange der Bauern sind in Deutschland eben auch gar nicht kulturfähig. In Amerika, das nicht zufällig das Land ist, das die Countrymusik hervorgebracht hat, tut sich seit Mitte der achtziger Jahre zusammen, was in der Rock- und in der Popmusik Rang und Namen hat, um mit dem Konzert-Projekt „Farm Aid“ auf die gleichfalls schwierige Lage der Farmer hinzuweisen. Frankreich hat in Gestalt von [Michel Houellebecq](#) einen Schriftsteller von oberstem Rang, der bei allem Zynismus die Kraft hat, in Romanen wie „Karte und Gebiet“ und „Serotonin“ landwirtschaftliche Fragen sehr verständlich und interessant zu verhandeln. Und der Schweizer Jeremias Gotthelf hat in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts mit seinen Bauernromanen Weltliteratur geschrieben.

Es ist wohlfeil, Kulturschaffende mit Desideraten zu behelligen. Doch warum gibt es in Deutschland keinen Chronisten mit vergleichbarer Wiedererkennbarkeit und Strahlkraft, der sich eines Sujets annähme, an dem sich Antagonismen wie Tradition–Fortschritt, Freiheit–Abhängigkeit, Land–Stadt, Natur–Kultur seit je exemplarisch ablesen lassen, wie dies [Wilhelm Genazino](#) mit dem Angestelltendasein tat?

Die Darstellung jedes Berufs ist anfällig für Verzerrungen. Aber es ist bezeichnend, dass sich eine breitere Öffentlichkeit mit einer Sendung wie „Bauer sucht Frau“ zufriedengibt, die in Erinnerung ruft, dass im Deutschen alles Bäuerische immer noch mit dem Tölpelhaft-Rückständigen konnotiert ist. Das hat eine lange Tradition: „Man soll sie zerschmeißen, würgen, stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund erschlagen muss“, zeterte [Martin Luther](#) vor bald fünfhundert Jahren gegen die aufständischen Bauern. Sehr bezeichnend ist das und prägt vielleicht doch mehr, als uns Heutigen bewusst ist.

## Wir schwimmen in Milch

Muss erst wieder eine Hungersnot kommen, damit eine Gesellschaft begreift, was sie an den Bauern hat? Die Generationen, die noch Not erlebt und zwischen Land- und Stadtbevölkerung noch so etwas wie Dankbarkeit und Solidarität praktiziert haben, sind bald ausgestorben. Heute schwimmen wir in [Milch](#); und niemand unternimmt etwas dagegen, dass Fleisch so billig ist. Wir kennen den Mindestlohn und die Buchpreisbindung, wir lassen Imagekampagnen für Ärzte und für Apotheker, für die Bundeswehr und für die Polizei über uns ergehen, und wir halten es für selbstverständlich, dass die staatseigene Bahn uns schon für geringfügige Verspätungen entschädigt – aber wer, dessen Wort auch Gewicht hat, macht sich für die Bauern stark, wo die Agrarpolitik schon jede Phantasie und jede Großzügigkeit vermissen lässt?

Mit Entschädigungen für klimabedingte Ernteeinbußen hält der Staat sich zurück. Während in anderen Wirtschaftsbereichen steuerliche Erleichterungen gang und gäbe sind, scheinen für landwirtschaftliche Produkte Mindestpreisgarantien nicht in Betracht zu kommen.

Die empörend niedrigen Preise sind, sofern allein der Markt bestimmt, kaum aus der Welt zu schaffen. Sie berühren auch eine soziale Frage. Hier müsste die [SPD](#), traditionell keine Bauernpartei, vernehmlicher werden. Der Unterzeichnende kann sich noch an den roten Kopf vom einstigen Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) erinnern, der auf die Frage, ob nicht alles doch viel zu billig sei, lospolterte: Er betrachte es als Errungenschaft, dass sich auch Minderbemittelte ein Schnitzel leisten können.

## Der Hang zur Klage ist notorisch

Sigmar Gabriel hatte 2009 bei seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden von seinen Genossen verlangt, sie müssten wieder da hingehen, „wo es laut ist, da, wo es brodeln, da, wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt“. Das möchte man auch den anderen Parteien raten. Der Hang der Bauern zur Klage ist notorisch.

Aber vielleicht klagen sie auch deshalb so viel, weil es sonst niemand tut. Dass die Kluft zwischen ihnen und den Politikern seit den Tagen eines Ignaz Kiechle (CSU) oder eben Karl-Heinz Funke, die selbst Bauern waren beziehungsweise sind, sich vergrößert hat, werden sie sich aber kaum einbilden.

Wie sehr sich die Lage verschärft hat, merkt man, wenn man sich unter ihnen umhört: Viele leben und wirtschaften in der sicheren Erwartung, dass die EU sie in dem Moment vollends ruiniert haben wird, in dem sie ihre Vorstellungen von einer Mensch, Tier und Umwelt gleichermaßen zugutekommenden Landwirtschaft gesetzmäßig durchgesetzt hat. In einer dialektischen Volte hat sich der Fortschrittsbegriff für sie umgekehrt: Jahrzehntlang machte die Politik sie mit ihren Wachstumspredigten irre und schwatzten ihnen Berater, entsprechende Gerätschaften sowie Dünge- und Pflanzenschutzmittel auf – und jetzt soll das alles von gestern sein, die Bauern müssen sich ehrabschneiderische Redensarten aus Milieus anhören, die sich Inlandsflüge noch lange nicht abgewöhnt haben.

Das gesamtgesellschaftlich erwachte ökologisch-ethische Bewusstsein setzt eben auch die Landwirtschaft zu heftig und zu plötzlich unter Druck. Die Übertragung von Idealen auf die Wirklichkeit ist aber nicht immer segensreich: So viel wissen wenigstens die Bauern.

Quelle: F.A.Z.

PRÜGELEI NACH KOPFTUCH-DEBATTE:

# „Wir lassen uns nicht verbieten, zu diskutieren“

- VON MARIE LISA KEHLER
- -AKTUALISIERT AM 17.01.2020-19:38



Nachdem es bei einer Podiumsdiskussion in Frankfurt zum Thema „Verschleierung“ zu Handgreiflichkeiten kam, ermittelt nun die Polizei. Und die Beteiligten geben sich gegenseitig die Schuld.

Auch wenn die Kulturwissenschaftlerin Naïla Chikhi und der Stadtverordnete Uwe Paulsen ([Die Grünen](#)) inhaltlich weit auseinander liegen, so sind sie sich doch in einem Punkt einig. Beide werben dafür, weiter fair und offen über die Symbolik des Kopftuchs, aber auch über Themen wie Rassismus zu diskutieren.

Mitglieder der Gruppe „Studis gegen rechte Hetze“ hatten eine Podiumsdiskussion lautstark unterbrochen, um mit Plakaten und Zwischenrufen auf Vorfälle rassistischer Gewalt hinzuweisen. Nachdem sie trotz mehrfacher Aufforderung den Raum nicht verlassen, sich aber auch nicht auf eine inhaltliche Diskussion einlassen wollten, kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Schließlich musste die Polizei schlichten. Sowohl gegen Mitglieder aus dem Umfeld der Veranstalter, als auch gegen solche der Gruppe „Studis gegen rechte Hetze“ soll nach Angaben einer Referentin des Allgemeinen Studierendenausschusses (Asta) am nächsten Tag Anzeige erstattet worden sein.

Die Veranstalter, darunter Mitglieder der Gruppe „Terre des femmes“, der Asta selbst sowie die Gruppe „Migrantinnen für Säkularität und Selbstbestimmung“, schienen von den Protesten überrascht. Sicherheitsvorkehrungen, wie es sie zuvor bei anderen Veranstaltungen zu diesem Thema gegeben hatte, waren keine vorgesehen.

## Protest war als friedliche Aktion gedacht

In einer am Freitag veröffentlichten Pressemitteilung bezeichnen die Störer die Aktion als „Performance“, mit der sie auf die Opfer von „antimuslimischem Rassismus“ hinweisen wollten. Auch kritisierten sie, dass es sich bei der Podiumsdiskussion um die dritte universitäre Veranstaltung handele, die sich auf die im Frühjahr in Frankfurt gezeigte Ausstellung „Contemporary Muslim Fashion“ bezogen habe, bei der das Podium jedoch abermals „auffallend einseitig besetzt“ gewesen sei. Man habe auf die Gefährlichkeit der sogenannten Kopftuch-Debatte aufmerksam machen wollen, heißt es in der Mitteilung. „Wenn wir als Uni einen wissenschaftlichen Anspruch haben, ist es die Aufgabe der Veranstalter, sowohl Vertreter der muslimischen Community, als auch der Islamwissenschaften einzuladen“, so eine Sprecherin der Gruppe. Der Protest sei als friedliche Aktion geplant gewesen. „Wir waren geschockt von der Aggressivität vor Ort.“ Das Anliegen der Gruppe sei es gewesen, auf die „reale Gewalt gegen Muslime in Deutschland aufmerksam zu machen“, so die Sprecherin weiter.

Auf dem Podium saß neben Naïla Chikhi und Uwe Paulsen auch Ingrid König, Publizistin und ehemalige Schulleiterin in Frankfurt-Griesheim. Moderiert hatte Asta-Referentin Fatma Keser.

Paulsen wehrt sich gegen die Darstellung, auf dem Podium seien keine Gegenpositionen zugelassen worden. Er selbst habe während der Debatte eine durchaus liberale Haltung vertreten, betont der Pädagoge, der etwa ein pauschales Kopftuch-Verbot für Lehrerinnen ablehnt. Die Diskussion am Donnerstagabend wurde fortgesetzt, nachdem die Polizei für Ruhe gesorgt hatte. „Hätten wir abgebrochen, hätten wir den anderen das letzte Wort überlassen. Wir können uns nicht verbieten lassen, zu diskutieren“, sagt Chikhi. Protestaktionen schüchtern die aus Algerien stammende Kulturwissenschaftlerin nicht mehr ein. Schon lange macht sie sich für das umstrittene Berliner Neutralitätsgesetz stark, welches das Tragen von religiösen Zeichen im öffentlichen Dienst verbietet.

Die Moderation des Abends, Asta-Referentin Fatma Keser, überlegt ebenfalls, Anzeige zu erstatten. Nicht wegen des Vorfalls im Studierendenhaus, sondern weil die Gruppe „Studis gegen rechte Hetze“ schon in der Vergangenheit Flugblätter verteilt habe, auf denen sie namentlich als Rassistin betitelt worden sei. „Ich möchte mich auf dem Campus weiter sicher fühlen können.“

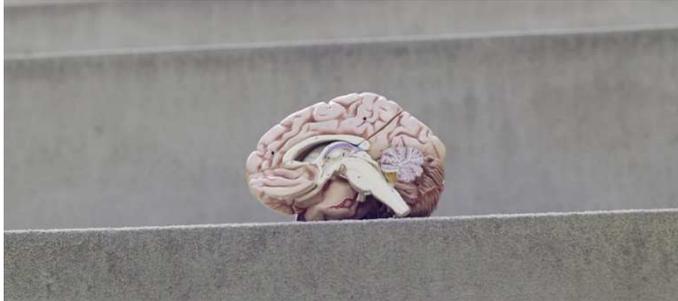
Quelle: FAZ.NET

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/tuebingen-hirnforscher-fluechtet-vor-der-scheinmoral-nach-china-16585439.html?premium>

HIRNFORSCHER GEHT NACH CHINA:

# Flucht vor der Scheinmoral

- VON MARCO WEHR
- -AKTUALISIERT AM 17.01.2020-09:40



Seine Tierversuche wurden skandalisiert, die Max-Planck- Gesellschaft ließ ihn fallen. Jetzt hat China den genialischen Hirnforscher Nikos Logothetis abgeworben. Ein Gastbeitrag.

Die Chinesen rollen den roten Teppich aus. Der weltweit renommierte Hirnforscher Nikos Logothetis, bis jetzt noch Direktor des Max-Planck-Instituts für biologische Kybernetik in Tübingen, wird Deutschland verlassen und bereits dieses Jahr sein neues Domizil in Schanghai beziehen. Einen eleganten Forschungscampus, der momentan eigens für ihn errichtet wird. Und Logothetis geht nicht allein. Viele seiner Tübinger Mitarbeiter werden ihn begleiten, samt ihrer Partner und Kinder.

Damit vollzieht sich ein in der Wissenschaftsgeschichte einmaliger Vorgang: Der Exodus eines nahezu kompletten Forschungsinstituts, das der deutsche Steuer-zahler mit viel Geld finanziert hat. Ist Logothetis undankbar und sucht seinen Vorteil? Nein, denn er wäre gern in Deutschland geblieben. Aber die Zustände sind für ihn untragbar geworden.

Die aufsehenerregende Geschichte begann im Jahre 2014. Ein Tierversuchsgegner filmte im Affenlabor von Logothetis mit versteckter Kamera. Er hatte sich vorher unter falschem Namen als Tierpfleger beworben. Aus 100 Stunden Filmmaterial wurde ein kurzes, dramatisches Video zusammengeschnitten. Die Bilder vermitteln den Eindruck, als würden die Wissenschaftler in Tübingen ein grauenhaftes Handwerk exekutieren. Das reißerisch inszenierte Video wurde am 10. September 2014 von „Stern TV“ gesendet.

## Als Nazischlächter beschimpft

Die Wellen der Empörung schlugen hoch. Die Wissenschaftler wurden mit dem Tode bedroht, als Teufel und Nazischlächter verunglimpft. Das Max-Planck-Institut wurde zeitweise von einem riesigen Polizeiaufgebot geschützt. Das zerrte an den Nerven. Doch vielleicht hätte man diesen Furor gerade noch als Konsequenz einer strategisch gesteuerten medialen Aufregungsmaschinerie deuten können. Und wahrscheinlich hätte sich der Spuk verflüchtigt, wenn sich die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und Forscher der Universitäten der Empörung geschlossen mit guten Argumenten entgegengestellt hätten. Doch dem war nicht so.



Hirnforscher Nikos Logothetis :Bild: dpa

International hat Logothetis einen exzellenten Ruf. Die hochangesehene Zeitschrift „Nature“ bezeichnete ihn als den „Maestro of Minds“, weil Logothetis eine wissenschaftliche Sensation gelang. Er kombinierte zwei Messverfahren miteinander, die bis dato als unvereinbar galten: Mit diesem war es in Tübingen möglich, gezielt einzelne Nervenzellen zu beobachten und dabei gleichzeitig das Gehirn in seiner Gesamtheit zu betrachten.

Unabhängig davon ist eine andere Tatsache von Bedeutung: Schon während seiner Lehrzeit in den Vereinigten Staaten setzte sich Logothetis dafür ein, tiermedizinische Operationsmethoden systematisch zu verbessern und schonender zu gestalten. Für diese Bemühungen erhielt er 1996 den renommierten DeBakey-Award. In Tübingen setzte er einen weltweit einmaligen chirurgischen Standard.

Erklärbar wird der Medienskandal erst durch die Macht der Bilder, die instrumentalisiert wurden, um unterschwellig Gefühle anzusprechen und dabei die Vernunft zu unterwandern. Das hat gravierende Konsequenzen. Nicht nur die Forschungswirklichkeit, auch die Verhältnismäßigkeiten sind so aus dem Blick geraten. Tatsächlich hat der Forschungsalltag im Institut von Logothetis mit den dramatisch zusammengeschnittenen Sequenzen recht wenig gemein. Und so ist es kein Wunder, dass seiner Bitte, das gesamte Bildmaterial öffentlich zu machen, nicht entsprochen wurde.

Was die Verhältnismäßigkeit angeht, hier ein paar Zahlen: Logothetis arbeitete mit 42 Versuchstieren. Im Vergleich dazu werden in Deutschland jährlich etwa 750 Millionen Tiere für den Verzehr geschlachtet. Ferkel kastriert man nach wie vor ohne Narkose. Millionen Ratten werden legal qualvoll vergiftet. Das sind astronomisch hohe Zahlen, verbunden mit teils fragwürdige Praktiken. Sie lösen jedoch keinen vergleichbaren Furor aus. Warum? Weil es im Tübinger Skandal um die Inszenierung eines öffentlichen Fanals ging. Und diesbezüglich haben die Tierversuchsgegner erfolgreiche Arbeit geleistet. Es ist ihnen nicht nur gelungen, vielen Akademikern Angst einzujagen, sondern auch die Max-Planck-Gesellschaft zu politisch korrektem und damit opportunem Verhalten zu bewegen.

Doch diese Ängstlichkeit hat fatale Konsequenzen für die Forschung und die Gesellschaft, da sich die ausgebildeten Spezialisten die Deutungshoheit über komplexe wissenschaftliche Sachverhalte aus den Händen nehmen lassen. Statt ihrer melden sich dann aufgebrachte Tierversuchsgegner zu Wort oder etwa die Ärzte gegen Tierversuche. Dass Vertreter dieser Vereinigung auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk als „Experten“ zu Worte kommen, ist zumindest bedenklich. Tatsächlich sind viele ihrer Vorschläge, wie sich Tierversuche vermeiden ließen, fragwürdig. So ist es eine Binsenweisheit, dass man komplexe Gehirne untersuchen muss, um etwas über komplexe Gehirne zu erfahren. Die bei Tierversuchsgegnern beliebten „Minigehirne“, die man aus Zellkulturen züchtet, sind bei der Erforschung höherer kognitiver Prozesse wenig hilfreich.

Solche Selbstverständlichkeiten hätten der Öffentlichkeit von Universitäten und Max-Planck-Gesellschaft in unmissverständlichen Worten kommuniziert werden können, verbunden mit dem nachdrücklichen Hinweis, dass Tierversuche für den Fortschritt in Biologie und Medizin notwendig sind. Aber klare und mutige Statements blieben die Ausnahme – zumindest in Deutschland.

International sah die Sache anders aus. Mehr als 5000 Forscher, darunter Nobelpreisträger, solidarisierten sich mit Logothetis, indem sie einen Aufruf des Werner- Reichardt-Centrums für Integrative Neurowissenschaften unterzeichneten. Sie kritisierten nicht nur die Tierversuchsgegner, sondern auch die

Max-Planck-Gesellschaft. Tatsächlich unterließ es die MPG unter Führung ihres Präsidenten Martin Stratmann gleich mehrfach, strafbare Vergehen der Tierversuchsgegner juristisch zu verfolgen. Das betrifft zuerst das verbotene Filmen im Labor. Auch tauchte im Internet ein gruseliges Video auf, das von Tierversuchsgegnern manipuliert worden war. Zudem blieben Morddrohungen und schwerste Beleidigungen ungeahndet.

Dafür wurde Logothetis mit spitzen Fingern angefasst, als besagte Ärzte gegen Tierversuche Anzeige erstatteten. Im Laufe der Verfahren wurden von Spezialisten insgesamt drei ausführliche Gutachten erstellt. Zwei kamen zu dem Ergebnis, dass Logothetis und seine Mitarbeiter korrekt gearbeitet hatten. Ein Gutachter war allerdings anderer Meinung. Er beanstandete, dass drei Affen früher hätten eingeschläfert werden müssen, damit ihnen Qualen erspart worden wären. Auf der Grundlage dieses Gutachtens erfolgte ein Strafbefehl der Staatsanwaltschaft Tübingen, den Logothetis aber nicht akzeptierte.

Damit wurde Logothetis zur Persona non grata: Stratmann entzog Logothetis die Leitung seines Instituts und setzte ihm einen Kollegen vor die Nase, der für die komplexen Versuche in seinem Labor nicht qualifiziert war. Außerdem sagte er kurzfristig eine internationale Gutachterkonferenz ab, die die Aufgabe gehabt hätte, das Labor von Logothetis zu evaluieren. Vermutlich, weil er ahnte, dass die Bewertung wie die Jahre zuvor exzellent gewesen wäre. Gerade diese Aktion hatte allerdings weitere geharnischte internationale Proteste zur Konsequenz.

## Zermürbendes Verfahren

Unterm Strich hat der MPG-Präsident deshalb nicht nur Logothetis offensichtlich verletzt, sondern auch der Max-Planck-Gesellschaft einen Reputationsschaden zugefügt. Dabei ist sein vorauseilender Gehorsam unverständlich. Das Gutachten enthielt einen offensichtlichen logischen Fehler, der hätte auffallen müssen: Von den drei inkriminierten Affen überlebten nämlich zwei, weil man sie medizinisch versorgte. Wäre man aber dem Gutachter gefolgt, hätte man drei töten müssen. Dass Logothetis richtig gehandelt habe, erkannte der junge Richter, der das abschließende Verfahren leitete und einstellte. Wenig später wurde der Hirnforscher in einer Randnotiz von der MPG rehabilitiert. Entschuldigende Worte gab es nicht. Dafür leitet das Tierlabor heute Peter Dayan – ein Mathematiker.

Logothetis ist zermürbt. Unter diesen Bedingungen möchte er nicht mehr in Tübingen arbeiten. In einem kurzen Telefongespräch sagte er: „Es macht mich traurig, dass ich, nach über zwanzig Jahren Forschung, Tübingen, das meine Heimat geworden ist, mit meiner Familie verlassen werde. Bis heute bin ich der Max-Planck-Gesellschaft dankbar, dass sie mich und mein Team so lange mit viel Geld gefördert hat, und es war mir immer ein Bedürfnis, das entgegengebrachte Vertrauen mit neuen Einsichten in die Funktionsweise des Gehirns zu rechtfertigen. Leider ist es mir unter den gegebenen Umständen aber nicht mehr möglich, meine Arbeit hier weiterzuführen.“

Unterm Strich kann man den Weggang von Nikos Logothetis als Schlag für den hiesigen Wissenschaftsstandort bezeichnen. Und auch die Tierversuchsgegner haben das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Logothetis kann in China mit deutlich mehr Tieren forschen als in Tübingen, wobei er betont, mit vergleichbaren Standards arbeiten zu wollen wie in Deutschland. Damit bleibt allein der Trost, dass das Wissen zunehmen wird, auch wenn die Durchbrüche künftig nicht mehr im Schwäbischen, sondern in Schanghai erarbeitet werden.

*Der Autor ist Physiker und Philosoph in Tübingen.*

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/erinnerungskultur-im-haus-der-wannseekonferenz-16585603.html>

HAUS DER WANNSEEKONFERENZ:

## Was wir fühlen sollen

- VON ANDREAS KILB
- -AKTUALISIERT AM 19.01.2020-14:32



- Von einer Gedenkstätte zum Geschichtsmuseum: In der neuen Ausstellung im Haus der Wannseekonferenz soll der Holocaust nicht nur als historisches Geschehen, sondern als stets gegenwärtige Mahnung begriffen werden.
- Wie weit dürfen Holocaust-Vergleiche gehen? In der neuen Dauerausstellung des Hauses der Berliner Wannseekonferenz war eine Medienstation zu sehen, an der Besucher am Ende des Rundgangs aufgefordert wurden, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Auf ein Foto vom Strandbad Wannsee aus den dreißiger Jahren, auf dem ein Schild Juden als „unerwünscht“ bezeichnete, folgte die Schemazeichnung eines „Freizeit Bads“, auf der eine Hinweistafel „männliche Geflüchtete“ vom Besuch ausschloss. Die Zeichnung, hieß es im Erklärungstext, sei „in Anlehnung“ an ein Verbot im Frankfurter Stadtteil Bornheim im Jahr 2016 entstanden. Bei der Pressebesichtigung der erneuerten Dauerausstellung am Donnerstag löste die Bildfolge kritische Nachfragen von Journalisten aus. Kurz darauf teilte der Direktor der Gedenkstätte am Wannsee mit, sein Team habe entschieden, die Station nicht in Betrieb zu nehmen.
- Die Neugestaltung der Ausstellung, war in der Pressekonferenz zu erfahren, habe drei Jahre gedauert. Bei diesem zeitlichen Vorlauf darf man annehmen, dass sich die Verantwortlichen gut überlegt haben, was sie zeigen. Dass ihnen trotzdem ein derartiger Lapsus unterlaufen konnte, hat weniger mit Planungsfehlern als mit der geschichtspolitischen Mission des Hauses selbst zu tun. Hier, in der Villa des Fabrikanten Marlier, wurde am 20. Januar 1942 die Massenvernichtung der europäischen Juden beschlossen. Dieses Ereignis, seine Voraussetzungen und seine Konsequenzen darzustellen ist die Aufgabe der 1992 eingerichteten Gedenkstätte.
- **Einsatz aller denkbaren technischen Mittel**
- Aber die Schulklassen und Touristengruppen, die hier durchgeführt werden, sollen den Holocaust eben nicht nur als historisches Geschehen, sondern als stets gegenwärtige Mahnung begreifen. Im Dokumentationszentrum auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und in der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin ergibt sich die Dringlichkeit der Präsentation schon aus der Umgebung, in der sie stattfindet. In dem neoklassizistischen Palast am Wannsee muss sie mit kuratorischen Mitteln erzwungen werden.
- Die neue Ausstellung, die an diesem Sonntag offiziell eröffnet wird, begegnet dieser Herausforderung mit dem Einsatz aller denkbaren technischen und innenarchitektonischen Mittel. In der alten, 2006 entstandenen Präsentation bildete ein Besprechungstisch den Mittelpunkt; um ihn herum waren die wichtigsten Dokumente und die Biographien der Konferenzteilnehmer angeordnet. In der Neukonzeption ist der Tisch verschwunden, der Saal, in dem er stand, aus dem Zentrum gerückt.



- Museumsmodule transportieren die Erinnerung :Bild: dpa

- Stattdessen wird in einer Folge von Räumen die Geschichte der Massenvernichtung von ihren Ursprüngen im Parteiprogramm der NSDAP bis zu den Holocaustleugnern der Nachkriegszeit erzählt. Die Museumsmodule, die diese Erzählung transportieren, sind regelrechte Informationsmaschinen. Sie bestehen aus Bild- und Texttafeln, Hörstationen mit Aussagen von Zeitzeugen, eingebauten Vitrinen mit Dokumenten, Monitoren, auf denen etwa das Digitalisat des Konferenzprotokolls abrufbar ist, und „Partizipationsstationen“ wie jener, die am Donnerstag vorzeitig abgeschaltet wurde.
- Für das Haus der Wannseekonferenz bedeutet das, dass es von einer Gedenkstätte zu einem Geschichtsmuseum wird. Der große Tisch, mag sein, war nicht authentisch, die alte Ordnung der Texte und Fotos zu sachlich und karg. Aber in dem Maß, in dem die auf Nachvollzug und Miterleben ausgerichtete Didaktik der technischen Einbauten in den Vordergrund rückt, tritt der Ort selbst hinter seine Funktion als Bildrahmen zurück. Hier ist etwas Ungeheuerliches passiert, an einem Tag vor knapp achtzig Jahren, in gediegenem, großbürgerlichem Ambiente. Die neue Dauerausstellung buchstabiert dieses Ungeheuerliche in allen Einzelheiten durch, doch sie nimmt dabei der Stätte, an der sie stattfindet, auch etwas von ihrem Schrecken. Sie sagt und zeigt uns, was wir fühlen sollen. Dabei wissen wir es nur allzu gut.
- Quelle: F.A.Z.

162,88

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/fremdenfeindliche-attacken-erbe-des-ddr-alltagsrassismus-16589120.html?premium>

ERBE DES DDR-ALLTAGSRASSISMUS:

## Kaltes Land

- VON HARALD STUTTE
- -AKTUALISIERT AM 19.01.2020-13:10



Immer wieder Ostdeutschland: Immer wieder gibt es fremdenfeindliche Attacken. Das ist auch ein spätes Erbe des Alltagsrassismus, der in der DDR nie wirklich bekämpft wurde.

Drei Löcher im Schaufenster eines Ladenbüros – und Halle an der Saale ist wieder in aller Munde. Auch Tage danach ist nicht bekannt, wer das Büro des SPD-Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby in der Nacht auf Mittwoch attackiert hat. Der Vorfall hätte nicht eine solche Berichterstattung nach sich gezogen, wäre Diaby nicht schwarz, wäre das nicht Halle, wo es Anfang Oktober den Versuch eines Anschlags auf eine Synagoge gab, bei dem zwei Passanten starben. Und hätten wir nicht das Jahr 2020, in dem Kommunalpolitiker die Selbstbewaffnung fordern und Bürgermeister nach Hassattacken ihre Ämter ruhen lassen. Gewalt, Radikalismus und **Rassismus** sind gesamtdeutsche Phänomene, allerdings mit einer Häufung im Osten. Und mit einer Vorgeschichte, die in die DDR zurückreicht.

\*\*\*

Was wohl aus Toni geworden ist? Aus Amado und den anderen? 1983 lernten wir die Moçambiquaner in der Leipziger Innenstadt kennen. Wir, das waren vier Schüler kurz vor dem Abitur, widerstandslos den Verlockungen westlicher Dekadenz erlegen. Einer von uns, „Der Lange“ genannt, hatte seinen Gettoblaster dabei. Das Gerät einer billigen No-Name-Quelle-Marke war unterirdisch – klobig, mit einem scheppernden Klang, es saugte alle halbe Stunde die Energie aus einem Berg dieser salzstreuergrößen **Batterien**. Aber egal, im Osten der frühen Achtziger war man selbst damit „guhl“, wie der Sachse sagte. Zumal wenn die Lautsprecher scheppernd den Sound der Hiphop-Pioniere ausspuckten, der Rock Steady Crew, Grandmaster Flash oder Sugarhill Gang.

Wir hatten uns sogar bei einem Hochzeitsausstatter weiße Handschuhe gekauft, ich hatte die legendären Adidas-Sneaker „Allround“; wir fühlten uns fresh, würde man heute sagen. Und wir versuchten, an diesem kalten Novembertag öffentlich Breakdance zu tanzen, so wie wir das in den Clips der ARD-Jugendsendung „Formel 1“ gesehen hatten.

Und dann standen da diese Jungen aus dem fernen Afrika plötzlich vor uns und schauten zu. Und anders als die typischen DDR-Passanten, die mit herunterhängenden Mundwinkeln „Was soll’n der Bledsinn“ murmelten, waren die Jungs aus Afrika sofort dabei, machten mit. Einen Wimpernschlag lang fühlten wir uns wie in Harlem oder der Bronx. Wir lachten und feierten an diesem trostlosen Novembertag in der sozialistischen Tristesse Leipzigs, weil es ja sonst kaum Gründe zu feiern gab.

### Bruderhilfe

Die Moçambiquaner waren sogenannte „Vertragsarbeiter“, die in einem heruntergekommenen Leipziger Betrieb, dem VEB Baumwollspinnerei, primitive Jobs lernten – und ansonsten ein von der Bevölkerung

isoliertes Leben in einem beengten Wohnheim im Stadtteil Schönefeld fristeten. Wir freundeten uns an, verbrachten Zeit miteinander. Das war außergewöhnlich, die meisten Ostdeutschen hielten Abstand zu den „Mosis“ (Moçambiquanern) und „Fidschis“ (Vietnamesen) aus den sozialistischen „Bruderländern“. Man sprach nicht mit ihnen, dafür umso mehr über sie. Und verbreitete Gerüchte, dass sie zum Beispiel alle möglichen Privilegien genossen, von denen Ossi Normalverbraucher nur träumen konnte – Bezahlung in Devisen und Reisefreiheit. Und dass sie die „Gastfreundschaft“, die sie hier genossen, missbrauchten – indem sie Frauen belästigten oder in Diskotheken für Ärger sorgten.

Unsere neuen Freunde hatten dazu nicht einmal die Gelegenheit, denn sie waren unter strengen Auflagen in abgesonderten Wohneinheiten untergebracht. Wir besuchten sie dort und amüsierten uns über die lange Verbotsliste, die im Hausflur aushing – und an die Regeln in einem DDR-Kinderferienlager erinnerte, nur dass es sich hier um Erwachsene handelte. Für jeweils drei Jahre wurden die Moçambiquaner in der DDR ausgebildet und beschäftigt, im Rahmen der sozialistischen Bruderhilfe wurde das als „solidarischer Akt“ verkauft.

In Wahrheit hatte sich die unter Arbeitskräftemangel leidende DDR Ende der siebziger Jahre ein preiswertes Heer von Billigarbeitern organisiert, denen man viele Grundrechte verweigerte und die man um ihre Löhne betrog, indem man ihnen ein lächerliches Almosen bezahlte – den Rest sollte es nach ihrer Rückkehr geben. Was aber, wie man heute weiß, nie geschah. Sie durften die Stadt nicht ohne Genehmigung verlassen, mussten in den Betrieben niedere Arbeiten verrichten, der Zutritt zu Gaststätten oder öffentlichen Diskotheken war ihnen verwehrt. Bei geringsten Vergehen – politischer Betätigung oder „Schwangerschaftsvorfällen“ – drohte Abschiebung. Doch das wussten wir damals alles nicht. Insgesamt 90 000 Menschen aus Algerien, Kuba, Moçambique, Angola und Vietnam kamen so in den letzten beiden Jahrzehnten ihres Bestehens in die DDR.

## Stolzer „Kohlen-Klatscher“

Weil ich Silvester 1984/85 sturmfreie Bude hatte, feierten wir mit Toni und den anderen Silvester in der Plattenbauwohnung meiner Eltern in Leipzig-Lößnig, tranken viel Bier und stießen auf bessere Zeiten an. Denn sie fühlten sich nicht wohl in diesem kalten Land. Und das lag nicht nur am Winter. Man hatte sie unter dubiosen Versprechungen zum „Studium“ in die DDR gelockt – ein Land, welches den Afrikanern mit dem ersehnten Europa erklärt wurde, gar mit dem besseren Teil Deutschlands.

Entsprechend hoch waren die Erwartungen. Und entsprechend ernüchternd war das, was sie hier vorfanden, zumal man zur Bevölkerung auf Distanz gehalten wurde und auf offene Ablehnung stieß. Dokumentiert sind mehrere tausend Verletzte und sogar Todesopfer rassistisch motivierter Gewalttaten: Antonio Manuel Diogo und Carlos Conceição aus Moçambique, Delfin Guerra und Raul Garcia Paret aus Kuba starben, weil sie Ausländer waren, anders aussahen, sich anders benahmen. Als ich nach einem gescheiterten Versuch, die DDR zu verlassen, 1984 im DDR-Gefängnis Naumburg inhaftiert war, lernte ich Jugendliche kennen, die stolz über die Gründe ihrer Inhaftierung informierten: „Nigger-“ oder „Kohlen-Klatschen“ nannten sie das.

## Jeder Bürger ist gleich

Es sind Begriffe, die Frank P., Jahrgang 1963, seine Kindheit und Jugend hindurch begleitet haben. „Wirklich schlimm waren nicht vereinzelte, dumme rassistische Sprüche“, sagt Frank (der nicht seinen ganzen Namen in der Zeitung lesen will) heute rückblickend. „Wirklich schlimm war das Gefühl, einfach nicht dazugehören zu dürfen“, so der gebürtige Leipziger.



„Das Gefühl, nicht dazuzugehören“: Frank P., Kind einer Deutschen und eines Studenten aus Ghana, gebürtiger Leipziger, 1963. :Bild: privat

Denn Frank ist das Kind einer Deutschen und eines Studenten aus Ghana. Damit gehörte er zur verschwindend kleinen Minderheit von geschätzt nur ein paar hundert DDR-Bürgern mit dunkler Hautfarbe. „In Leipzig-Grünau wurde ich als Gast eines Restaurants vom Personal nicht bedient – die Gaststätte hieß auch noch ‚Völkerfreundschaft‘“, erinnert er sich. „Als Kind gab es dafür permanent Komplimente, wie ‚süß‘ man sei. Als Jugendlicher kamen freundliche Fragen, wo man denn herkäme, hinzu. Oder gleich die üblen Sprüche mit dem N-Wort – all das war gleichermaßen ausgrenzend“, so Frank. „Und welche, die es ‚gut meinten‘, fügten noch hinzu: ‚Na ja, so richtig schwarz bis du ja nicht.‘“

Erfahrungen, die Afrodeutsche im Westen auch machten, nur dass die DDR eben für sich in Anspruch nahm, Rassismus und die Diskriminierung von Minderheiten ausgerottet zu haben. Die konnte es im Sozialismus nicht geben. „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat unabhängig von seiner Nationalität, seiner Rasse, seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis die gleichen Rechte und Pflichten“, hieß es in Artikel 20 der ostdeutschen Verfassung von 1974. Was der Realität hohnsprach, denn gerade in staatlichen Einrichtungen war die Situation für Angehörige von Minderheiten besonders unerträglich, so P. in Erinnerung an seine Wehrdienstzeit in der NVA.

Das System der Wehrdienstleistenden basierte auf der geduldeten Hierarchie des „EK-Systems“, wobei „EK“ für „Entlassungskandidaten“ stand. Auf einen Nenner gebracht: Wer kurz vor der Entlassung stand, durfte Neuankommlinge schikanieren. Welche Eigenschaften des Opfers dabei Auslöser für Schikanen bildete, blieb dem Entlassungskandidaten überlassen: Der eine war zu belesen, der andere zu weich – Frank P. wurde von einem Offizier aufgrund seiner Hautfarbe gepeinigt. „Es war unerträglich“, erinnert er sich. „Und du hast keine Chance, dagegen anzugehen, weil du ihnen ausgeliefert bist. Es gibt keine wirksame Beschwerdeinstanz.“

P., dessen Mutter eine überzeugte Kommunistin war, zog aus diesen Erfahrungen die Konsequenz: 1986 stellte er einen Ausreiseantrag. Sein Freundeskreis bestand ohnehin vor allem aus Oppositionellen und Punks. „Ich wollte nicht in einem Land leben, das mich nicht akzeptiert“, sagt er heute. Den staatlichen Behörden begründete er seinen Ausreiseantrag mit dem Wunsch, seinen Vater in Ghana zu suchen.

## Skepsis vor dem Fremden

Ganz eigene Erfahrungen machte indes Karamba Diaby, geboren 1961 in Senegal, der 1985 als junger Stipendiat der Martin-Luther-Universität Halle in die DDR kam. „Ich kann mich nicht erinnern, damals rassistisch angefeindet worden zu sein“, sagt der promovierte Chemiker, der heute für die **SPD** als Abgeordneter aus Halle im Bundestag sitzt. Er schränkt aber ein, das liege „vermutlich daran, dass wir an der Uni in einer ‚internationalistischen‘, etwas weltoffeneren Blase lebten“.

Diaby erlebte den sozialistischen Staat damals als eine in sich geschlossene, homogene Gesellschaft, die keinerlei Erfahrung mit fremden Einflüssen hatte und entsprechend misstrauisch war: „Nur dass in der Uni internationale Vielfalt gespielt wurde, aber nicht wirklich gelebt. Die vorgestanzten Phrasen von ‚Völkerfreundschaft‘ und ‚internationaler Solidarität‘ waren reine Lippenbekenntnisse. Wer kritische Fragen stellte oder Widersprüche aus dem DDR-Alltag benannte, wurde umgehend belehrt“, erinnert er sich. „Wenn ich zum Beispiel Kommilitonen oder Professoren auf ihr nicht ganz zeitgemäßes Menschenbild Afrikaner betreffend ansprach, hieß es stets stereotyp: ‚Es gibt hier keinen Rassismus, das kann gar nicht sein, wir sind schließlich der antifaschistische deutsche Staat.‘“



Ein Akt der „Solidarität“: Facharbeiterin und vietnamesische Gastarbeiterin 1986. :Bild: Picture-Alliance

In der fehlenden Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit und der vorhandenen Skepsis Neuem, Fremdem gegenüber sieht Diaby eine der Gründe für die aktuelle Zunahme rassistisch motivierter Gewalt in Ostdeutschland – natürlich einhergehend mit der großen wirtschaftlichen Verunsicherung, welche die Wende und Nachwendezeit mit sich brachten. Und die bis heute anhält.

\*\*\*

### „Eine neue Qualität der Gewalt“

Fünf Tage nachdem ich mit dem SPD-Politiker gesprochen hatte, wurde Diabys Bürgerbüro in der Kleinen Ulrichstraße in Halle nachts attackiert. In der Schaufensterscheibe blieben die drei Einschusslöcher zurück.

Als ich den 58-jährigen Politiker nun, nach den Ereignissen, frage, ob er weiter zuversichtlich sei, dass sich die Situation in Ostdeutschland verbessere, antwortet er: „Ich bin meistens zuversichtlich, und natürlich geben mir die positiven Nachrichten, die ich in den letzten Tagen erhalten habe, mehr Mut und Kraft.“ Botschaften der Solidarität aus aller Welt hätten ihn erreicht; auch die Kanzlerin spendete Trost. Aber, so fügt er hinzu: „Das ist eine neue Qualität der Gewalt – keine Frage. Und natürlich mache ich mir Sorgen. Das ändert aber nichts an meiner Entschlossenheit, für eine offene und solidarische Gesellschaft einzustehen“, erklärt er. Und sagt fast trotzig: „Ich mache natürlich weiter!“

Dass das unglückselige xenophobische Erbe der DDR die Wiedervereinigung weit überlebte, dafür gibt es mehr überzeugende Erklärungen, als einem lieb sein könnte. Bernd Stracke hat so ein paar. Als ich ihn 1982 kennenlernte, kniete er langhaarig im vorderen Schiff der Leipziger Nikolaikirche, hatte vor sich Figuren von NVA-Soldaten aus Gummi und Plastikpanzer ausgebreitet und hielt vor Passanten – Frauen mit Einkaufsnetzen und Rentnern – einen Vortrag über die zunehmende Militarisierung der DDR. Das flößte mir einen Heidenrespekt ein. Heute ist Stracke, Jahrgang 1963, einer der Therapeuten am schwindsüchtigen Körper der ostdeutschen Demokratie, inzwischen als Geschäftsführer des „Instituts B3“, welches sich der Demokratiebildung verschrieben hat.

### Geschichte einer Demokratieskepsis

Dass sich im Osten ein Klima der Intoleranz und Demokratieskepsis noch stärker breit machen konnte als im Westen, erklärt auch er aus der Geschichte. „Die DDR war eine stockkonservative Gesellschaft, die seit ihrer Gründung 1949 keine kulturellen, politischen Brüche erlebte. Entsprechend unvorbereitet erlebte man die

heftigen Veränderungen nach 1989, aber auch jene der letzten Jahre, „die als etwa Bedrohliches wahrgenommen wurden und werden“, erklärt Stracke. „Den meisten Menschen geht es wirtschaftlich gut, doch sie haben Angst. Globalisierung, angebliche Überfremdung, biographische Brüche – all das war der Nährboden dafür. Und weil man sich nur noch mit seinesgleichen in kommunikativen Filterblasen austauscht und gegenseitig bestätigt, wachsen sich Ängste, die in Einzelfällen vielleicht sogar begründet sind, zu wahren Wahnvorstellungen aus.“ Die Möglichkeiten, das Gespräch zu suchen und gegen dumpfe Vorurteile vorzugehen, seien begrenzt.

Zudem haben viele Rechtsextreme aus den Jahren der Auseinandersetzung offenbar das Gefühl mitgenommen, die Oberhand zu haben – befürchtet wenigstens zum Beispiel die Schriftstellerin Manja Präkels, 1974 im brandenburgischen Zehdenick geboren und Autorin des Buchs „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“ über die letzten Tage der DDR und das Jahrzehnt danach. Sie hält die frühen neunziger Jahre für entscheidend für die Etablierung einer rechten Subkultur im Osten. Bei Lesereisen oder auf Tagungen treffe sie inzwischen auf Rechtsextreme, die angetrieben seien von dem, was sie damals erreicht hätten in Rostock-Lichtenhagen und anderswo. „Sie begreifen sich als Sieger dieser Kämpfe“, sagte Präkels einem Reporter der „taz“, „weil nichtweiße Menschen damals aus Ostdeutschland abtransportiert worden sind.“

Frank P., der Mann mit der deutschen Mutter und dem Vater aus Ghana, lebt seit über 30 Jahren nicht mehr in Leipzig und praktiziert heute als Zahnarzt in Berlin. Sein breites Leipziger Sächsisch hat er sich bewahrt – eher unbewusst. Es ist seine wirksamste Waffe gegen Fremdenfeindlichkeit. „Ich rede mit den Leuten, versuche, beruhigend auf sie einzuwirken. Und wenn sie registrieren, der ist ja einer von uns, weil der ja wie wir spricht, entspannt sich die Lage oft.“

Quelle: F.A.S.

WORK-LIFE-BALANCE:

# Wieso sich die Deutschen mehr Freizeit wünschen

Kaum eine Forderung hat so schnell Karriere gemacht wie die nach mehr Work-Life-Balance. Das zeigt, wie gut es den Deutschen geht.



- VON CHRISTOPH SCHÄFER
- -AKTUALISIERT AM 20.01.2020-06:05

Für Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) ist die Sache klar: Alle müssen mehr arbeiten! Auf dem Herbststempfang der Arbeitgeberverbände forderte der Christdemokrat von der deutschen Wirtschaft mehr Anstand und von den Arbeitnehmern mehr Einsatz. Der in vielen Ministerämtern alt gewordene Spitzenpolitiker zitierte Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, wonach in keinem anderen Industrieland so wenig gearbeitet werde wie in Deutschland. Das Land der Dichter und Denker brauche wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Doch könne es sein, dass die Deutschen ihr Interesse daran zugunsten ihrer Work-Life-Balance verloren haben?

Schäuble gab auf seine Frage keine dezidierte Antwort, allerdings war schon die Beweisführung nicht ganz fair. Es stimmt zwar: Bezieht man alle Menschen ein, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, dann kommt kein Land unter den wichtigen Industrienationen auf weniger Arbeitsstunden je Person als Deutschland. Das liegt aber am hohen Beschäftigungsgrad hierzulande, der eine hohe Teilzeitquote mit sich bringt. In Deutschland gehen viele Frauen, Studenten und ältere Menschen einer Erwerbsarbeit nach, dafür aber mit reduzierter Stundenzahl. Sofern sie das nicht aus blanker wirtschaftlicher Not machen, ist das eine erfreuliche Entwicklung.

Sinnvoller ist es, nicht auf die durchschnittliche Arbeitszeit aller Beschäftigten zu schauen, sondern nur die Vollzeitbeschäftigten miteinander zu vergleichen. Dann kommen die Deutschen auf 41,2 Stunden und die Franzosen auf 40,5 Stunden. Das Stigma vom faulsten Volk in Europa stimmt dann nicht. Trotzdem bleibt richtig: In Amerika und im europäischen Durchschnitt arbeiten auch die Vollzeitbeschäftigten länger als hierzulande.

Deutschland wurde zum Vorzeigestaat

Ein Workaholic wie Wolfgang Schäuble, der seit Jahrzehnten ein beachtliches Stundenpensum hinlegt und mit seinen 77 Jahren längst in Pension sein könnte, sieht das natürlich kritisch. Für viele andere gilt das nicht. Das Lager jener Menschen, die sich nach mehr Freizeit sehnen, ist groß. Wie groß genau, darüber gibt es widersprüchliche Angaben. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung meldete vor eineinhalb Jahren, dass 50 Prozent der Männer und 40 Prozent der Frauen ihre Arbeitszeit gerne um mindestens zweieinhalb Stunden in der Woche reduzieren würden. Das Statistische Bundesamt wiederum erklärte vor kurzem, dass 2,2 Millionen Erwerbstätige in Deutschland mehr arbeiten wollen als bisher und nur 1,4 Millionen weniger.

Jenseits von Umfragen machte die Deutsche Bahn vor zwei Jahren die Probe aufs Exempel. Sie ließ ihre 130.000 Mitarbeiter individuell wählen, ob sie weniger Arbeit oder mehr Geld möchten. Konkret durften die Beschäftigten sich entscheiden, ob sie 2,62 Prozent mehr Lohn haben möchten oder ohne Gehaltserhöhung eine Stunde in der Woche weniger arbeiten oder sechs Tage zusätzlichen Urlaub bevorzugen. Die Entscheidung fiel zugunsten des Privatlebens aus. 56 Prozent der Bahn-Mitarbeiter entschieden sich für sechs Tage zusätzlichen Urlaub, 2,6 Prozent für die 38-Stunden-Woche und nur 41 Prozent für die Gehaltserhöhung.

Mit Sicherheit ist die Forderung nach mehr Work-Life-Balance auch dem Aufschwung der vergangenen Jahre geschuldet. Zuletzt brach das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 ein, in den gesamten 2010er Jahren blieb das Wirtschaftswachstum positiv. Deutschland mauserte sich vom „kranken Mann Europas“ zum Vorzeigestaat, auf den die Nachbarn neidisch blickten. Die Löhne sind gestiegen, der Staat erzielt Rekordeinnahmen, und die Arbeitslosigkeit ist auf historisch niedrige Werte gesunken. Es ist normal, wenn sich Arbeitnehmer nun in einer komfortablen Position nach mehr Freizeit sehnen.

#### Andere Lebensphase und Rahmenbedingungen

Einige Autoren verorten den Wunsch nach mehr Privatleben vor allem in der Generation Z, die nach 1995 geboren wurde und als verwöhnt gilt. Unstrittig ist, dass diese Jungen die Jahre 2005 und 2006 nicht bewusst miterlebt haben, als Hartz IV eingeführt wurde und mehr als fünf Millionen Menschen nach Arbeit suchten. In den Zeitungen war von der „Generation Praktikum“ zu lesen, weil viele Studienabgänger keine reguläre Arbeit fanden. Wer damals Bewerbungen schrieb, musste teilweise mit mehr als 100 anderen Bewerbern um eine normale Stelle konkurrieren.

Genau umgekehrt ist die Situation der heutigen Absolventen: Der Arbeitsmarkt ist leergefegt, überall werden Bäcker, Busfahrer und Ingenieure gesucht. Wer Lehrer ist, Pfleger oder Erzieher, kann sich vor Angeboten kaum retten. Derzeit liegt die Macht beim Arbeitnehmer. Es ist nur menschlich, sie zu nutzen und Forderungen zu stellen, mit denen man vor 15 Jahren hochkant rausgeflogen wäre. Ein Schornsteinfeger bietet Prämien für pünktliches Erscheinen, andere Unternehmen zahlen ihren Mitarbeitern Wellnessstage.

Doch ist das alles nur einer verwöhnten Generation geschuldet? Oder sind Arbeitnehmer, gleich welchen Alters, anspruchsvoller geworden? Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) schreibt: „Viele Studien versuchen, Unterschiede in den Werthaltungen und Zielen zwischen den verschiedenen Generationen aufzuzeigen. Allerdings lassen sich viele der Unterschiede eher durch die jeweils andere Lebensphase und andere Rahmenbedingungen erklären als durch grundsätzlich andere Werteprägungen.“

#### Work-Life-Blending

Zum Teil hat der Wunsch nach weniger Erwerbsarbeit auch nichts mit einem größeren Freizeitbedürfnis zu tun. Das IW weist darauf hin, dass Teilzeitarbeit nötig werden kann, wenn beide Partner arbeiten. Im Modell der Alleinverdiener-Ehe kann sich der Mann in der Firma austoben, seine Kinder sind durch seine Frau betreut. Gehen beide arbeiten, werden Absprachen zwingend. Dann muss auch die männliche Führungskraft mal früher gehen, um auf die Kinder aufzupassen. Mit Selbstverwirklichung und Work-Life-Balance im Sinne von Swimmingpool und Hängematte hat das nichts zu tun.

Wie geht es weiter? Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werden die Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nicht zurückkehren. Die Babyboomer gehen in Rente, geburtenschwache Jahrgänge rücken nach. Die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer wird stark bleiben, die Zahl der „Feel good“-Manager und Sabbaticals nicht abnehmen. Allerdings wird auch ein Phänomen zunehmen, das als Work-Life-Blending bezeichnet wird.

Gemeint ist, dass Arbeit und Freizeit nicht mehr strikt getrennt sind, sondern zunehmend verschmelzen. Berufliche Mails werden nach Feierabend gelesen, private Mails dafür auch in der Firma. Laptop und Handy werden für Dienstliches wie Privates gleichzeitig genutzt. Allerdings gibt es auch hierzu schon die Gegenbewegung. Einige große Arbeitgeber schalten abends die Server ab, damit ihre einfachen und mittleren Angestellten nach Feierabend von dienstlichen Nachrichten verschont bleiben. Mehr Leben, weniger Arbeit, sozusagen.

Quelle: F.A.Z.

# Vom Mobilitätstrost zum fliegenden Teppich

- VON BERT REBHANDL
- -AKTUALISIERT AM 20.01.2020-15:18

Man könnte sich über das Sächsische leicht lustig machen, aber die Kunst besteht darin, sich darüber so lustig zu machen wie der Schauspieler Wolfgang Stumph, von dem einer der besten Begriffe über das deutsche Wesen überhaupt stammt: der „Beutelgermane“. Für Stumph begann mit „Go, Trabi, Go“ eine veritable Filmkarriere, während es für Claudia Schmutzler, die Jacqueline spielte, nicht ganz so doll lief. Sie ist aber mit ihrer Interpretation des Lieds „Gates of Eden“ heute auf Youtube immer noch präsent und löst zahlreiche wehmütige Kommentare aus.

## Der Trabi verwandelt sich in fliegenden Teppich

Die Sache mit dem Trabant lag für einen halb selbst-, halb zwangsironischen Film natürlich nahe, wird in „Go, Trabi, Go“ aber sehr schön umgesetzt. Schon eines der ersten Bilder deutet die Wiedervereinigung offenkundig als freiwilligen Beitritt der DDR zu der deutschen Autoindustrie zum Zweck des Erhalts eines neuen Freizeitrituals: Lackteile scheuern ohne Unterlass. Strutzs hingegen haben auf ihrem Veteranen hintendrauf stehen: „Neapel sehen und sterben“. Ihr Trabi heißt Schorsch („ein Auto ist auch nur ein Mensch“), der Wagen war Trauzeuge von Udo und Rita, und Jacqueline verdankt sich auch auf eine populärkulturell durchaus nicht unbekannt Weise der Rückbank von Schorsch.

Mit dem Trabant in „Go, Trabi, Go“ begann schon 1990 die Umwidmung der an sich eher als minderwertig eingeschätzten DDR-Dinge in Identifikationsangebote und Retroware. Die Meurers bei Ingo Schulze, in dessen Roman „Simple Stories“, fuhren mit dem Bus nach Italien, also pauschal. Die Strutzs, die im Geiste Goethes „das Gewöhnliche als Abenteuer“ erleben wollten, sind „easy riders“ mit einem Gefährt, das auf jeder Station auf dem Weg nach Süden neu zusammengeflickt werden muss (oder geklebt, wie Polemiker unterstellen).

Der Trabi wird dabei aber seiner ursprünglichen Bestimmung immer ähnlicher, er verwandelt sich von einem kleinen Mobilitätstrost, der über den Brenner nur huckepack kommt, in einen fliegenden Teppich, der zwischen zufälliger Identität (aus Bitterfeld oder Leibsch unter Erich Honecker) und idealer Identität (Goethe wurde in Italien zum Klassiker) freien Verkehr ermöglicht.

Die DDR wurde im westdeutschen Kino danach schnell zur Beute vieler jovialer Ironiker. Für den Moment der Befreiung fehlt ein Film, der dem Stellenwert von neorealistischen Gründungsurkunden wie „Rom, offene Stadt“ in Italien 1945 oder „Unter den Brücken“ in Deutschland 1944/45 entsprechen würde. Es gibt großartige DDR-Filme aus der Zeit der Wende, von Peter Kahanes „Die Architekten“ und Helke Misselwitzs „Winter adé“ bis zu „Imbiss spezial“ von Thomas Heise und „La Villette“ von Gerd Kroske. Und Andreas Dresen hat mit „Stilles Land“ am ehesten die Transformation an einen Punkt geführt, von dem aus sie sich dann so erzählen ließ, dass „Gundermann“ später nicht ganz wie die Revision des übermächtigen „Das Leben der Anderen“ erscheinen musste, die er de facto ist.

„Go, Trabi, Go“ hat in diesen Zusammenhängen kaum eine Stimme. Das hat mit der Unwucht zu tun, dass im deutschen Kino das Populäre immer noch häufig als antiintellektuell begriffen wird. „Go, Trabi, Go“ ist in vielerlei Hinsicht eher ein Abklatsch der achtziger Jahre, und Peter Timm trat dann mit den „Manta“-Filmen in diese Richtung deutlich aufs Gas. Mit der Geschichte von Schorsch aber traf „Go, Trabi, Go“ 1990 den Zweitakt der Weltgeschichte, die ja dauernd von einer Zeit in die andere nicht so sehr fährt als stottert.

## « Le vieillissement et la mort en série des baby-boomeurs vont poser des questions vertigineuses »

Michèle Delaunay, médecin, ex-députée et ministre, consacre un essai aux 20 millions de personnes nées entre 1946 et 1973.

Propos recueillis par [Sandrine Cabut](#) Publié le 18 janvier 2020 à 19h00, mis à jour hier à 17h05

Médecin spécialisée en cancérologie cutanée, qui a effectué toute sa carrière au CHU de Bordeaux, Michèle Delaunay a été députée PS de la Gironde de 2007 à 2012, puis ministre déléguée de François Hollande, chargée des personnes âgées et de l'autonomie, de 2012 à 2014. A 73 ans, elle vient de publier *Le Fabuleux Destin des baby-boomers* (Plon, 366 p., 20 euros), un ouvrage très documenté et résolument positif dans lequel elle invite cette génération à abolir les barrières de l'âge et à faire la révolution de l'âge.

### D'abord, qui sont les baby-boomeurs ?

C'est la génération correspondant à la période où la natalité a été la plus forte en France, avec entre 800 000 et 900 000 bébés chaque année. Tout le monde s'accorde pour situer son début en 1946, année où le nombre de naissances avait bondi de 200 000 par rapport à l'année précédente. C'est moins clair pour la fin. L'historien Jean-François Sirinelli la fixe en 1969 ; j'ai pour ma part retenu 1973, année après laquelle les naissances ont chuté de façon importante.

Ce qui est remarquable, c'est que 20 millions des 24 millions de personnes qui ont vu le jour dans cette tranche 1946-1973 sont encore en vie. Jamais une génération n'avait perdu aussi peu de ses enfants. Pour autant, les baby-boomeurs, qui ont donc aujourd'hui entre 46 ans et 73 ans, ne constituent pas une génération homogène. Il y a clairement eu deux vagues.

La première, dont je fais partie, celle des « oiseaux du matin », nés avant 1955, a été élevée avec la marque de la seconde guerre mondiale, et dans une culture paysanne. La seconde est celle des « oiseaux de midi », qui ont connu dès leur enfance la publicité et la société de consommation. Les derniers d'entre eux ont aussi été davantage confrontés au rétrécissement du marché du travail ; le sociologue Serge Guérin a inventé un mot pour qualifier les boomeurs de la dernière heure : les « quincados », des quinquagénaires qui vivent comme des adolescents.

### Alors que le débat sur la réforme des retraites est particulièrement houleux en France, vous vous prononcez dans votre livre pour un allongement du temps d'activité et qualifiez la retraite « à jour fixe » d'injustice...

Bien sûr, il faut tenir compte de la pénibilité de certains métiers, mais aujourd'hui, avec les progrès médicaux et l'augmentation de la longévité, la vieillesse avec invalidité est globalement décalée de vingt ans. Dans bien des cas, imposer une retraite à un âge fixe n'a plus de sens. Beaucoup de boomeurs se sentent en forme et souhaitent continuer à travailler. Pour ma part, si j'avais exercé un métier où l'on me mette dehors à 60 ou à 62 ans, j'aurais saisi la Cour européenne des droits de l'homme.

Le débat actuel porte sur l'âge légal et un âge pivot, mais, à l'inverse, si quelqu'un veut poursuivre son activité professionnelle au-delà de 65 ans, est-ce que sa retraite sera bonifiée ? Cette question n'est jamais posée.

Par ailleurs, nombre d'entreprises cherchent à se « débarrasser » des salariés en fin de carrière, sous prétexte qu'ils coûtent cher, mais ce sont aussi ceux qui cotisent le plus. Si elles sont licenciées, ces personnes seront

potentiellement payées sans activité professionnelle pendant trente ans. C'est aberrant, d'autant que ce n'est généralement pas pour embaucher des jeunes à leur place.

## **Les boomeurs sont-ils vraiment en si bonne forme ? En France, l'espérance de vie en bonne santé est de 64 ans chez les femmes, 62,7 ans chez les hommes, soit dix ans de moins qu'en Suède, le leader en Europe...**

Je n'ai trouvé nulle part une définition précise du calcul de l'espérance de vie en bonne santé. Celui-ci prend en compte les difficultés ou déficits impactant la vie quotidienne depuis six mois, mais cela me paraît discutable. Prenons une personne très gênée par des douleurs de hanche, son handicap disparaît avec la pose d'une prothèse. De même, on ne vit pas bien avec une cataracte, alors qu'il suffit d'une heure pour la réparer. Tout dépend si on interroge les gens avant ou après l'intervention.

Les progrès médicaux, qui ont permis à l'espérance de vie de doubler en un siècle, ont aussi considérablement amélioré l'état de santé des personnes âgées. Nos parents ont vécu à partir de la soixantaine dans la souffrance de mal voir et de mal entendre, avec des douleurs articulaires quasi quotidiennes. Aujourd'hui, nous devenons de plus en plus réparables : les prothèses de hanche, de genou et d'épaule se sont banalisées, tout comme les aides auditives, les interventions pour la cataracte, pour déboucher les artères, etc. Deux cancers sur trois sont désormais guéris. Les boomeurs ont devant eux encore un tiers de leur vie, et celle-ci peut être active, parce qu'ils sont moins freinés dans leur quotidien.

Malheureusement, cette génération, dont la plus grande chance a été l'accès à toutes ces innovations médicales et technologiques, a aussi, notamment du fait de son esprit libertaire, croisé beaucoup de substances addictives : alcool, tabac... Les femmes paient ainsi un lourd tribut au tabac : le nombre de décès féminins par cancers du poumon (dont 90 % sont liés à la cigarette) a même maintenant dépassé celui par tumeurs du sein.

La dépression et les suicides sont aussi des motifs de grande inquiétude. Les états dépressifs ou subdépressifs sont extrêmement fréquents au cours du vieillissement, notamment au moment de la retraite, mais ils sont souvent minimisés, et sous-diagnostiqués. Il faudrait pourtant traiter ces épisodes d'une manière ou d'une autre, et que cette prise en charge soit banalisée, comme l'est aujourd'hui la pose d'une prothèse de hanche.

## **Vous plaidez pour une société plus participative, avec « des boomeurs de plein exercice ». Comment ?**

Il ne s'agit pas juste de parvenir à une société inclusive, mais réellement participative, dans le monde du travail et ailleurs. Dans certaines entreprises, des seniors peuvent être recrutés pour des missions ponctuelles, où ils apportent leur expérience. Pourquoi ne pas faciliter de tels engagements et les rendre possibles dans le secteur public ?

Par ailleurs, pour pallier le manque de médecins, la loi santé de 2017 a autorisé les praticiens hospitaliers à poursuivre leur activité jusqu'à 72 ans, au lieu de 65 ; cela pourrait être proposé dans d'autres professions.

Il y a aussi beaucoup à faire dans le domaine du bénévolat et du volontariat public. On pourrait, par exemple, avoir recours à des réserves professionnelles de retraités dans différents corps de métier (enseignement, profession du social, du juridique...) pour des périodes difficiles où il y a un manque de personnel et des besoins plus importants.

Mais, en pratique, il y a beaucoup de freins à la mise en œuvre de tels dispositifs. Par exemple, les interventions ponctuelles d'intervenants extérieurs dans des établissements scolaires sont généralement bien accueillies par les élèves, mais les enseignants et le ministère de l'éducation nationale y sont réticents, comme j'ai pu le constater durant mon mandat de députée.

Je déplore aussi les réticences institutionnelles à des dispositifs de volontariat civique pour seniors, qui pourtant fonctionnent à l'étranger. Ainsi, au Québec, dans des quartiers populaires, un système de « maisons

des grands-parents » permet à des volontaires âgés de recevoir des enfants à la sortie de l'école et de les accompagner dans leurs devoirs après avoir partagé un goûter.

## **A l'heure du slogan « O.K. boomeur » (en quelque sorte « cause toujours, baby-boomeur »), qui traduit une fracture entre les générations, pensez-vous que les boomeurs peuvent faire la révolution de l'âge ?**

Je voudrais qu'ils sentent qu'ils ont une responsabilité particulière, qu'ils peuvent adopter un regard en positif sur l'avancée en âge. Non seulement ils le peuvent, mais c'est à eux d'abolir les barrières d'âge, pour marquer une seconde fois l'histoire.

Pour cela, les boomeurs doivent bâtir une nouvelle image de leur génération, d'abord en faisant la chasse à toutes les représentations et expressions dépréciatives ou discriminantes liées à l'âge, mais aussi en promouvant des images positives. Il nous faut des influenceuses, des égéries...

## **Vous abordez aussi la thématique du grand âge et alertez sur le manque d'anticipation du vieillissement et de la disparition des boomeurs dans les prochaines décennies. Que proposez-vous ?**

Après les « trente glorieuses », ce sont les « trente pleureuses » qui s'ouvrent. Le nombre des décès va devenir bien supérieur à celui des naissances. Si les 20 millions de boomeurs disparaissent en bon ordre, on peut prévoir qu'il y aura des pics de 800 000 décès par an, soit 2 000 chaque jour, c'est colossal. Au plus fort de la canicule de 2003, c'était un millier de morts quotidiennement, et tout le monde était paralysé. Là, ce sera deux fois plus, et personne ou presque, à part les entreprises funéraires, ne l'anticipe.

Pour pouvoir prendre en charge le grand âge et ses pathologies, il faudrait dans les années qui viennent augmenter singulièrement le nombre d'Ehpad (il faut dix ans pour créer un de ces établissements), multiplier les services de soins palliatifs mobiles, prévoir des lits d'hospitalisation, etc.

Le vieillissement et la mort en série des boomeurs vont poser des questions vertigineuses sur le plan sociétal, philosophique, économique, religieux... mais qui y réfléchit ? Le mariage civil est accompagné par la République ; le deuil pas du tout. La République n'offre ni représentant ni lieu décent pour se réunir.

**Sandrine Cabut**

„TRUST-BAROMETER“:

# Deutsche zweifeln am Kapitalismus

- VON SVEN ASTHEIMER, DAVOS
- -AKTUALISIERT AM 21.01.2020-00:00



Nur noch jeder achte Deutsche glaubt, dass er von einer wachsenden Wirtschaft profitiert. Viele blicken pessimistisch in die Zukunft. Mehr als die Hälfte ist der Meinung, dass der Kapitalismus in seiner jetzigen Form mehr schadet als hilft.

Viele Menschen in Deutschland glauben nicht, dass das herrschende Wirtschaftssystem ihnen nützt und blicken mit einem schlechten Gefühl nach vorne. Einer aktuellen Umfrage zufolge schaut nicht einmal jeder vierte Deutsche (23 Prozent) optimistisch in seine ökonomische Zukunft. Nur Franzosen (19) und Japaner (15) sind noch pessimistischer. In der (77) und Chinesen (69) sind dagegen deutlich positiver gestimmt, auch in Amerika (43) ist die Stimmung erheblich besser.

Diese Zahlen gehen aus dem neuesten „Trust Barometer“ der amerikanischen Kommunikationsagentur Edelman hervor, dessen Deutschland-Auswertung der F.A.Z. vorab vorliegt. Dafür werden jedes Jahr etwa 34.000 Menschen in 28 Ländern in halbstündigen Online-Interviews befragt. Die Umfrage wird seit zwei Jahrzehnten durchgeführt und ist damit als Instrument zur Messung der Vertrauensentwicklung besonders. Die Studie wird am Dienstag im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos offiziell vorgestellt.

## Viele Befragte hadern mit dem Wirtschaftssystem

Mit Blick auf die Deutschland-Ergebnisse zeigt sich, dass viele der Befragten mit dem Wirtschaftssystem hadern. Gerade einmal 12 Prozent glauben noch, dass das System ihnen nützt und sie von einer wachsenden Wirtschaft ausreichend profitieren. Dagegen sind volle 55 Prozent der Meinung, dass der Kapitalismus in seiner jetzigen Form mehr schadet als hilft. Damit liegen die Deutschen im globalen Trend. „Das ist ein alarmierendes Ergebnis. Unternehmen, die die neuen Regeln nicht verstehen, werden es künftig schwer haben“, sagt Christiane Schulz von Edelman Deutschland. Die Menschen seien auf der Suche nach Antworten auf die großen Fragen. Dazu gehörten die Klimakrise, der technologische Wandel und die politische Stabilität auf der Welt.

In den vergangenen Jahren verlangten die Befragten dafür besonders den Einsatz der Unternehmen. „Weil die Wirtschaft jedoch bislang keine ausreichenden Antworten gibt, stellen immer mehr Menschen das kapitalistische System selbst in Frage“, behauptet Schulz. Immerhin trauen die Menschen den Wirtschaftskapitänen noch zu, Teil einer Lösung der dringendsten Probleme zu sein. „Um den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen, müssen besonders Wirtschaft und Regierung enger kooperieren. Das zeigen die Ergebnisse unseres Trust Barometers klar“, sagt die Managerin. Zudem müssten Unternehmen künftig noch schneller in der Lage sein, auf gesellschaftliche Entwicklungen wie die Klimaschutzbewegung um die schwedische Aktivistin [Greta Thunberg](#) zu reagieren.

Hinter den Medien rangiert die Wirtschaft für die Deutschen auf Platz zwei der vertrauenswürdigen Institutionen, noch vor der Regierung und den Nichtregierungsorganisationen, wozu etwa Umweltschutzgruppen gehören. Für 75 Prozent der Befragten ist der eigene Arbeitgeber sogar der

vertrauensvollste Partner, das ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um drei Prozentpunkte. Das Vertrauen in alle Institutionen ist zwar insgesamt leicht gestiegen, schneidet im internationalen Vergleich aber relativ schlecht ab.

Auffällig ist in Deutschland vor allem der Unterschied zwischen den Bevölkerungsgruppen. Edelman führt jährlich eine Sonderbefragung einer „informierten Öffentlichkeit“ durch. Als solche gelten vor allem Akademiker mit einem intensiven Medienkonsum. Schon im vergangenen Jahr zeigte sich, dass die Kluft zwischen diesen Eliten und der breiten Öffentlichkeit wuchs.

Dieser Trend setzt sich nun fort: „Noch nie war in so vielen Märkten der Unterschied größer“, heißt es in der Auswertung von Edelman. Während das Vertrauen der informierten Öffentlichkeit im Durchschnitt aller 28 untersuchten Märkte 65 Punkte beträgt, waren es für die breite Masse lediglich 51 und damit 14 Punkte weniger. Für Deutschland ergibt sich sogar eine Lücke von 20 Zählern. Nur in Australien (23), Frankreich und Saudi-Arabien (je 21) waren die Abstände noch größer.

Opinion

## Why We Must Put Nazis in Their Nineties on Trial

It's not tawdry or vengeful to force elderly men to face belated justice. Even at this late hour, Europe must fulfil its duty to the victims of the Holocaust - and the historical record

Liam Hoare *Oct 24, 2019 1:49 PM*



93-year-old former SS guard Bruno Dey in court in Hamburg accused of aiding and abetting the murder of 5230 people in the Stutthof Nazi concentration camp. Oct.17, 2019AFP

The defendant hid behind dark sunglasses and obscured his face with a red folder as a court officer wheeled him into the packed Hamburg courtroom for his first day's testimony. The trial was "destroying" the autumn years of his life, he complained. "This is not how I imagined my old age would be," the 93-year-old said Monday to the presiding judge.

Dressed in a black hat, blue blazer, and gray trousers, Bruno Dey read Monday from a pre-prepared statement in answer to more than 5,000 accessory-to-murder charges related to his time as a guard at the Stutthof Nazi concentration camp. "The images of misery and horror," from August 1944 to May 1945, Dey claimed, "have haunted me all my life."

The trial of Bruno Dey is one of a number to have taken place on German soil in recent years, part of a race against the clock to put the world's remaining Nazis on the stand. The successful conviction of John Demjanjuk in May 2011 for his role in the murder of 28,000 people in Sobibor and his subsequent death at the age of 91 one year later demonstrated not merely the need for urgency but also that it could be done even in the absence of eyewitness accounts and survivor testimony.

As the Berlin correspondent of The Times, Allan Hall explains, based on the legal principle of common purpose, it is enough that someone was present in a concentration camp and participated in its operations for them to be considered a partner to the Holocaust.

And time is indeed of the essence. After Demjanjuk, Oskar Gröning was convicted in 2015 of being an accessory to the murder of 300,000 Hungarian Jews at Auschwitz where, between 1942 and 1944, he worked as a bank clerk, confiscating money from the luggage of those sent into slave labor or corralled into the gas chambers. "It is beyond question that I am morally complicit," Gröning said during the trial; he died in March 2018.

In 2017, a case against the then-96-year-old former SS medic Hubert Zafke was thrown out, the defendant having been deemed unfit to stand trial. Zafke, too, died in 2018.

Often a stilted and messy process, these trials of nonagenarian Nazis can, when compared with the raw drama of Nuremberg and Eichmann in Jerusalem, at first appear rather tawdry. Demjanjuk spent most of his time in court lying down, suffering as he was at that time from bone marrow and kidney diseases.

When the guilty verdict was read out, the New York Times reported Demjanjuk "remained nearly motionless, occasionally lifting a knee or an arm but showing no reaction to the proceedings."



Nazi death camp guard John Demjanjuk leaves a Munich courtroom after being convicted of helping to kill more than 28,000 people at the Sobibor camp in German-occupied Poland during WWII. May 12, 2011 REUTERS

In a candid moment during a break during his legal proceedings, Gröning was captured slumped in a chair, appearing physically and emotionally exhausted, sitting outside in an oversized gray coat, his right arm leaning on his walker for stability.

But reality is not always what is shown by the camera. Observers at the Demanjuk trial noted that when the court was in session, he "lay motionless for hours" in the hospital bed wheeled into the courtroom, "not saying a word." But "[d]uring the breaks, he suddenly seemed much less frail. He gestured, smiled and joked with his interpreter or the judicial officials."

Ralf Wiegand, writing for the *Süddeutsche Zeitung*, describes how even at 93, Dey actually has a very good memory, talking freely in court about his education as a teenage apprentice in Gdansk and how he was asked twice to join the Hitler Youth.

Yet when it comes to the war years, and in particular his time in Stutthof, he obfuscates or occludes. The *Frankfurter Allgemeine's* Matthias Wyssuwa describes his answers about this period of his life as "astonishing."

Dey claimed in court not to have known what Stutthof's purpose was - nor who was imprisoned there. He said he had neither seen anyone shot dead nor looked inside a crematorium. He was, after all, just a guard.

Evidently, then, Dey is capable of standing trial and while we still have the time, the continued hunt for and prosecution of those responsible for the industrialized murder of six million Jews must continue.

Even if because of their advanced age and often poor physical health, these men may never see the inside of a jail cell, it is of paramount importance that the record states their guilt, and their complicity in and responsibility for the Holocaust.

Ben Cohen@cohenben

· Aug 28, 2019 Replying to @cohenben

7/ "What good can come from putting a 92-year-old on trial now?" The victims and survivors deserve justice, even late justice. My grandmother, Judy Meisel, was 15 years old when she watched her mother go into the gas chamber at Stutthof. This means a lot to her and our family.

8/ The Nazis kept detailed records. This is a page from the record book at Stutthof showing my great-grandmother Mina was gassed on November 21, 1944. Bruno Dey was a guard then. Could he hear the screams from the gas chamber?

Datum	Name	Ort	Abfahrtsort	Zugnummer	Name	Ort	Abfahrtsort	Zugnummer
7.11.47	...	...	...	...	Sch. H. politisch	...	...	...
7.11.47	...	...	...	...	Sch. H. politisch	...	...	...
7.11.47	...	...	...	...	Sch. H. politisch	...	...	...
7.11.47	...	...	...	...	Sch. H. politisch	...	...	...
7.11.47	...	...	...	...	Sch. H. politisch	...	...	...
7.11.47	...	...	...	...	Sch. H. politisch	...	...	...
7.11.47	...	...	...	...	Sch. H. politisch	...	...	...
7.11.47	...	...	...	...	Sch. H. politisch	...	...	...
7.11.47	...	...	...	...	Sch. H. politisch	...	...	...
7.11.47	...	...	...	...	Sch. H. politisch	...	...	...

The broken road to these final trials and failings of the postwar European legal process - from Zyklon-B supplier Gerhard Peters' 1955 acquittal in Frankfurt and the 1993 trial of ex-Vichy police general secretary René Bousquet, aborted by virtue of his assassination, to the botched first trial of Demjanjuk in Jerusalem in 1988 - only serves to highlight the imperative to get it right, even at this late hour.

The hour grows late not merely for the Nazis but the survivors and their families too. There is a duty to prosecute precisely because there is also what the French call *le devoir de mémoire*, the duty to remember, or to put it another way, a duty not to forget. The courtroom is a forum not only where justice can be done but testimonies delivered and experiences preserved as a matter of historical and personal record.

Rudie Cortissos, whose mother was killed in Sobibor, addressed the 2011 Demjanjuk trial, setting down such details as the dates when trains arrived and the names of those onboard. "I had an opportunity to say what I wanted to say for 50 years," Cortissos told the press afterwards, adding that though Demjanjuk was a "small fish," "whether you are a whale or a sardine, someone who went wrong this way should be punished."

Indeed, in this postmodern, post-truth age, though the work of determining historical fact is best left to historians, the courtroom may be one of the few impartial institutions left in the agora in which, to paraphrase John Milton, truth and falsehood can do battle in a free and open encounter.

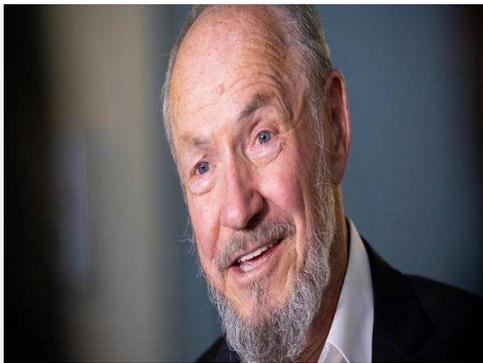
This goes not only for Holocaust perpetrators but also Holocaust deniers, as David Irving found out in 2000 when he was put on the defensive by virtue of a thorough examination of his research methods and interpretations of historical events by Deborah Lipstadt's legal team. It was the London Telegraph who, the day after Lipstadt's victory, declared that "the Irving case has done for the new century what the Nuremberg tribunals or the Eichmann trial did for earlier generations."

Though the trial of Bruno Dey, as with John Demjanjuk and Oskar Gröning before him, will be difficult, it is both just and necessary. Too often Europe's governments, legal systems, and people have turned away from the hard work of coming to terms with the past. Dey's trial may be one of the final opportunities to do not just what is hard, but what is right.

*Liam Hoare is Europe Editor for Moment Magazine. He lives in Vienna where he reports on politics, culture, and Jewish life in Austria and the wider region. Twitter: @lahoare*

## Umstrittener Zeuge im KZ-Prozess zieht Nebenklage-Antrag zurück

Mit einer schwierigen Lebensgeschichte und einer Umarmung im Hamburger KZ-Prozess hatte ein Zeuge für Aufsehen gesorgt. Doch dann wurden Teile seiner Angaben angezweifelt. Auch das Gericht zweifelt stark daran, dass der 76-jährige Amerikaner im Konzentrationslager Stutthof war.



### Hamburg

Knapp zwei Monate nach seinem spektakulären Auftritt im Stutthof-Prozess hat ein 76 Jahre alter amerikanischer Zeuge seinen Antrag auf Nebenklage-Zulassung zurückgezogen. Das gab der beigeordnete Anwalt von Moshe Peter Loth am Montag vor dem Landgericht Hamburg bekannt.

"Wir begrüßen die Entscheidung, dass Herr Loth seinen Nebenklageantrag zurückgenommen hat", sagte die Vorsitzende Richterin dazu. Der Nebenklagevertreter hatte damit einer Entscheidung des Gerichts vorgegriffen.

### Angaben stimmten teilweise nicht

Die Jugendkammer hatte nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" die Glaubwürdigkeit des 76-Jährigen prüfen lassen. Aus dem Bericht ging hervor, dass die Angaben des Zeugen und Nebenklägers zu seinem Leben zumindest teilweise nicht stimmen können. So hatte Loth vor Gericht gesagt, er sei als Säugling mit seiner jüdischstämmigen Mutter in dem Konzentrationslager bei Danzig interniert gewesen.

Die Recherchen des Gerichts hätten nun ergeben, "dass der Vortrag teilweise nicht richtig sein kann", so die Richterin. So habe Loth behauptet, ihm und seiner Mutter seien Häftlingsnummern eintätowiert worden. "Unsere Nachforschungen haben ergeben, dass tatsächlich nur in Auschwitz Häftlingsnummern eintätowiert wurden." Die Kammer sehe den Vortrag des Zeugen deshalb als "nicht so besonders glaubwürdig" an.

Nach Recherchen des "Spiegel" gibt es auch keine Hinweise auf jüdische Vorfahren Loths. Dieser hatte im November zum Schluss seiner Aussage bei dem Prozess erklärt, er vergebe dem Angeklagten, und ihn unter Tränen umarmt.

Über die Anträge zur Nebenklage wird der Richterin zufolge "nur auf Papierlage" entschieden. Der Jura-Professor Cornelius Nestler, der die amerikanische Stutthof-Überlebende Judith Meisel als Nebenklägerin vertritt, sagte dazu am Montag: "Ich bin sehr froh darüber, dass dieses Kapitel jetzt geschlossen wurde."

## **Beihilfe zum Mord in über 5200 Fällen**

Angeklagt ist ein ehemaliger Wachmann in dem Konzentrationslager bei Danzig. Die Staatsanwaltschaft wirft dem heute 93-jährigen Beihilfe zum Mord in 5230 Fällen vor. Er soll im KZ Stutthof zwischen dem 9. August 1944 und dem 26. April 1945 "die heimtückische und grausame Tötung insbesondere jüdischer Häftlinge unterstützt" haben. Zu seinen Aufgaben habe es gehört, die Flucht, Revolte und Befreiung von Gefangenen zu verhindern.

Am Montag hörte das Gericht zudem abermals den Historiker Stefan Hördler zu der Frage, ob zum KZ-Wachdienst abkommandierte Wehrmachtssoldaten - wie der Angeklagte - einen Antrag auf Rückversetzung in die Truppe stellen konnten. Am Beispiel eines anderen Soldaten aus dem KZ Stutthof skizzierte Hördler, dass es durchaus Versetzungen in eine andere Truppe gegeben hatte. "Derartige Gesuche waren jederzeit möglich."

Zudem versuchte der Sachverständige zu zeigen, welcher Ton in der 1. Kompanie des KZ Stutthof geherrscht haben könnte. Dieser Kompanie war auch der Angeklagte zugeordnet. Den historischen Aufzeichnungen zufolge wurde diese von Männern geführt, die keine Skrupel hatten, Gewalttaten und Morde auszuführen und überzeugte Nationalsozialisten waren.

## **Angeklagter zur Tatzeit erst 18 Jahre alt**

Der Angeklagte selbst sagte dazu: "Ich kann mich an keinen mehr so genau erinnern". Er wisse auch nicht, wer damals sein Gruppenführer war und wie dieser charakterlich einzuschätzen war. Er habe zudem in erster Linie mit gleichaltrigen Soldaten gesprochen. Die "wollten alle nur nach Hause".

Der Prozess findet vor einer Jugendkammer statt, weil der Beschuldigte zur Tatzeit erst 18 Jahre alt war. Der Prozess wird am 17. Januar fortgesetzt.